

Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

1
–
17

Demokratie- Dialog

**Der blinde Fleck
des Extremismus
(-Begriffes)**

Jonathan Riedl/Matthias Micus

Radikaler Islam

Lino Klevesath

**Beobachtungen zum
17. Juni – Identitäre
Bewegung in Berlin**

Katharina Trittel



Inhalt

Demokratie-Dialog

Die Arbeit des Instituts
für Demokratieforschung
im Rahmen der „Forschungs-
und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer
und religiöser Extremismen
in Niedersachsen“

Katharina Trittel / Matthias Micus /
Stine Marg / Lars Geiges

2

Wahlkampf in (a)sozialen Netzwerken

Oder: *Hate Speech* jenseits
politischer Extreme

Christopher Schmitz

10

Impressum

77

Linke Militanz

Der blinde Fleck des Extremismus (-Begriffes)

Überlegungen zu einer
möglichen Alternative

Jonathan Riedl / Matthias Micus

16

Wohin des Weges?

Tagungsbericht
– „Selber machen“

Robert Mueller-Stahl

23

Anarchie, Gewalt und G20

Philipp Scharf

27



Religiöser Fundamentalismus

Salafiyya, Salafismus und Islamismus

Verhältnisbestimmung
und Ideologiemerkmale

Mahmud El-Wereny

32

„Radikaler Islam“ als Teil der deutschen Gesellschaft?

Lino Klevesath

40

Ein Blick in die Moschee

Ein subjektiver Erlebnisbericht

Annemieke Munderloh

46

Extreme Rechte und ihr Umfeld

Unter Druck

Die NPD nach dem
Karlsruher Urteil

Lars Geiges

54

Protestmarken

Eine Beobachtung

Katharina Trittel

60

Marginalisiert und doch gefährlich!

Südniedersächsische
Neonazi-Gruppierung
„Volksbewegung Niedersachsen“
zwischen Bedeutungsverlust
und Gewalt

Niklas Knepper

67

Demokratie-Dialog

Die Arbeit des Instituts für Demokratieforschung im Rahmen der „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“

Katharina Trittel / Matthias Micus /
Stine Marg / Lars Geiges

Aufgaben und Struktur

Der NSU-Komplex und die damit verbundenen gravierenden Versäumnisse der Staatsschutzbehörden haben mit Blick auf den Rechtsextremismus zu einem grundlegenden Umdenken geführt. Seither arbeiten zahlreiche Länder und der Bund an einer Reform insbesondere der Verfassungsschutzämter. Namentlich das Land Niedersachsen strebt seit 2013 in diesem Bereich eine umfassende Umstrukturierung an, mit dem Ziel, mehr Transparenz und eine begriffliche ebenso wie politisch-praktische Neuorientierung bei der Betrachtung „verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ in der Gesellschaft zu erreichen. Mit der Einrichtung der „Forschungs-

und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ (FoDEx) an der Universität Göttingen nimmt das Land Niedersachsen in diesem Zusammenhang eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

Die Forschungs- und Dokumentationsstelle widmet sich – kurz und bündig gesprochen – drei zentralen Aufgaben: erstens der wissenschaftlichen Erforschung und Bewertung oft als solche bezeichneter „antidemokratischer bzw. demokratiegefährdender Tendenzen“ in der Gesellschaft in den Bereichen Rechtsextremismus, religiöser Extremismus und linke Militanz, für die das Göttinger Institut für Demokratieforschung verantwortlich ist. Zweitens der Sammlung und Akquise, der systematischen Aufbereitung und öffentlichen Bereitstellung jener Materialien und Quellen, welche die Forschungskontexte betreffen und die u.a. vom

Landesverfassungsschutz zur Archivierung bereitgestellt werden. Der Ort dieser Dokumentation ist die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek (SUB). Drittens schließlich setzt sich FoDEx explizit und dezidiert die Aufgabe, die aus dem Forschungsprozess gewonnenen Erkenntnisse der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sie in die gesellschaftlichen Debatten einzuspeisen.

Völlig unzweifelhaft ist dabei, dass die Wissenschaftler und Archivare der Forschungs- und Dokumentationsstelle in ihrer Arbeit frei und unabhängig sind. Jedwede Einflussnahme, etwa durch den Verfassungsschutz, aber auch durch das Innenministerium oder andere Regierungsinstitutionen und Behörden, ist ausgeschlossen. Über die Festlegung der Forschungsfragen, das methodische Vorgehen, über die Schwerpunkte der Analysen und Dokumentationen sowie auch die Veröffentlichungen entscheidet das FoDEx-Team autonom. Die Arbeit und die Berichte des Verfassungsschutzes, die in der Vergangenheit stark von einer Verdachtsberichterstattung geprägt waren, werden ebenfalls in die wissenschaftliche Untersuchung einbezogen und, ebenso wie die „Staatschutzaufgaben“ anderer Sicherheitsbehörden, kritisch analysiert. Dies gilt sowohl für die gegenwärtige Arbeit und aktuelle Darstellungslogiken als auch für historisch gewachsene Semantiken, Theoriekonzepte und Deutungsmuster – und umfasst das Verhältnis der Institution zu anderen Einrichtungen der Legislative, Exekutive und Judikative, personelle Kontinuitäten sowie diskussionswürdige Praktiken des Verfassungsschutzes. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wer in verschiedenen Zeiten als „Beobachtungsobjekt“ eingestuft wurde, sondern auch, unter welchen Bedingungen diese Typisierungen zustande kamen, an welche gesellschaftspolitischen Debatten sie anknüpften, welchen Normen sie gegebenenfalls zuwiderliefen.

Verortung und Perspektiven

Dabei will sich die Forschungsstelle nicht an die überkommene und von Staatsschutzbehörden jahrzehntelang zum Teil unkritisch verwendete Begrifflichkeit des „Extremismus“ anlehnen oder das Blickfeld allein auf die Analyse „demokratiefeindlicher“ Bestrebungen und Akteure einengen, da dies den notwendigen Freiraum beschränken würde, neben den individuellen Ursachen und Bedingungsfaktoren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für extreme Einstellungen und daraus abgeleitete Kollektivaktionen und Individualhandlungen zu betrachten.

Damit geht einher, dass wir politische Gewalt und Militanz, Dissidenz und Radikalismus ganz grundsätzlich nicht als Kehrseite der Demokratie denken, sondern als deren Begleiterscheinungen, als Phänomene gesellschaftspolitischer Transformationsprozesse. Wir begreifen Demokratie als Gesellschaftsform der permanenten Veränderung, als Aushandlungsmodus und Diskursort, an dem die kontroversen Interessen sehr verschiedener Gruppen zusammenstoßen, miteinander ringen, um Meinungsführerschaft streiten.¹ Vor allem ist Demokratie nicht selbstverständlich, sondern ein komplizierter Mechanismus der Willensbildung. Selbstverständlich ist hier nichts, erst recht nicht unveränderlich und unhinterfragbar ewig während verbindlich; die Vielfalt der Positionen und Meinungen stets aufs Neue und immer bloß temporär abzubilden, macht Politik vielmehr ungemein mühselig und kompliziert. *Demokratieforschung* beschäftigt sich deswegen naheliegender Weise auch mit ihren Problemen, Defiziten und Deformationen, entsprechend auch: mit den Gefährdungen und Grenzen der Demokratie.

Die Analyse dieser Gefährdungen und Grenzen soll in die aktuellen Debatten der politischen

1 Vgl. hierzu Nolte, Paul: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2011, S. 288.

Wissenschaft und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zur Krise der Demokratie eingebettet werden.² Denn Demokratie ist auch ganz ohne potenzielle „Gefährder“ keine statische Selbstverständlichkeit, sondern durchaus Legitimationskrisen ausgesetzt.³ Nicht nur stehen das Parlament und die Bundesregierung regelmäßig – und das nicht nur bei Sympathisanten von PEGIDA, AfD und Co. – auf den hinteren Plätzen von Beliebtheitsumfragen. Moderne Demokratien entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten zudem – so jedenfalls ein in der Bevölkerung weitverbreiteter Eindruck – zu unnahbaren Verhandlungsdemokratien in verschlossenen Räumen mit den informellen Strukturen einer Oligarchie. Demokratie ist für viele Bürger daher aktuell kein verheißungsvolles Versprechen mehr – und auch die Politik verzichtet oftmals gerne auf die Wähler, offeriert vollendete Tatsachen, insinuiert unzweifelhafte Sachrationalität und entzieht sich so der öffentlichen Debatte. Deshalb warnte Franz Walter bereits 2012 davor, dass solche Entwicklungen dazu führen könnten, die „Legitimationswurzeln der Demokratie aus[zutrocknen], deren innerer Ethos sich mehr und mehr mindert“⁴.

Das heißt, eine Demokratie ist fragil und muss aktiv geschaffen und permanent gestaltet werden, sie braucht sinnstiftende Begründungen, die nicht per se existieren, sondern in vielschichtigen und auch divergierenden Prozessen erzeugt werden müssen. Oft stehen dabei

gerade Konflikte an der Wiege von politischen Zielen, Normen und programmatischem Sinngehalt insgesamt, auch: von Demokratie. Nichts treibt die Wahlbeteiligung – so lässt sich vor dem Hintergrund der Landtagswahlen des Jahres 2016 ebenso wie mit Blick auf zeitgenössische Entwicklungen im europäischen Ausland konstatieren – so sehr in die Höhe wie glaubwürdig geführte schroffe Auseinandersetzungen um richtungsweisende Grundsatzentscheidungen. Große Konfliktkonstellationen sind die Folie, auf der die Akteure Begriffe prägen, Argumente schärfen, Feindbilder schaffen und eben dadurch die Demokratie, wenn man so will, vitalisieren, wobei sie darauf zu achten haben, für die Bürger auch neue Beteiligungsformen jenseits der Parteien zu offerieren. „Anderenfalls werden sich Politik und Gesellschaften noch weiter entkoppeln, [und es wird] bald heißen: Es gibt Demokratie. Aber kaum noch jemand will dabei in den vorgegebenen Strukturen mitmachen.“⁵

Gerade im Postulat des Mitmachens schwang zuletzt das Versprechen, ja beinahe die Verheißung mit, ein belebender Jungbrunnen der Demokratie zu sein. Auch, weil viele davon ausgehen, dass Angebote zur Teilhabe im demokratischen Diskurs und am politischen Prozess dem Mitgliederschwund in Parteien, Gewerkschaften und anderen herkömmlichen Übersetzungsagenturen und Repräsentanten des „Volkswillens“ begegnen können. In der Debatte wird jedoch oftmals vergessen oder nur zögerlich angemerkt, dass ein „Zuwachs an plebiszitären Möglichkeiten“ auch die Demokratiekrise verschärfen könnte, statt zu deren Lösung beizutragen. Herfried Münkler entwickelte sogar den Gedanken, ob mit einem Zuwachs an Demokratie die Gefährdung von Demokra-

2 Hier soll nicht die breite und tiefergehende Debatte zur Krise der Demokratie umfassend rezipiert, sondern nur der Rahmen angedeutet werden, in dem sich die Arbeit der Forschungsstelle verortet.

3 Vgl. auch Walter, Franz: Tücken der Demokratisierung der Demokratie, in: Hensel, Alexander / Kallinich, Daniela / Rahlf, Katharina (Hrsg.): Gesellschaftliche Verunsicherung und politischer Protest. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2011, Stuttgart 2012, S. 38–40.

4 Walter, Franz: Die Akzeptanz des Staates schwindet, in: Frankfurter Rundschau, 22.06.2012.

5 Walter, Franz: Niedrige Wahlbeteiligung – alles halb so wild?, in: Hensel, Alexander et al. (Hrsg.): Politische Kultur in der Krise. Jahrbuch des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 2013, Stuttgart 2014, S. 339–342.

tien einhergehe.⁶ Partizipation erscheint somit keineswegs als Zauberformel und Patentlösung zur Stabilisierung von Demokratie, die in ihren Repräsentationssystemen langwierig, debattenintensiv und kompromissdurchwirkt ist.

Und in diesen Debatten können eben auch Gruppen laut vernehmbar ihre Interessen artikulieren, die keineswegs notwendig in einer harmonischen Erfüllung des Gemeinwohls aufgehen müssen, ohne dass deshalb demokratieunerträgliche Egoisten zu schelten oder gar auszugrenzen wären. Doch beugt man sich dem Automatismus, solche Akteure einfach als „Demokratiegefährder“ abzukanzeln, könnte am Ende die Stunde der veritablen kalten Tabubrecher und Demokratie sprengenden Anheizer der kochenden Volksseele, mithin der in der Tat gefährlichen Radikalpopulisten, wirklich schlagen. Denn:

„Die Zivilgesellschaft ist nicht allein ein Gewächshaus für löbliche Tugenden der Liberalität, Toleranz und Humanität. Zur Zivilgesellschaft gehören auch pathologische Ängste und Aggressionen, soziale und ethnische Ausgrenzung und Verdrängungsbemühungen, Zynismus und Verachtung gegenüber dem demokratischen Prozess. Die Verbände selbst der politisch extrem Rechten stehen nicht außerhalb der Zivilgesellschaft, sondern füllen deren dunkle, schmutzige Seiten.“⁷

Diese Vorüberlegungen werfen die dringliche Frage auf, wer eigentlich zum Schutz der Demokratie vor diesen Gefahren berufen ist, oder ob die Demokratie sich nicht als „streitbare Demokratie“ selbst zu schützen vermag. Genau diese Problematik wurde jüngst wieder anlässlich des NPD-Verbotsverfahrens themati-

siert. Heribert Prantl interpretierte die Zurückweisung des Antrags des Bundesrates durch den 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts im Januar 2017, die NPD als „verfassungsfeindlich“ einzustufen und somit aufzulösen, bspw. als Ausdruck einer „wehrlosen“ oder „naiven“ Demokratie.⁸ Demgegenüber stellten die obersten Richter in ihren Leitsätzen fest, dass das Parteienverbot als Kern der „wehrhaften Demokratie“ nicht als „Gesinnungs- oder Weltanschauungsverbot“ missbraucht werden dürfe, sondern einzig und allein dann verhängt werden solle, wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung in Gefahr sei.⁹ In einer Art Minimaldefinition legten die Karlsruher Richter hierfür folgende Kriterien fest: die Garantie der Menschenwürde; das Demokratieprinzip, also freie und gleiche Wahlen; und die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme aller am Willensbildungsprozess sowie die Rechtsstaatlichkeit. Gleichzeitig betonten sie jedoch, dass Verfassungsschutz – verstanden als Auseinandersetzung und Kampf gegen die Aushöhlung und Zerstörung der freiheitlich demokratischen Grundordnung – die Aufgabe aller Bürger sein sollte und daher als eine Art Selbstverpflichtung zu gelten habe, da die Verteidigung der Freiheit, Gleichheit, Rechtssicherheit und Menschenwürde weder an die legislative Instanz delegiert noch inhaltlich durch diese gefüllt oder festgelegt werden könne. Gleichzeitig ist jedoch, wie es der Staatsrechtler Christoph Gusy prägnant zusammenfasst, der „Anspruch auf Identifikation“, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung gleichsam innewohnt, zurückzuweisen, damit nicht die Sicherung des Staates oder die „Staatsverwirklichung“ an erste Stelle trete, sondern die Debatte, Aus-

6 Münkler, Herfried: Wagnis Demokratisierung. Wenn die Hoffnung zum Debakel wird?, in: Theater heute, März 2010, S. 35–39, hier S. 36, zit. nach Walter: Tücken der Demokratisierung der Demokratie.

7 Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz: Pe-gida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015, S. 194.

8 Prantl, Heribert: Braun bleibt, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2017.

9 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017, URL: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html [eingesehen am 29.08.2017].

handlung und Konkretisierung demokratischer Werte und Verfahrensweisen.¹⁰ Daher müssen stigmatisierende Zuschreibungen und die damit einhergehende Ausschließung aus dem politischen Diskurs in der öffentlichen Auseinandersetzung das letzte Mittel der Wahl sein und entsprechende Begrifflichkeiten sollten in der Wissenschaft (als eher klassifizierende und weniger erklärende Zugänge) ebenso zurückhaltend verwendet werden.

Gerade die Debatte über den Begriff des „Extremismus“ trägt diesbezüglich einen erheblichen Ballast mit sich, den es abzuwerfen gilt: Im Zuge der Forschungen wird man die erklärende Substanz der bisherigen Zuordnungskategorien überprüfen müssen, gegebenenfalls alternative Bezeichnungen anzubieten haben. Auf der Basis empirischer Grundlagenforschung neue Begrifflichkeiten zu formulieren, welche die teils schablonenhaft verwandten kategorialen Zuordnungen ersetzen, ist daher auch ein Ziel der Forschungsstelle.

Forschungsfragen und methodische Herangehensweisen

Auf diesem – freilich weiten und steinigen – Weg erscheint uns ein Methodendogmatismus hinderlich. Vielmehr wollen wir neugierig sein und bleiben. Wir wollen nicht – zumindest nicht ausschließlich – die eingetretenen Pfade des Faches nachlaufen, sondern ohne methodisches Korsett die Zugänge wählen, die jeweils am besten geeignet erscheinen; denn letztlich bewährt sich ein wissenschaftlicher Ansatz allein „im Forschungsprozess und in der Darstellung“¹¹. Dabei kann und darf es auch

widersprüchlich zugehen. Man muss nicht an Zugriffen, Perspektiven und Ergebnissen dauerhaft festkleben; sie sind revidierbar, mehr noch: Man sollte sich im Forschungsvorgang immer wieder auch gegenüber seiner selbst platzieren, als Akt der Selbstsubversion gleichsam. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, werden Überlegungen, methodische Zugänge und Perspektiven der Geschichts-, Kultur- und Sprachwissenschaften, auch der politischen Soziologie und Psychologie, stets neben politikwissenschaftlichen Ansätzen nutzbar gemacht. Die Forschungsstelle steht somit mit Blick auf die wissenschaftliche Praxis und die Wahl analytischer Ansätze und Methoden in der Tradition des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, an dem die Forschungsstelle auch organisatorisch angesiedelt ist.

Ihr Schwerpunkt liegt in der Analyse aktueller „demokratiefeindlicher“ Tendenzen in modernen Gesellschaften insbesondere unter der Berücksichtigung der lokalen Bedingungen des Bundeslandes Niedersachsen. Hierbei sind in einem umfassenden historisch-längsschnittartigen Zugriff ideologische, personelle und organisatorische Zusammenhänge ebenso zu berücksichtigen wie Mentalitäten, Deutungsmuster und Einstellungen der entsprechenden Akteure und Bewegungen. Im Zentrum steht die Erforschung aktueller Ausprägungen politischer Gewalt und Militanz, von Dissidenz, Radikalismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, mit innovativen, ertragreichen Methoden, um Entstehungszusammenhänge, Entwicklungsverläufe, Zerfalls- oder Progressionsprozesse analysieren und erklären zu können. Es sollen sich wandelnde Gesellschaftsentwürfe, Selbstverständnisse und Demokratiekonzepte unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure ebenso berücksichtigt werden wie die in der Forschungsstelle zu untersuchenden Analysebereiche: schwerpunktmäßig die Extreme Rechte, die Radikale Linke und religiös motivierte politische Gewalt, jeweils in ihrer gesellschaftlichen Bedingtheit. Das bedeutet, politische Ideen und Ideensysteme (Ideologien), politische Weltbilder und

10 Gusy, Christoph: Weimar – die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, insbesondere S. 370.

11 Wehler, Hans-Ulrich: Geschichte als Historische Sozialwissenschaft, Frankfurt a.M. 1973, S. 9.

Ordnungsideen, sowie etablierte Institutionen der Organisation des politischen Willens (Parteien, Großorganisationen, gesellschaftliche Bewegungen) und militante Akteure und radikale Bewegungen sollen multiperspektivisch erforscht werden.

Dafür halten wir – zunächst – den Ansatz und die Prämissen der qualitativ-empirischen oder auch integrativen politischen Kulturforschung für vielversprechend. Diese Art der politischen Kulturforschung trieb anfangs die Suche nach Erklärungsfaktoren für die Stabilität bzw. Fragilität demokratischer Regime um, wobei die alleinige Erklärungskraft ökonomischer und institutioneller Faktoren oder die Rolle der Eliten für unzureichend erklärt wurde. Mit der politischen Kulturforschung wird in der Politikwissenschaft seit den 1950er Jahren – neben den Strukturen und dem Institutionengeflecht – den Einstellungen und Deutungen der Bürger eine zentrale Relevanz für das Bestehen und die Ausgestaltung von Demokratie zugeschrieben. Diese Binsenweisheit bestreitet mittlerweile kaum noch jemand. Uneinigkeit besteht in der Forschung allerdings nach wie vor in der Methodik der politischen Kulturforschung, oder genauer in der Frage, was eigentlich politische Kultur konkret umfasst und wie diese erhoben, beschrieben und analysiert werden kann.¹²

Das Instrument der klassischen vergleichenden politischen Kulturforschung, die auf die Arbeiten von Gabriel Almond und Sidney Verba zurückgeht, ist die Surveyforschung. Mithilfe von Umfragen wird die individuelle Einstellung der Bürger gegenüber politischen Institutionen oder die Zufriedenheit mit der Demokratie als Idee und ihrer Performanz erhoben. Doch ist in einem solchen Verständnis der Begriff der politischen Kultur – so die Kritiker – unzulässig auf die Werte und Einstellungen der

Individuen in Bezug auf die politischen Objekte verengt worden. Deswegen arbeitete Karl Rohe seit den 1980er Jahren systematisch an einer Erweiterung der „empirischen politischen Kulturforschung“, wie er sie nannte¹³, und forderte, dass die politische Kultur stets in ihrem „subjektiven und objektiven Doppelcharakter“ analysiert werden müsse, sie also „Ideensystem und gleichzeitig Zeichen- und Symbolsystem“ sei. Ihm ging es darum, auch die „ästhetisch fassbare und bewertbare Form und Ausdrucks-gestalt“ der politischen Kultur zu untersuchen, wobei die Form, also die „Ausdrucksseite“, niemals nur allein als Zugang zur „Inhaltsseite“ zu sehen sei, sondern einen besonderen „Eigenwert“ besitze.¹⁴

Rohe unterschied zum einen die „politische Soziokultur“ oder auch „politische Sozialkultur“, also die „mehr oder weniger unbewussten Denk-, Rede- und Handlungsgewohnheiten“, und zum anderen die „politische Deutungskultur“, eine Art Metakultur, auch „Weltbild“ genannt oder „politischer Sinn“, wie es Rohe an anderer Stelle formuliert.¹⁵ Und dieser „Sinn“ werde dann durch „politisches Reden und politisches Handeln sichtbar und sinnfällig gemacht oder auch in Frage gestellt“.¹⁶

12 Vgl. allgemein und übersichtlich zum Thema Pickel, Susanne / Pickel, Gert: Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden; eine Einführung, Wiesbaden 2006.

13 Vgl. hierzu Rohe, Karl: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar / Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–21.

14 Ebd., hier S. 7.

15 Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift, Jg. 132 (1990), H. 250, S. 321–346, hier S. 337.

16 Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk / Schissler, Jakob (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18, Wiesbaden 1987, S. 39–48, hier S. 42.

Gerade weil die politische Soziokultur „essenziell auf ständige symbolische Verdeutlichung“ angewiesen sei, erweitert Rohe mit seiner Konzeption das Ziel der politischen Kulturforschung: „[W]er in einer politischen Gesellschaft für wen auf welche Weise was für politische Deutungsangebote macht und machen kann, oder noch grundlegender: ob überhaupt eine hinreichende symbolische Verdeutlichung der politischen Basiskonzepte und Basisregeln eines politischen Gemeinwesens erfolgt“, sei *die* Kardinalfrage der Subdisziplin. Rohe ergänzte die klassischen Konzeptionen der politischen Kulturforschung überdies durch die Annahme, dass politische Kultur nicht als „vorgefundenes Resultat, sondern [...] stets auch als Prozeß begriffen werden“ müsse, was konsequenterweise in der „Analyse von politisch-kultureller Praxis“ mündet.

Wir gehen davon aus, dass in einer streitbaren Demokratie mehrere politische Deutungskulturen und auch Soziokulturen miteinander ringen. Gerade dort, wo unterschiedliche politische Kulturen sich aneinander reiben, sich gegeneinander abgrenzen, sich auseinandersetzen, sich Vereinnahmungen widersetzen oder um Kompromisse kämpfen, ist der Forschungsgegenstand von FoDEx zu verorten. Ausprägungen dieser unterschiedlichen politischen Soziokulturen im Bereich der Extremen Rechten, der Radikalen Linken und der religiös-fundamentalistischen Gewalt sowie deren Praktiken und Symbole sind zu erfassen und zu analysieren. Andererseits sind auch deren politische Deutungskulturen, also die politischen Ordnungsideen und -konzepte, sowie die Ideensysteme zu untersuchen, weil sie Antrieb und Rechtfertigung des politischen Handelns sind, politische Vorgänge erklären und erstrebenswerte Ziele festlegen. Diese Ideologien finden sich im Gegensatz zur politischen Soziokultur in verschriftlichen Konzepten, Doktrinen und Grundrissen.¹⁷

17 Vgl. hierzu auch Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeit, Stuttgart 1978, S. 50–61.

Auch wenn in den vergangenen Jahren zahlreiche Arbeiten über politische Mythen, Symbole, Bilder und Metaphern oder Diskurskulturen entstanden sind, fristet dieser Zugang insbesondere in der Politikwissenschaft ein Nischendasein. Dem Zugriff werden etwa aus der empirischen politischen Kulturforschung konzeptionelle Überdehnung und mangelnde Operationalisierung vorgeworfen. Wir gehen jedoch davon aus, dass durch die konsequente Umsetzung eines qualitativ-empirischen Forschungsdesigns mit leitfadengestützten und narrativ-biografischen Interviews, Gruppendiskussionen, systematischen Vor-Ort-Beobachtungen der Alltagspraktiken und einer Analyse der verwendeten Sprache und Bilder, auch der politischen Debatten in internetbasierten sozialen Netzwerken, durch die zielgerichtete Untersuchung von bewegungsförmigen politischen Akteuren, sowie der Ausdeutung politischer Schriften, theoretischer Entwürfe und konzeptioneller Maximen, umfassend die politische Kultur (eines Milieus oder einer Subkultur) erfasst werden kann. Wo es möglich und sinnvoll erscheint, sollen diese Erhebungsformen durch die Umfrageforschung ergänzt werden, bspw. durch die Auswertung vorhandener Daten zur Identifizierung einer „Mehrheitskultur“, die sich den oppositionellen „Minderheitskulturen“ gegenüber sieht, oder eigenen Demonstrationsbefragungen,¹⁸ wie sie bereits mehrfach am Institut für Demokratieforschung durchgeführt wurden.

Forschungspragmatisch resultiert aus diesen Vorüberlegungen u. a. die selbstgesetzte Aufgabe, in vergleichenden Fallanalysen konkrete Gruppen und Ereignisse in ihrer lokalen Bedingtheit zu untersuchen, um im Rahmen definierter lokaler Strukturen wie unter einem

18 Vgl. zu den Begriffen der „Mehrheits- und Minderheitskultur“ sowie den Möglichkeiten der Ergänzung der „Extremismusforschung“ mit den Werkzeugen der politischen Kulturforschung auch Jaschke, Hans-Gerd: Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit, Opladen 1991.

Brennglas Entwicklungen von Einstellungsmustern, Konjunkturen „antidemokratischer“ Tendenzen und Anknüpfungsmöglichkeiten radikalisierten Gedankengutes wissenschaftlich erforschen zu können. Im Zentrum des bisherigen Forschungsdesigns stehen entsprechend lokale Milieustudien als Kristallisationen, ohne dass darüber regionale und überregionale Entwicklungen vernachlässigt werden würden. Kulturelle Besonderheiten, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Wandlungsprozesse und sowohl individuelle als auch kollektive Mentalitäten sollen durch einen flexibel komponierten Methodenmix erfasst werden. Indem sich der Blick auf die langen Linien von Entstehungsbedingungen und Ausdrucksformen richtet, wird der historische Wurzelgrund gegenwärtiger politisch-kultureller Phänomene erfasst, wodurch sich etwa bei der Untersuchung von Anhängerprofilen, Agitationsweisen und Artikulationsformen der verbreitete Alarmismus aktualitätsfixierter Gegenwartsdiagnosen relativieren kann. Militanz, Radikalisierungen und „antidemokratische“ Widerstandsbewegungen – ob partei- oder protestförmig, spontan oder organisiert – entwickeln sich stets im Rahmen eines spezifischen historisch gewachsenen gesellschaftlichen Kontextes, der für die wissenschaftliche Beurteilung unbedingt Berücksichtigung finden muss.

Schließlich: Wissenschaft ist dazu verpflichtet, permanent mit ihren Herangehensweisen und Ergebnissen in den Diskurs und Austausch zu treten, kurzum: durch das Säurebad kritischer Infragestellung hindurchzugehen. Hier wird die Forschungsstelle nicht nur für die Diskussion in der Wissenschaft selbst offen sein, sondern auch für Fragen und Impulse aus der interessierten Öffentlichkeit. Die Ansiedlung der Forschungsstelle am Institut für Demokratieforschung garantiert eine enorme Transparenz; auch, weil dort seit mehreren Jahren Forschungsarbeit als öffentliche Wissenschaft praktiziert, d.h., die Kommentierung und Intervention in aktuelle gesellschaftliche Debatten betrieben wird.

Darüber hinaus wird an der Forschungsstelle eine Plattform zum wissenschaftlichen Dialog und zur Förderung der politischen Bildung geschaffen, indem explizit Mittel für ein Gastwissenschaftler-Programm, für Symposien und für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Zuletzt: Es gibt viele junge, interessante Wissenschaftler und Praktiker, die sich ebenfalls mit diesem Forschungsbereich beschäftigen, die sich nicht im Elfenbeinturm verschanzen, sondern ins Feld gehen, die sich für ihren Gegenstand begeistern, die neugierig und leidenschaftlich sind; mit diesen Leuten möchten wir zusammenarbeiten und sie sind herzlich eingeladen, in der vorliegenden Schriftenreihe Beiträge aus ihren Arbeitsfeldern zu publizieren.

Katharina Trittel, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteurin des *Demokratie-Dialog*. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie vorwiegend zum Phänomenbereich Rechtsextremismus.



Dr. Matthias Micus, geb. 1977, ist Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.



Dr. Stine Marg, geb. 1983, ist Politikwissenschaftlerin und geschäftsführende Leiterin des Göttinger Instituts für Demokratieforschung.



Dr. Lars Geiges, geb. 1981, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seit 2016 arbeitet er für die Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen insbesondere über die extreme Rechte und ihr Umfeld.



Wahlkampf in (a)sozialen Netzwerken

Oder:
Hate Speech jenseits
politischer Extreme

Christopher Schmitz

Die Bundestagswahl steht gewissermaßen vor der Haustür. Betrachtet man Wahlkämpfe als Zeitfenster, in denen sich die politische Diskussion – nicht nur bei Parteien, politischem Personal und Medien, sondern auch bei den potenziellen Wählerinnen und Wählern – intensiviert, gilt dies für soziale Netzwerke gleichermaßen. Sie erscheinen als ideale Nährböden für öffentliche politische Auseinandersetzungen und sind – auch weil sie in dieser Hinsicht gewissermaßen den Reiz wissenschaftlichen „Neulands“ besitzen – für viele Forschende äußerst interessant. Auch das Forschungskonsortium „Wahlkampf in (a)sozialen Netzwerken. Politische Online-Kommunikation und Diskursverhalten im Kontext des Bundestagswahlkampfes 2017“

setzt sich mit diesem Gegenstand auseinander. Unter der Leitung von Wolf Schünemann (Hildesheim) soll gemeinsam mit Michael Gertz (Heidelberg) und Mitarbeitern des Göttinger Instituts für Demokratieforschung (im Rahmen der Forschungsstelle für politisch-religiöse Extremismen) der Einfluss internet-basierter Kommunikationsformen auf die politische Debattenkultur im Bundestagswahlkampf 2017 untersucht werden.¹ Doch was ist eigentlich das Besondere an politischer Kommunikation und Kommunikation über Politik im Internet?

Auf dem Papier ermöglichen netzbasierte Kommunikationsformen die vollständig gleich-

1 Weitere Informationen zum Projekt finden sich auf der Projekt-Website: <https://www.uni-hildesheim.de/wahlkampfanalyse/>.

berechtigte Teilnahme von Individuen am politischen Diskurs: Theoretisch ist es denkbar, dass Politikerinnen und Politiker online in den direkten Austausch mit potenziellen Wählerinnen und Wählern treten. Diese Art der direkten Kommunikation zwischen Wählenden und Wählbaren stellt dabei den Kern einer idealen deliberativen, direkten und digitalen Demokratie dar.² So weit die Theorie. Bereits vor über zwanzig Jahren hat der Politikwissenschaftler Hubertus Buchstein in kritischen Anmerkungen darauf hingewiesen, dass digitale Kommunikationsmedien eine fundamentale Herausforderung sowohl für die politische Theorie als auch für die politische Praxis bedeuteten, da diese eine für das politische Denken der Moderne grundlegende Unterscheidung infrage stellten und aufzuheben drohten: die Differenzierung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, zwischen *Citoyen* und *Bourgeois*, die durch die digitale, unmittelbare Kommunikation zunehmend brüchig, die Unterscheidung schlicht hinfällig werde. Personalisierte Newsfeeds – oder persönliche Tageszeitungen, wie diese Vision zehn Jahre vor der Geburt von *Facebook* genannt wurde – und unvermittelte Kommunikation würden eine maßgeblich durch Medien vermittelte und aggregierte Öffentlichkeit sukzessiv aushöhlen und schließlich ersetzen. Zudem sei im Zuge der Digitalisierung die Debatte um demokratische Zensur durch „technisches K.O.“ vollständig zugunsten der nahezu ungehemmten Meinungsfreiheit entschieden. Die Frage, ob Hassreden, rassistische sowie sexistische Äußerungen oder Gewaltaufforderungen im Namen der Meinungsfreiheit zu

tolerieren oder ob sie vielmehr eine Grundvoraussetzung des demokratischen Miteinanders verletzen und deshalb zu sanktionieren seien, würde durch die Privatisierung der Öffentlichkeit im Internet insofern zugunsten libertärer Meinungsfreiheit beantwortet, als es kaum Möglichkeiten gebe, die private oder pseudo-öffentliche Kommunikation zu sanktionieren, ohne sie komplett zu überwachen.³ Man denke nur an die Debatte über das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, um dieses Problem im aktuellen Gewand zu erleben.⁴

Dass die politische Auseinandersetzung in der *Facebook*-Agora gegenwärtig keinen guten Ruf genießt und den Idealen demokratischer Auseinandersetzung nicht gerecht wird, ist also keineswegs aus heiterem Himmel über das Medium und die sozialen Netzwerke hereingebrochen, sondern vielmehr tief in die Struktur des Internets eingelassen. Die scheinbar allgegenwärtigen Eskalationsspiralen in der öffentlichen Auseinandersetzung hinterlassen den Eindruck, dass folgende populäre Gegenwartsdiagnose überaus zutreffend ist: Während Meinungen durch intensive Beharrungskräfte geschützt, gestützt und intensiviert werden, schwinden die Räume für konstruktive, konsensorientierte, dialogische Auseinandersetzungen. Was bleibt, ist der konfrontative Gestus in den Kommentarspalten. *Hate Speech*⁵ – auch: Hassrede,

2 Vgl. bspw. Zehnpfenning, Barbara: Mehr Transparenz – weniger Demokratie? Über die politische Dimension des Internets, in: Kneuer, Marianne (Hrsg.): *Das Internet: Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?*, Baden-Baden 2013, S. 35–56, hier: S. 56 und Schünemann, Wolf J. et al.: Transnationalisierung und Demokratisierung politischer Öffentlichkeit über Soziale Medien – ein Politikfeldvergleich, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, Jg. 10 (2016), H. 2, Supplement, S. 233–257, hier S. 234.

3 Buchstein, Hubertus: Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 44 (1996), H.4, S. 583–607, hier S. 593 ff.

4 Eine kurze Zusammenfassung der Debatte und der Argumente gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz liefert Hanfeld, Michael: Meinungsfreiheit im Neuland, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.05.2017, URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-spd-die-medienaufsicht-und-das-netzgesetz-von-heiko-maas-15022336-p2.html?printPagedArticle=true> [eingesehen am 24.08.2017].

5 Zur exponierten Position des Begriffes in der Debatte vgl. bspw. Amadeu-Antonio-Stiftung (Hrsg.): »Geh sterben!«. Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet. Amadeu-Antonio-Stiftung, URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung>.

Hasskommentare, Hasspostings – ist der Begriff der Wahl, wenn von Texten und Beiträgen die Rede ist, die mehr Invektive als Innovation, mehr Destruktion statt Konstruktion und mehr Geifer als Gespräch sind. Die Zeichen der Kommunikation in sozialen Netzwerken stehen also auf Konfrontation und Eskalation, so die verbreitete Deutung.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Zum einen ist die schiere Banalisierung des Internets als Technologie dafür verantwortlich. Nicht nur hat sich die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer innerhalb von nur zwei Jahrzehnten allein in Deutschland von vier Millionen gelegentlichen Usern im Jahr 1997 auf knapp sechzig Millionen faktisch tägliche User im Jahr 2016 erhöht.⁶ Zum anderen war es nie einfacher zu surfen. Das Smartphone hat das Netz allgegenwärtig und ständig verfügbar gemacht. Es ist ubiquitär. Soziale Netzwerke sind somit zu einem entscheidenden Ort der persönlichen Selbstvergewisserung und kulturellen Sinnstiftung avanciert – sie sind sozialisierte und sozialisierende Instanz zugleich. Dies bedeutet auch, dass soziale Netzwerke in vielerlei Hinsicht und bei diversen Gelegenheiten als Resonanzboden für Propaganda und Radikalisierung bis hin zum offenen Extremismus dienen können.⁷ Soziale Medien sind verstärkt

zu abgeschotteten Räumen, voneinander abgegrenzten Diskursarenen, mithin: zu Echokammern geworden.⁸ Diese (oftmals ideologisch) sortierten Diskussionsräume sind Produkt und Katalysator einer zunehmenden Polarisierung politischer Kommunikation. Statt sich in der Diskussion einander anzunähern, reproduzieren sich Meinungen und Werthaltungen gleich einem Fraktal der Selbstbestätigung und unterminieren den Raum für Konsensfindung. Im äußersten Fall ist das Ergebnis eine „crippled epistemology“ im Sinne einer unversöhnlichen und unnachgiebigen, zum Konsens jenseits der eigenen Anschauungen unfähigen Sicht auf die Welt.⁹ Dass soziale Medien Sortierungs-, Zuordnungs- und Identifikationsprozesse in ideologisch-politische Lager bis hin zum Radikalismus und Extremismus erlauben und auch stellenweise begünstigen, ist also in vielerlei Hinsicht wahrscheinlich.¹⁰ Mithin könnten derlei Prozesse gar dazu führen, dass politische Kommunikation in sozialen Netzwerken zu einem Resonanzraum für jenen menschenverachtenden Chauvinismus oder, wie der Konflikt- und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer es nennt, für eine „Entkultivierung des Bürgertums“¹¹ wird. Und dies nicht nur an den Rändern des

de/w/files/pdfs/hatespeech.pdf [eingesehen am 24.11.2016]. Zu einer grundsätzlichen Annäherung an den Begriff siehe Butler, Judith: Haß spricht. Zur Politik des Performativen, Frankfurt a.M. 2006.

6 Vgl. exemplarisch ARD-ZDF-Onlinestudie: Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland 1997 bis 2016. Personen ab 14 Jahren, in: ARD-ZDF-Onlinestudie, URL: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=558> [eingesehen am 28.07.2017].

7 Vgl. exemplarisch die Auswertung der PEGIDA-Facebook-Gruppe in Göttinger Institut für Demokratieforschung: Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“, Göttingen 2016, S. 38–78.

8 Vgl. Lütjen, Torben: Die Politik der Echokammer. Wisconsin und die ideologische Polarisierung der USA, Bielefeld 2016; Sunstein, Cass R.: Going to Extremes. How Like Minds Unite and Divide, New York 2009.

9 Vgl. Hardin, Russell: The Crippled Epistemology of Extremism, in: Breton, Albert et al. (Hrsg.), Political Extremism and Rationality, Cambridge 2002, S. 3–22.

10 Dies ist eine Position, die in der Debatte um die Bedeutung der FilterBubble ebenfalls vertreten wird, vgl. bspw. Behrens, Christoph: Der Mythos von der Filterblase, in: Süddeutsche Zeitung, 28.11.2016, URL: <http://www.sueddeutsche.de/wissen/erkenntnistheorie-der-mythos-von-der-filterblase-1.3254772> [eingesehen am 29.11.2016]; Flaxman, Seth et al.: Filter Bubbles, Echo Chambers, and Online News Consumption, in: Public Opinion Quarterly Jg. 80 (2016), SH. 1, S. 298–320.

11 Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entscherten

politischen Spektrums, sondern auch und vielleicht gerade aus der soziodemografischen und ökonomischen Mitte der Gesellschaft heraus.

Sollten diese Annahmen zutreffen, rückt zugleich die Suche nach Ursachen und Begleiterscheinungen, die solche Konfrontationen und Eskalationen bedingen und flankieren, in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses. Wesentlich hierbei ist, dass diese Prozesse nicht in einem luftleeren Raum ablaufen. Soziale Medien sind mitnichten ausschließlich virtuell, sondern produzieren mitunter höchst manifeste Realitäten – und sind zugleich Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse. So ist die fortdauernde Ungewissheit darüber, ob Donald Trump seine Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten nun dank der sozialen Medien, insbesondere *Facebook*, gewonnen habe oder eben nicht, gerade aufgrund der fehlenden eindeutigen Auflösung dieser Frage ein Ausweis dieser komplexen und interdependenten Gemengelage.¹² Die Kommunikation in sozialen Netzwerken steht keineswegs für sich alleine, sondern ist eingebettet in ein Umfeld gesellschaftlichen Handelns. Sie wird produziert und rezipiert, schließlich auch inkorporiert – Menschen (be-)arbeiten Kommunikation, und diese wirkt sich aus: auf Individuen, Gesellschaft und Politik.

Eine Annäherung an das Diskursverhalten in dieser Umgebung muss diesem komplexen Geflecht angemessen Rechnung tragen. Entsprechend vielschichtig fallen die Fragen aus, die zu einer ersten Sondierung des Forschungsfeldes gestellt werden: Was prägt Debatten in sozialen Netzwerken? Nach welchen Mustern funktionieren sie? Welche Bedingungen müs-

sen gegeben sein, damit eine Eskalation oder auch Deeskalation auf der diskursiven Ebene eintritt? Zum einen werden diese Fragen an die Debatten selbst herangetragen, natürliche Daten also gesammelt und ausgewertet. Zum anderen ermöglichen es zusätzliche im Forschungskonsortium angedachte Erhebungsmethoden, bspw. eigens durchgeführte Experimente und Gesprächsrunden, solche Zusammenhänge weiter zu erhellen, zu testen oder auch infrage zu stellen.

Kurzum: Bei dem Forschungsvorhaben geht es auch um die Identifikation von Mustern, Regelmäßigkeiten und Bedingungen von Netzkommunikation im Spannungsfeld zwischen deliberativen Diskursen auf der einen und enthemmten Hasstiraden auf der anderen Seite. Gleichzeitig geht es auch darum, die „Mitte“ der Gesellschaft, die sich nicht zwingend zu politischem Aktivismus bekennt oder sich vielleicht auch gar nicht so sehr für Politik interessiert, auf ihr Erregungspotenzial im Sinne einer aufpeitschenden Sprache hin abzuklopfen. Dieses Vorhaben steht in der Tradition eines zunächst kritisch-skeptischen Verständnisses von zivilgesellschaftlichem Engagement, die von einem naturgegebenen positiven Beteiligungs- und Zivilgesellschaftsbegriff zunächst einmal absieht: Konzepte, die auf einer Förderung von Aspekten wie „Engagement“, „Freiwilligkeit“ und „Zivilgesellschaft“ oder auch „Kommunikation“ in sozialen Medien zur Revitalisierung der Demokratie basieren, blenden den Aspekt einer möglichen „negativen Mobilisierung“ aus.¹³ Somit lässt sich auch über die politische Auseinandersetzung in sozialen Netzwerken sagen, dass sie keineswegs zu demokratisch-diskursiver Zivilität einer perfekten direkten Demokratie führen muss, sondern auch nicht intendierte Nebenfolgen haben kann, die so gar nicht im Sinne einer Demokratie sind. In jüngerer Zeit hat vor allem das Beispiel PEGIDA gezeigt, dass zivilgesell-

Jahrzehnt, in: ders (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Bd. 10, Berlin 2012, S. 15–41, hier S. 35.

12 Vgl. bspw. Read, Max: Donald Trump Won Because of Facebook, in: *select all* 2016, 09.11.2016, URL: <http://nymag.com/selectall/2016/11/donald-trump-won-because-of-facebook.html> [eingesehen am 22.11.2016].

13 Vgl. Geiges, Lars et al.: *Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?*, Bielefeld 2015, 192 f.

schaftliches Engagement auf freiwilliger Basis per se nicht zwingend zu einer Verbesserung des demokratischen Gemeinwesens beiträgt – weder auf der Straße noch in den sozialen Netzwerken.

Und schließlich stellt sich auch die ganz banale Frage: Wie wichtig ist den Menschen das In-

ternet in ihrer politischen Kommunikation? So unschön und bedenklich die Kommunikation online stellenweise auch sein mag — als wie wirkmächtig ist sie nun eigentlich einzuschätzen? Schließlich geht es hier um das Internet, über das immer alle reden. Die angedeuteten Fragestellungen bieten genug Gelegenheit, sich einzumischen und mitzureden.



Christopher Schmitz M.A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seine Forschungsschwerpunkte sind historische und kulturelle Grundlagen des Internets sowie Protest- und politische Kulturforschung.

Linke Militanz

Der blinde Fleck des Extremismus (-Begriffes)

Überlegungen zu einer möglichen Alternative

Jonathan Riedl / Matthias Micus

So offensichtlich das Phänomen „Extremismus“ ein drängendes Gegenwartsthema darstellt, so problematisch ist der Begriff. In der Wissenschaft jedenfalls ist der Terminus äußerst umstritten. Von den Protagonisten der Extremismustheorie als Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat verstanden, bemängeln Kritiker seine Staatsnähe, die „theoretische Unterkomplexität“ und die „empirischen Schwächen“ des Extremismus-Begriffes.¹ Die hinter der Rede vom Extremismus stehende Annahme, „dass es eine verfassungsbejahende

politische Mitte gebe“, wird als ebenso „simpel“ und „oberflächlich“ bezeichnet wie die daraus abgeleitete Deutung einer Korrelation von Mitte-Distanz und Grundgesetz-Feindlichkeit.²

Doch trotz der zahlreichen Einwände, die sich auch auf eine vermeintliche Gleichsetzung von links und rechts und eine Verharmlosung des Rechtsextremismus richten, prägte der Begriff in den vergangenen drei Jahrzehnten die wissenschaftliche Debatte in der Demokratieforschung bzw. in der Politikwissenschaft. In der jüngsten Zeit allerdings häufen sich die semantischen Unsicherheiten, die Begriffe „Fundamentalismus“, „politisch motivierte Gewalt“ oder auch „Demokratiefeindlichkeit“ finden sich immer häufiger im wissenschaftlichen Diskurs

1 Kraushaar, Wolfgang: Der Begriff „Extremismus“ wird als Etikett missbraucht, in: Süddeutsche Zeitung, 02.08.2017.

2 Ebd.

ebenso wie in Verfassungsschutzberichten. Diese Entwicklung dürfte indes auch in den aktuellen Wandlungsprozessen der Untersuchungsobjekte begründet liegen. Vormalig festere organisatorische Strukturen lösen sich auf, Brücken in die gesellschaftliche Mitte werden gesucht, extremistische Handlungen offenbar ohne im Vorfeld entsprechend sichtbare Einstellungsmuster und Orientierungen begangen.

Um solche Veränderungen konzeptionell zu integrieren, ist der Extremismus-Begriff denkbar schlecht gerüstet – basiert er doch auf der Zuschreibung eines bestimmten Ortes im politischen Raum, der als statisch begriffen wird und, einmal eingenommen, sodann beibehalten werde. Dynamische Entwicklungen und den Prozesscharakter, das Werden und Vergehen, von Erscheinungen, die Motive, Intentionen und Ziele der Akteure: All das kann er kaum einfangen. Dasselbe gilt für Ambivalenzen und Paradoxien, für die vielleicht ganz unintendierten, nichtsdestotrotz folgenreichen Effekte von anfänglich – aufgrund ihres deterministischen Geschichtsbildes, ihrer dogmatischen Absolutheitsansprüche und ihres politischen Fanatismus – vielleicht zu Recht extremistisch zu nennenden individuellen Handlungsmotive und organisatorischen Kollektivstrukturen. Inwieweit womöglich selbst eine erbitterte Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in eine Akzeptanz derselben umschlagen kann und die einstigen Antagonisten zu Vertretern der zuvor bekämpften Institutionen werden, ist ein Fragekomplex, der von der Extremismusforschung bislang kaum beachtet worden ist.

Werfen wir diesbezüglich einen Blick in die deutsche Parteiengeschichte: Die Anhänger-schaften der späteren sozial- und christdemokratischen Volksparteien richteten sich in ihrer Frühzeit bekanntermaßen in innergesellschaftlichen Parallelwelten ein.³ Diese eigenkulturellen Separatstrukturen nährten sich ganz wesentlich

aus kämpferischen Auseinandersetzungen, sie begründeten sich in einer Phase polarisierter Agitation gegen die protestantischen bzw. bürgerlich-aristokratischen Entscheidungsträger im deutschen Kaiserreich und basierten auf einer ganz wesentlich selbstgewollten Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft. Die Katholiken formierten sich zum Milieu, als die protestantisch-liberalen Eliten ihre Attacken gegen die katholische Kirche verschärften und deren Existenzberechtigung durch anti-jesuitische Kampagnen und den Feldzug gegen die konfessionelle Schulaufsicht im ohnehin evangelisch imprägnierten Kaiserreich in Zweifel zogen. Der katholische Bevölkerungsteil schuf sein ausgedehntes Vereinsnetz, als sich die päpstliche Kritik an den bürgerlichen Freiheiten dogmatisierte und sich der nun vatikanische, ultramontane Katholizismus als unversöhnlicher Gegner von Aufklärung, Toleranz und Liberalismus, kurz: der Moderne gerierte. Und ganz vergleichbar damit lagen die Grundlagen der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft in den so weitreichenden wie dauerhaften Ausgrenzungen von Sozialdemokraten aus den mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen, wurzelnd in den Jahren des Sozialistengesetzes, als die SPD verboten war, ihre Anhänger verfolgt wurden, ihre Anführer in Gefängnissen saßen oder in der Emigration feststeckten.

Doch weil die Organisationswelten der Parallelgesellschaften die Frustrationen, Verbitterungen und systemfeindlichen Energien ihrer Zugehörigen kanalisiert; da sie die Akteure zu Anstrengungen motivierten, in Bildung und Kultur mit der offiziellen Gesellschaft mitzuhalten; und indem Wahlen, die parlamentarische Bühne und der Beginn einer bürgerlichen Öffentlichkeit auch dem katholischen Zentrum und den Sozialdemokraten zugutekamen – aus all diesen Gründen integrierten sich beide Gruppen sukzessive in die Mehrheitsgesellschaft, ja wurden die Anhängerschaften von

3 Hierzu und im Folgenden Walter, Franz/Micus, Matthias: Integration durch Separation. Zur Paradoxie

der Parallelgesellschaften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 1/2007, S. 87–92.

CDU/CSU und SPD zu Garanten demokratischer Nachkriegsstabilität.

Vielleicht ist heute gerade der Niedergang dieser ehemals systemoppositionellen Strukturen der Grund für die Renaissance der eruptiven Revolte, die manche Beobachter aktuell diagnostizieren zu können meinen. Die „große und glückliche Phase des berechenbaren, pazifizierten Konflikts zwischen hochformalisierten Großvereinigungen im industriellen Kapitalismus“, so Franz Walter, „geht allmählich vorbei“.⁴ Die organisatorisch vermittelnden Puffer seien rarer geworden, der unregulierte Konflikt lade Streit schnell essentialistisch auf, aus der Strukturlosigkeit der organisationsfreien Lebensräume resultierten plötzliche Gewaltausbrüche, die auch von formal hochgebildeten Mittelschichtjugendlichen ausgehen könnten, wenn diese sich in ihrem beruflichen Fortkommen blockiert und von der Gesellschaft um ihre Zukunftsaussichten geprellt fühlten.

Andererseits sind mit der Entflechtung von Lebenswelt, Milieuorganisationen und Weltanschauung auch Sinnstiftungsangebote, Visionen und Zukunftserzählungen verloren gegangen. Kennzeichnend für die moderne Linke ist womöglich auch deshalb eine frappante „inhaltliche Defensivhaltung“, der offenkundige Mangel einer „positiven linken Gegenerzählung“⁵, deren Ursache insofern ebenfalls ausgerechnet in dem ersatzlosen Wegfall dereinst extremistisch anmutender Zusammenschlüsse zu suchen wäre. „Sogar ihren Optimismus“, bilanziert der *Spiegel* die Hamburger G20-Proteste, „musste sie [die Linke, Anm. d. Verf.] aufgeben, die Sicherheit, historisch auf der

richtigen Seite zu stehen.“⁶ Daher rühre ihre Verlorenheit, die den Nihilismus der militanten Linken der Gegenwart befördere – und Gewaltausbrüche für den Außenstehenden umso unverständlicher und empörender mache.

„Extremismus der Mitte“

Diesen Verzicht auf konkrete positive Gesellschaftsentwürfe und das Gefühl einer scheinbaren Alternativlosigkeit teilen große Teile der sogenannten Extremisten mit der ihnen gegenübergestellten Mehrheitsgesellschaft, für deren Zustand Colin Crouch den seither viel diskutierten Begriff der „Postdemokratie“ popularisiert hat: Dieser beschreibt die vorherrschende Situation in westlichen Industriestaaten mit formal intakten demokratischen Institutionen und Verfahren, in denen sich „Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen die Repräsentanten mächtiger Interessengruppen, die nur für eine kleine Minderheit sprechen, weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger, wenn es darum geht, das politische System für die eigenen Ziele einzuspannen; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu lenken und zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen ‚von oben‘ dazu überreden muss, überhaupt zur Wahl zu gehen“⁷.

Crouchs Diagnose lässt das Konstrukt einer idealen, von lebhafter demokratischer Partizipation geprägten „Mitte“, die sich von äußeren „demokratiegefährdenden“ Rändern bedroht sieht, auf wackligen Beinen stehen. Auch die Rezeption von Seymour M. Lipsets Modell des „Extremismus der Mitte“ stellt in der neueren Einstellungsforschung einen Versuch dar,

4 Walter, Franz: Protest und Militanz, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 10.07.2017, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/protest-und-militanz> [eingesehen am 13.07.2017].

5 Wimmer, Christopher: Radikale Ratlosigkeit, in: Der Freitag, 30.03.2017.

6 Amann, Melanie et al.: „Lasst es krachen“, in: Der Spiegel, H. 29/2017, S. 22–26, hier S. 25.

7 Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008, S. 30.

autoritäre Charakterstrukturen im, wenn man so will, Herzen der Mehrheitsgesellschaft zu analysieren.⁸ Obwohl im „Extremismus der Mitte“-Modell die „Richtungsbezogenheit und die Wechselbeziehungen zwischen Zentrum und Peripherie“⁹ nicht benannt werden, verweist es gerade durch seine bewusst widersprüchlich wirkende Terminologie auf die Notwendigkeit, eine differenziertere Untersuchungsperspektive als die gängige Extremismustheorie einzunehmen. Die Tatsache, dass es sich in der öffentlichen Debatte anders als das plakative „Hufeisen“-Schema dominanter struktureller Gemeinsamkeiten zwischen den linken und den rechten Rändern des politischen Spektrums und ihrer weitestmöglichen Distanz zu den demokratischen Bannerträgern mittenlang einer recht geringen Popularität erfreut, liegt auch darin begründet, dass die „Mitte“ jenen gesellschaftlichen Ort darstellt, um den alle im Bundestag vertretenen Parteien rangeln.

Dabei bleibt die inhaltliche Bestimmung dieses Ortes recht beliebig. Die jeweilige Definition der „Mitte“ bleibt abhängig von sozialen und kulturellen Kräfteverhältnissen und akuten politischen Konfliktlinien.¹⁰ Dasselbe gilt für den „demokratischen Verfassungsstaat“, auch wenn der eigenen Auslegung durch die Aufzählung statisch verstandener und vermeintlich eindeutig interpretierbarer Merkmale der Schein von Objektivität verliehen werden soll. Im Ergebnis führen just die „Fetischisierung

der Begrifflichkeiten“, die „Verabsolutierung des Relativen“ und der Versuch zur „Fixierung des Kontingenten“ bloß zu einer „Entleerung der Begriffe“. „Zwischen dem abstrakten Begriff und der konkreten Realität wird nicht (mehr) vermittelt.“¹¹

Analytische und demokratietheoretische Probleme des Extremismus-Modells

Abgesehen von der dürftigen Aussagekraft der Bestimmungsmerkmale wie „dichotomes Freund-Feind-Denken“ oder „Absolutheitsansprüche“, die sich auch bei ausgewiesenen „Verfassungsfreunden“ und nicht zuletzt teilweise im Schema der „streitbaren Demokratie“ selbst finden lassen,¹² haben Christoph Kopke und Lars Rensmann schlüssig aufgezeigt, dass die konzeptuelle, scheinbar objektive Gleichsetzung von „Links“- und „Rechtsextremismus“ nicht zuletzt auch der Legitimation für neokonservative Bestrebungen der „Rehabilitation eines undemokratisch verselbständigten Staates“¹³ dienen kann. Dadurch, dass im Extremismus-Modell zudem der Demokratiebegriff mit der *Stabilität* des formalen staatlichen Institutionengefüges verknüpft wird, wird eine durchaus autoritäre Tendenz des Misstrauens gegenüber einem potenziell störenden „demokratischen“ Element sichtbar,¹⁴ manifestiert in der Warnung vor einer „Überdehnung des

8 Vgl. Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Autoritäre Dynamiken, in: Decker, Oliver/Kiess, Johanna/Brähler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte, Gießen, 2016, S. 11–22, hier S. 15.

9 Butterwegge, Christoph/Häusler, Alexander: Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randprobleme oder Phänomene der Mitte?, in: Butterwegge, Christoph et al. (Hrsg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte, Opladen, 2002, S. 217–266, hier S. 243.

10 Vgl. Wippermann, Wolfgang: Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende, Berlin 2010, S. 6.

11 Falter, Matthias: Critical Thinking Beyond Hufeisen, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus, Wiesbaden 2011, S. 85–101, hier S. 91.

12 Vgl. Kopke, Christoph/Rensmann, Lars: Die Extremismus-Formel, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12/2000, S. 1451–1462, hier S. 1455.

13 Ebd.

14 Vgl. Schubert, Frank: Die Extremismus-Polizei, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.): Ordnung. Macht. Extremismus, Wiesbaden 2011, S. 102–116, hier S. 108 f.

Demokratiebegriffs“¹⁵. Kurzum: Indem demokratische Organisationsprinzipien vorzugsweise dem Staat zugesprochen werden, beraubt sich dieses Konzept der Möglichkeit zur Analyse wichtiger postdemokratischer Momente der Demokratiegefährdung und Entpolitisierung – „von innen“ durch eine Verselbstständigung der Exekutivorgane und durch den Abbau von Grundrechten, „von oben“ durch die Einflussnahme ökonomischer Eliten auf den Gesetzgebungsprozess und durch die Verschärfung sozialer Ungleichheit.

Im Zusammenhang hiermit trägt das widersprüchliche Verhältnis des Extremismus-Modells zur Gleichheit – einerseits ethische Leitlinie und demokratisches Prinzip, andererseits „linksextremistisches“ Dogma¹⁶ – dazu bei, zivilgesellschaftliche Debatten und Aktionen, die das Ziel verfolgen, andere, demokratischere Formen des politischen und auch ökonomischen Zusammenlebens durchzusetzen, von vornherein durch Stigmatisierung und Kriminalisierung kleinzuhalten. Ob mit einem solch „kategorischen Utopieverzicht“ den schwerwiegenden postdemokratischen Problemen, wie sie von Crouch postuliert wurden, beizukommen ist, bleibt allerdings zumindest fragwürdig.¹⁷

Eine forschungsperspektivische Alternative

Als ein möglicher analytischer und demokratietheoretischer Alternativrahmen zu den statischen Grundlagen des Extremismus-Modells sei an dieser Stelle das Konzept einer „sozialen

Demokratie“ in Erinnerung gerufen, das in der Weimarer Republik durch die später sämtlich zur Emigration gezwungenen Staatsrechtler Hermann Heller, Franz Neumann und Otto Kirchheimer geprägt¹⁸, in der jungen Bundesrepublik dann vor allem durch Wolfgang Abendroth, den „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer“¹⁹, fortgeführt und einer restaurativen Umdeutung des Grundgesetzes entgegengesetzt wurde.²⁰ Während die fehlende Analyse der sozioökonomischen und historischen Grundlagen des „demokratischen Verfassungsstaats“ eine zentrale Ursache für die Aporien des Extremismus-Modells darstellt, eint die Theorien einer sozialen Demokratie die Forschungsperspektive einer „Gesamtinterpretation aller sozialen Phänomene“²¹: „Politische, religiöse und geistige Strukturen, aber auch Familienbeziehungen sind Realitäten, denen die Rechtsnormen nicht weniger unterworfen sind als der Ökonomie.“²²

Daraus ergibt sich eine historisch-konkrete Untersuchungsmethode, welche der Dynamik und Mehrdimensionalität gesellschaftlicher Phänomene und sozialwissenschaftlicher Begriffe gewahr wird. Hierdurch lässt sich auch das dialektische Verhältnis der modernen politischen Demokratie zu den aktuell von zunehmenden Spaltungen gezeichneten „sozialen Realitäten“ herausarbeiten: Ihre Rechtsordnung bildet gleichzeitig sowohl „eines der gewichtigsten Mittel zur Stabilisierung der diese Gesellschaft bestimmenden Machtverhältnisse“ als auch „ein Instrument zu ihrer Transformati-

15 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Demokratie und Extremismus, in: dies. (Hrsg.): Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005, S. 57–80, hier S. 60.

16 Schubert, S. 107.

17 Vgl. Eberl, Oliver/Salomon, David: Soziale Demokratie in der Postdemokratie, in: dies. (Hrsg.): Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie, Wiesbaden 2016, S. 1–18, hier S. 3.

18 Vgl. ebd., S. 4.

19 Habermas, Jürgen: Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer, in: Die Zeit, 29.04.1966.

20 Vgl. Abendroth, Wolfgang: Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag, in: Tohidipur, Mehdi (Hrsg.): Der bürgerliche Rechtsstaat, S. 265–289, hier S. 277 f.

21 Neumann, Franz L.: Die Herrschaft des Gesetzes, Frankfurt a.M. 1980, S. 34.

22 Ebd., S. 33.

on“²³, durch die potenzielle Beteiligung derjenigen, die von ökonomischer Macht ausgeschlossen sind.

Eine Orientierung am Konzept der sozialen Demokratie stellt insofern eine Möglichkeit dar, die Schwächen des Extremismus-Modells sowohl in analytischer als auch in demokratietheoretischer Hinsicht zu umgehen. Dieses Konzept öffnet den Blick für potenzielle Gefahren für den *formalen Bestand* sowie auch für eine mögliche *inhaltliche und soziale Erweiterung* der Demokratie, nicht durch den bloßen Tatbestand einer wie auch immer gearteten fundamentaloppositionellen Haltung gegenüber dem gesellschaftlichen Status quo, sondern durch antidemokratische Interessen und Ideologien, welche soziale Ungleichwertigkeit sowie den Abbau demokratischer Grundrechte zugunsten einer unkontrollierten Exekutive bis hin zu Formen obrigkeitstaatlicher, autoritärer oder gar faschistischer Machtausübung intendieren. An die Stelle statischer und abstrakter Begrifflichkeiten tritt eine dynamische und historische Analyse sozioökonomischer, kultureller und sozialräumlicher Ursachen und Wechselwirkungen bestimmter gesellschaftlicher Erscheinungen.

Die notwendige Suche nach Terminologien

Welche Begriffe können nun für die Analyse von „Extremisten“ herangezogen werden, um der sozialen Realität stärker gerecht zu werden, als es der Terminus „Extremismus“ vermag? An dieser Stelle kann die Suche nur

in vorsichtigen Annäherungen und Denkanstößen erfolgen; eine breite wissenschaftliche Auseinandersetzung um geeignete Konzepte und entsprechende Terminologien ist weiterhin dringend vonnöten.

Zumindest für das als „linksextrem“ bezeichnete Spektrum scheint eine forcierte Suche nach Alternativen dabei überfällig zu sein, nicht nur, weil der Extremismus-Begriff in der Wissenschaft wenig Resonanz findet. Der zentrale Grund für diese Forderung liegt vielmehr – neben der implizierten Abwertung – in der mosaikartigen Differenzierung linker Szenen in verschiedene ideologische Strömungen, Systeme, Parteien, Bewegungen und Subkulturen, die im Übrigen ohne Rückgriff auf das „Extremismus-Modell“ auch bereits vielfach Gegenstand erkenntnisreicher Untersuchungen gewesen sind. Dagegen reflektiert der Begriff der *radikalen Linken* durchaus die allen Linken gemeinsame Zielvorstellung einer nach sozialer Gleichheit strebenden Veränderung der Gesellschaft an ihrer Wurzel.²⁴ Georg Fülberth hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass das entsprechende Substantiv in diesem Zusammenhang „Radikalität“ lauten müsste.²⁵ Dieses abstrakte Ziel ist durchaus mit dem Grundgesetz vereinbar und je nach Sozialstaatsinterpretation sogar angelegt – diese Entscheidung fällt in politischen Auseinandersetzungen.

Die wissenschaftlich notwendige Berücksichtigung der grundsätzlichen Ziele einer sich in der Tradition der Französischen Revolution und der Aufklärung verortenden radikalen Linken darf jedoch nicht dazu führen, die angewandten Mittel der Zieldurchsetzung unkritisch zu betrachten. Dies vorausgesetzt, vermag die Verwendung der Bezeichnung *radikale Linke*

23 Abendroth, Wolfgang: Die Justiz in der Bundesrepublik, in: Perels, Joachim (Hrsg.): Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1975, S. 154–158, hier S. 154; vgl. auch Heller, Hermann: Rechtsstaat oder Diktatur?, Tübingen 1930, S. 7; Kirchheimer, Otto: Weimar – und was dann? Analyse einer Verfassung, in: ders.: Politik und Verfassung, Frankfurt a.M. 1964, S. 16.

24 Vgl. Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung. Bd. 3, Frankfurt a.M. 1973, S. 1628.

25 Fülberth, Georg: Extremismus, in: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 3, Berlin/Hamburg 1997, S. 1207–1216, S. 1213.

eine Alternative zum pejorativen Extremismus-Begriff darzustellen, da sie die Gesellschaft als Ganze in die Analyse einbezieht. Auch der *linke Radikalismus* kann in einem bestimmten Kontext als analytische Kategorie tauglich sein; ohne weitere begriffliche und konzeptuelle Erläuterungen begibt sich jedoch jede Zuschreibung in die Gefahr, zum bloßen Schlagwort zu verkommen.



Jonathan Riedl, geb. 1995, studiert im Bachelor Geschichte und Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und arbeitet seit 2016 als studentische Hilfskraft am Institut für Demokratieforschung.



Dr. Matthias Micus, geb. 1977, ist Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Wohin des Weges?

Tagungsbericht
– „Selber machen“

Robert Mueller-Stahl

Aller Anfang ist die Krise. Auch und gerade in der Linken. Denn wie in kaum einer anderen gesellschaftlichen Gruppierung gehört die Herausstellung von Krisen und Missständen – in der Welt wie in den eigenen Reihen – seit jeher zum begrifflichen Inventar des außerparlamentarischen linken Spektrums, dient als Antrieb des eigenen Engagements, ja als Schlüssel zur eigenen Existenzberechtigung.

Und so war es auch gleich ein ganzes Bündel Krisendiagnosen, die dem Kongress „Selber machen – Internationale Konferenz zu Basisorganisation, Gegenmacht und Autonomie“, der vom 28. bis zum 30. April 2017 über mehrere Lokalitäten verteilt in Berlin-Kreuzberg statt-

fand, vorausgingen, ihm gleichsam Anstoß und Auftrag gaben. Die außerparlamentarische Linke, so die innerhalb einer sich selbst als radikal links definierenden Szene zuletzt immer häufiger formulierte Beobachtung, habe ihre gesellschaftliche Wirkmächtigkeit weitestgehend eingebüßt. Diese sei ihr insbesondere in Deutschland und, das ist entscheidend, trotz allgegenwärtiger politischer, sozialstaatlicher, ökonomischer Umbrüche und Verfallsszenarien der letzten Jahre, stillschweigend und sukzessive abhandengekommen.

Das ist zunächst einmal eine bemerkenswerte Diagnose. Gewiss bildet die permanente und nicht zuletzt auch immer wieder programmatisch ausformulierte Selbst-, oder genauer: Nachbars- und Nächstenkritik einen We-senskern linksradikaler Strömungen. Gleichwohl deuteten die Dichte und Schärfe, mit der im

weiteren Vorfeld des Kongresses in den einschlägigen Foren mal ein „Bruch“¹, mal eine „Neuausrichtung linksradikaler Politik“² gefordert wurde, auf den Auftakt einer Debatte hin, welche die Grundfesten eines linksradikalen Selbstverständnisses berühren sollte.³

Programmatisch hieß es hierzu im (sechssprachigen!) Aufruf des Berliner Organisatoren-Kollektivs ebenso grundlegend wie ausschweifend:

„Gemeinsam wollen wir uns Fragen stellen, auf die die außerparlamentarische Linke Antworten finden muss, will sie ein wirklicher gesellschaftlicher Faktor werden: Wie stellen wir uns Verdrängung und Gentrifizierung entgegen? Wie schaffen wir es, in den Alltagskämpfen unserer Nachbarschaften verankert zu sein? Welche Formen kann die Selbstorganisation von Frauen annehmen? Wie können im Betrieb und im Arbeitsalltag Prekarisierter Kämpfe gelingen? Wie wehren sich Erwerbslose gegen die Zurichtungen durch das Jobcenter? Wie sieht eine Fabrik unter Arbeiter*innenkontrolle aus? Und welche Formen von Räte­demokratie wollen wir realisieren?“⁴

Zusammengefasst werden sollte die Debatte unter dem Dach der „Selbstorganisation“ – ein Begriff, der einerseits eine bewusst gewählte Offenheit für allerlei verschiedene und

bisweilen auch konträre Leitvorstellungen bot, andererseits die betont internationalistische Ausrichtung des Kongresses erklärte. Denn, dies machte schon ein Blick in das vielgestaltige Programm aus häufig drei parallel laufenden Panels deutlich: Die deutsche Linke blickt ins Ausland auf der Suche nach neuen Mitteln und Wegen zur Gewinnung und Gestaltung autonomer Lebensräume.

Kurzum: Die Erwartungen an den Kongress konnten also durchaus hoch gesteckt werden. Und so wunderte es nicht, dass bereits das Auftaktpanel am Abend des 28. April zum Thema „Scheitern der kapitalistischen Moderne – zur Relevanz von Rätestrukturen und der Kommunen im 21. Jh.“ vor der Kulisse eines brechend vollen Saales im Kreuzberger „Aquarium“, einem linken Veranstaltungszentrum nahe dem Kottbusser Tor, stattfand.

Nach einer knappen Begrüßung und einigen technischen Querelen vor allem mit der ambitionierten, bisweilen jedoch auch überforderten Simultanübersetzung stellten drei AktivistInnen aus Thessaloniki, Rojava im Norden Syriens und dem mailändischen Giambellino Erfahrungen mit Selbstorganisationen im Streben nach lebensweltlicher Autonomie vor. War das Konzept der eigenständigen Organisation ganzer Gebiete vorab noch recht vage geblieben, boten die Vorträge nunmehr Einblicke in das gesamte Spektrum autonomer Selbstorganisation, das von eigenständiger Bildungsarbeit über grundlegende Gesundheitsversorgungen bis hin zur Einrichtung von Freizeit- und Ferienprogrammen, ja selbst zur kollektiven Beschaffung von reichen konnte. In der weitestgehenden Abwesenheit staatlicher Infrastrukturen, so eine Kernaussage der Auftaktveranstaltung, liege das ganze Potenzial linksradikaler Selbstorganisation. Denn erst der Zusammenbruch etablierter Strukturen und ein umfassender Desillusionierungsprozess gegenüber dem Handeln des Staates schufen den Raum für eine Öffnung gegenüber linken Alternativen. Entscheidend sei dabei – auch dies wurden die AktivistInnen nicht müde zu

1 O.V.: Die Radikale Linke muss sich selbst brechen, in: Autonomie Magazin, 03.04.2017, URL: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/208456> [eingesehen am 01.08.2017].

2 O.V.: Für eine Grundlegende Neuauusrichtung Linksradikaler Politik, in: Lower Class Magazin, 27.07.2016, URL: <http://lowerclassmag.com/2016/07/fuer-eine-grundlegende-neuauusrichtung-linksradikaler-politik/> [zuletzt eingesehen am: 01.08.2017].

3 Eine Auflistung der von den Organisatoren zusammengestellten Strategie­papiere findet sich unter URL: <https://www.selbermachen2017.org/deu#auswertung> [eingesehen am 01.08.2017].

4 O.V.: Aufruf zu „Selber machen – Konzepte von Basisorganisation, Gegenmacht und Autonomie“, URL: <https://www.selbermachen2017.org/deu#aufruf> [eingesehen am 01.08.2017].

betonen – von den konkreten Problemen vor Ort auszugehen, sich also langsam vorzutasten, zuzuhören, im Kleinen anzufangen, anstatt – die Wahrheit in der Tasche – unmittelbar mit der Tür ins Haus zu fallen.

So weit, so eindrücklich. Allein, mit Blick auf die Übertragbarkeit von dergleichen Mobilisierungsstrategien in einen bundesdeutschen Kontext wirkten die Vorträge doch recht entlegen. Und so blieb am Ende des ersten Tages vor allem der bestärkende Eindruck, dass es andernorts ja funktioniere mit der Selbstorganisation, dass die radikale Linke – verstanden als internationalistische Solidargemeinschaft – gerade da zur Stelle und erfolgreich sei, wo alle anderen längst aufgegeben hätten. Mobilisierung nach innen also – und ein gelungener Auftakt.

Tag zwei war der programmatisch dichteste Tag. Als Ort hatten die Organisatoren das historische Herz der Berliner Linken gewählt: das Kreuzberger Bethanien-Haus. In insgesamt sechs Panels, verteilt auf die abermals bis an den Rand gefüllten Räumlichkeiten des ehemals besetzten Krankenhauses – die Organisatoren sprachen später von 600 Teilnehmenden –, sollte der Blick weiter nach innen gelenkt werden. Entlang verschiedener Arbeitsfelder wurden neben- und nacheinander Themen wie die Selbstorganisation in den prekären Bereichen des Gesundheitswesens, Zwangsräumungen und der Umgang mit Gentrifizierung, die Erhaltung und Gestaltung linker Haus- und Stadtteilstrukturen, feministische Selbstorganisation, ganz grundsätzlich die Möglichkeiten einer „Demokratie von unten“ und schließlich die Solidarisierung mit Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt diskutiert.

Doch was sich am Vorabend schon vorsichtig angedeutet hatte, bestätigte sich über das Gros der Panels hinweg. Wenngleich die Podien häufig mit deutschen und internationalen AktivistInnen besetzt waren, gingen die Diskussionen doch selten über die Vorstellung nebeneinander bestehender Projekte, Initiativen und Gruppierungen hinaus. Wenngleich dies sicherlich auch der häufig (zu) dichten Besetzung der Panels,

respektive (zu) ausschweifenden Vorträgen geschuldet gewesen sein mochte – ein Missstand, der jedoch immer wieder durch beeindruckende Einzelbeiträge aufgefangen wurde, bspw. durch einen Arbeitskampf-Aktivistin einer englischen „Rebel Roo“-Gruppe –, sah sich der nach gebündelten Grundsatzdebatten suchende Zuhörer häufig auf argumentative Gemeinplätze verwiesen: Man solle von den konkreten Anliegen der (zu gewinnenden) Leute ausgehen, könne keine augenblickliche Fundamentalpolitisierung oder genauer: allumfassende Subjektivierung der Angesprochenen erwarten, müsse schließlich Theorie und Praxis in ein ausgewogenes Verhältnis setzen. Anders gesagt: Was am Vortag noch als vielversprechender Impuls anmutete, erschien bald schon als Plattitüde und alte Leier, ja als kleinster gemeinsamer Nenner eines Kongresses, der viele wertvolle Details, dafür aber wenig Substantielles hervorbringen würde.

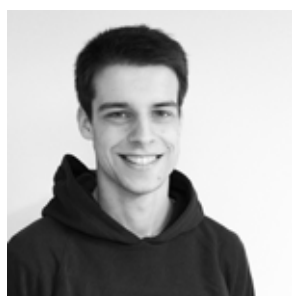
Indes, wie sehr der Anschein eines vermeintlich stillen und vor allem: banalen Konsenses über die grundlegende Ausrichtung von linker Basisorganisationen trog, zeigte die Abschlussdiskussion „zur Neuausrichtung linksradikaler Politik“ am folgenden Vormittag. Im Anschluss an eine prägnante Vorstellung dreier Kollektive, welche die Diskussionen schon im Vorfeld durch zum Teil umfangreiche Strategiepapiere maßgeblich angeregt hatten⁵, entspann sich eine Debatte um den grundsätzlichen Auftrag und das Selbstverständnis einer radikalen Linken, wie sie sich in derart

5 Vertreten waren Kollektiv Bremen, Malaboca Kollektiv (Frankfurt a.M.) und Antifa Kritik und Klassenkampf (Frankfurt a.M.), Vgl. o.V.: Für eine Grundlegende Neuausrichtung Linksradikaler Politik, in: Lower Class Magazin, 27.07.2016, URL: <http://lowerclassmag.com/2016/07/fuer-eine-grundlegende-neuausrichtung-linksradikaler-politik/> [eingesehen am 01.08.2017]. Vgl. Marco: „Zwischen einfach nur darüber Reden und es tatsächlich tun liegen Welten“, Interview von Malaboca Kollektiv, in: Lower Class Magazin, 27.04.2017, URL: <http://lowerclassmag.com/2017/04/zwischen-einfach-nur-darueber-reden-und-es-tatsaechlich-tun-liegen-welten/> [eingesehen am 01.08.2017].

diverser und zugleich konzentrierter Gestalt in der Tat nur selten abspielt. Dabei zeichneten sich genau genommen zwei Diskussionen ab, die – wenngleich eng miteinander verbunden – um verschiedene Grundprobleme kreisten. So ging es einerseits um die ganz grundlegende Frage nach der anzustrebenden Wirksamkeit linksradikalen Engagements in der Gesellschaft, andererseits um den wohlmöglich bevormundenden Charakter einer Basisorganisation etwa in Betrieben oder prekarierten Stadtvierteln. Entscheidend war nunmehr, dass die Positionierungen innerhalb der Debatte(n) sowohl entlang generationeller Grenzen als auch innerhalb einzelner Generationen verliefen.

So argumentierte eine Reihe jüngerer TeilnehmerInnen in den Mittzwanzigern, dass die selbstorganisierte Verknüpfung mit strukturell benachteiligten, jedoch bis hierhin kaum politisch aktiven Gesellschaftsgruppen unbedingt notwendig sei – wie sonst könne man sich schließlich aus der Bedeutungslosigkeit des Sektierertums befreien? (Es war dies eine Position, die, bezüglich der radikal linken Rhetorik an Diskussionen erinnerte, wie sie etwa in der Sozialdemokratie ebenfalls geführt werden sollten). Dem hielten Teile der deutlich älteren BesucherInnen kräftigst entgegen, dass der Aufbau einer autonomen Subkultur von jeher ein Wesenskern der außer-

parlamentarischen Linken gewesen sei. Diesen Standpunkt in der selbstgewählten Marginalität



Robert Mueller-Stahl,
geb. 1991, studiert Geschichte an der Universität Göttingen und Madison, Wisconsin. Von 2013 bis 2017 war er studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

aufzugeben, hieße folglich nichts weniger, als die Grenzen zur Mitte aufzuweichen und damit die Idee und Praxis einer radikalen, möglichst allumfassenden Alternative zu etablierten Lebensformen zu verwässern.

Geradezu konträr hierzu, dabei abermals generationell gespalten, verlief wiederum die Diskussion um die Legitimität einer linksradikalen Gewerkschaftsarbeit. Während einige der schärfsten Beiträge jüngerer TeilnehmerInnen betonten, dass einem Gang in die Betriebe erst einmal der organisierte Kampf um das eigene Umfeld vorausgehen müsse – Wie solle sonst die Basis für ein gemeinsames Ringen um gemeinschaftliche Rechte entstehen, wenn nicht durch geteilte Erfahrungen aus der eigenen Lebenswelt? –, widersprachen einige der älteren Teilnehmenden dem zum Teil heftig. „Ich hab’ das Gefühl, dass ihr euch schämt, links zu sein“, konstatierte ein Aktivist und Sozialarbeiter unter dem lauten Beifall seiner Fürsprecher und forderte ferner, auch weiterhin kanonisierte Autoren linker Theoriebildung zu studieren, Zusammenhänge in der Welt abzuleiten und zu erkennen, schließlich die Unterschiede im politischen Bewusstsein als Ausgangspunkt des eigenen Engagements zu nehmen. Sie zu nivellieren, sei schließlich das eigentliche Ziel einer radikalen Linken. Ein gänzlich selbstreferenzieller Ansatz führe hierbei allerdings kaum weiter.

Mit einer vollendeten Subkultur und einer breitenwirksamen autonomen Gewerkschaftsstruktur als den beiden Polen, zwischen denen sich die Debatten bewegten, konstituierte sich am Ende des „Selber machen“-Kongresses also eine radikale Linke, die dem Eindruck einer militanten Selbstgenügsamkeit, wie er nicht zuletzt um den G20-Gipfel zutage trat, widerspricht. Vielleicht ist doch mehr in Bewegung, als ein Blick auf die Hamburger Barrikaden suggerieren mag.

Anarchie, Gewalt und G20

Philipp Scharf

Am 7. und 8. Juli 2017 fand in Hamburg der von massiven Ausschreitungen begleitete G20-Gipfel statt. Zumeist linke und linksextreme GlobalisierungskritikerInnen hatten im Vorfeld zu Protest- und Blockadeaktionen aufgerufen. Eine Frage, die Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft gleichermaßen bewegt, ist die Eskalation der Gewalt in der Gipfelnacht vom Freitag auf Samstag. Auf der Suche nach Erklärungen führt ein Pfad zur Geschichte und Theorie anarchistischer Bewegungen, mit denen in breiten Teilen der Bevölkerung die brennenden Autos ebenso wie die Straßenschlachten assoziiert werden. Doch wie stehen AnarchistInnen zur Gewaltfrage? Und können die gewalttätigen

Proteste rund um den Gipfel mithilfe anarchistischer Erklärungsmuster gedeutet werden?

„Die meisten VertreterInnen des klassischen Anarchismus gehen von einer guten Natur des Menschen aus, und der ‚gute‘ Mensch braucht keinen Staat.“¹ Das Ziel, das AnarchistInnen erreichen wollen, die Abwesenheit von Herrschaft und insofern auch von staatlichen Strukturen, ist damit klar umrissen. Weniger klar ist, mit welchen Methoden diese herrschaftsfreie Gesellschaft erreicht werden soll. Folglich ist wenig verwunderlich, dass die Frage, ob und in welchem Maße Gewalt eingesetzt werden soll,

1 Mümken, Jürgen: Anarchismus in der Postmoderne. Eine Einführung, in: ders. (Hrsg.): Anarchismus in der Postmoderne. Beiträge zur anarchistischen Theorie und Praxis, Frankfurt a.M. 2005, S. 17.

auch innerhalb der Szene diskutiert wird. Dies geschieht auch deshalb, weil es im Anarchismus, wie sich noch zeigen wird, keine unbestrittenen Autoritäten, sondern eine Vielzahl von sich teilweise widersprechenden theoretischen Denkschulen gibt, die insbesondere zum Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in Erscheinung traten, sich teilweise gegenseitig widersprachen und unterschiedliche Standpunkte zur Gewaltfrage einnahmen.

So stellt etwa Hans Diefenbacher fest,² dass das Verhältnis zur Gewaltfrage in allen Denkrichtungen des Anarchismus von entscheidender Bedeutung sei und nahezu alle denkbaren Möglichkeiten, „[...] von einem Bekenntnis zur völligen Gewaltlosigkeit [...] bis zur begeisterten Zustimmung zu terroristischen Gewaltakten [...]“³, diskutiert würden. Die Revolution bei William Godwin werde bspw. durch die Beendigung der Kommunikation mit staatlichen Organen erreicht⁴ und bei Gustav Landauer durch die Verweigerung der industriellen Mitarbeit sowie durch die Bildung von Kollektiven, die den Staat und den kapitalistischen Markt ersetzen.⁵ Beide hier aufgezeigten Alternativen sind zweifellos gewaltfrei.

Der anarchistische Theoretiker Erich Mühsam merkte jedoch bereits zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts an, dass über die Mittel,

mit deren Hilfe der Anarchismus durchgesetzt werden solle, Uneinigkeit bestehe.⁶ Da der kommunistische Anarchismus, den er vertrat, in seiner Weltanschauung und Zielsetzung von revolutionärer Natur sei, könne der Weg in die anarchistische Revolution auch über den Kampf beschritten werden.⁷ Die Anwendung von Gewalt ist für ihn eindeutig eine Möglichkeit, sie ist jedoch an Bedingungen geknüpft. Der freie Wille des Individuums, das den Gewaltakt begehe, sei eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Tat nach anarchistischer Denkart moralisch zu verantworten sei, dementsprechend werde die Wahl der Methoden zur Gewissensfrage des Einzelnen.⁸

Es lassen sich also sowohl Beispiele für Spielarten des Anarchismus finden, die zu militanten Denkmustern neigen, als auch solche für gewaltlose Denkrichtungen. Daher können AnarchistInnen heute auf unterschiedlichste Strategien zurückgreifen, um gegen staatliche Strukturen und für die von ihnen erstrebte freie Gesellschaft zu kämpfen, als da wären: Aufklärung und Medien, der Aufbau von Gegenkultur, die direkte Aktion, Streiks und Demonstrationen.⁹ Dennoch schwingt bei dem Begriff „Anarchismus“ immer auch eine gewaltsame Konnotation mit, was laut dem bereits erwähnten Hans Diefenbacher vor allem an der Unfähigkeit von AnarchistInnen liege, sich von nicht-anarchistischen Terrorakten zu distanzieren.¹⁰

Eine Analyse des Protestaufrufs zur „Welcome to Hell“-Demonstration während des G20-Gip-

2 Hans Diefenbacher ist außerplanmäßiger Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Heidelberg und habilitierte zum Themenkomplex „Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit“.

3 Diefenbacher, Hans: Anarchismus – die verlorene Utopie? Eine Einführung, in: ders. (Hrsg.): Anarchismus. Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft, Darmstadt 1996, S. 7–23, hier S. 12.

4 Vgl. Diefenbacher, Hans: Anarchie ist Ordnung. Individualistischer Anarchismus bei William Godwin, Anselme Bellegarrigue und Gustav Landauer, in: ders. (Hrsg.): Anarchismus. Zur Geschichte und Idee der herrschaftsfreien Gesellschaft, Darmstadt 1996, S. 34–51, hier S. 36.

5 Vgl. ebd., S. 45.

6 Vgl. Mühsam, Erich: Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat, Berlin 1988, S. 9.

7 Vgl. ebd., S. 57–58.

8 Vgl. ebd., S. 66–72.

9 Vgl. Stowasser, Horst: Freiheit pur. Die Idee der Anarchie, Geschichte und Zukunft, Frankfurt a.M. 1995, S. 25.

10 Vgl. Diefenbacher: Anarchismus – die verlorene Utopie?, S. 22.

fels, die für sich selbst in Anspruch nahm, den radikalsten Teil der GlobalisierungsgegnerInnen zu vertreten, zeigt, dass sich sämtliche oben skizzierte Denkmuster darin wiederfinden lassen. So werden die G20-Staaten und ihre VertreterInnen für Armut, Kriege, Unfreiheit und die Verelendung der Bevölkerung verantwortlich gemacht. Die kapitalistische Logik ließe nichts anderes als Krieg, Terror und Ausbeutung zu.¹¹ Es wird dazu aufgerufen, den reibungslosen Ablauf des Gipfels zu stören und zu blockieren; dabei sollten die AktivistInnen „selbst bestimmen, welche Aktionsformen für uns politisch angemessen und vermittelbar sind“¹². Hiermit können sowohl friedliche Aktionen des zivilen Ungehorsams als auch gewaltsame Blockadeaktionen sowie ebenfalls Angriffe auf die physische Unversehrtheit einzelner Personen gemeint sein. Dieses Konzept der Gleichzeitigkeit und der Gleichberechtigung ungleichzeitiger Aktionsformen wird in der Bewegungsforschung *„Diversity of Tactics“* genannt.

So fordert einer der explizit anarchistischen Aufrufe bspw. die Zerstörung der bestehenden (Macht-)Mechanismen, welche ein freies Leben unmöglich machten: „Die Verteidigung ihrer Herrschaft [der RepräsentantInnen der G20] bedeutet, die Zerstörung von Emanzipation [...]. Es bedeutet die Zerstörung des anarchistischen Lebens.“¹³ Aber auch in diesem Dokument wird betont, dass es neben friedlichen Demonstrationen auch Raum für militante Protestformen geben müsse. Welche Art von Aktionen freilich jene Personen, die diesen Aufruf verfasst haben, bevorzugen, scheint eindeutig: „Es ist an der Zeit uns weiter zu entwickeln. Zurück in die Unberechenbarkeit.

Voran zur Verteidigung und Analyse unseres Handelns auf der Straße.“¹⁴

Es bleibt nun zu untersuchen, womit sich eine solche Schärfe der Rhetorik erklären lässt, obwohl es doch zahlreiche anarchistische TheoretikerInnen gibt, welche die Gewalt ablehnen. Aber werden diese und andere AutorInnen von den heutigen AnarchistInnen gelesen und diskutiert? Oder liegt die Tragik des Anarchismus jenseits der Theorie darin, dass, wie der deutsche Autor und Anarchist Horst Stowasser es beschreibt, anarchistische Bewegungen sich ihre Aktionsformen nicht selbst aussuchen, sondern sie ihnen stattdessen von außen, quasi durch das System, aufgezwungen werden?¹⁵

Der Soziologe Rainer Paris liefert eine dritte Erklärungsmöglichkeit, die sich unabhängig von der politischen Couleur der ProtestteilnehmerInnen diskutieren lässt. Er argumentiert, dass in sozialen Bewegungen die Provokation oft eine gewichtige Rolle einnehme, da sie als Medium der Zuweisung von sozialer Identität fungiere.¹⁶ Die Provokation als Machtmittel der weniger mächtigen Konfliktpartei führe „den Mächtigen als den Mächtigen vor und bestreitet zugleich seine Legitimität“¹⁷. Die Provokation – an dieser Stelle kann allerdings diskutiert werden, ob und in welchem Ausmaß die Vorkommnisse um den G20-Gipfel noch als Provokation zu werten sind – wird so zu einem strategischen Werkzeug, das durchaus auch eine Gewaltspirale in Gang setzen kann.

Die hier vorgestellten Begründungsmuster für anarchistische, gewaltsame Aktionen bedürfen einer gründlichen Überprüfung. Weiterhin muss berücksichtigt werden, ob wirklich (ausschließlich) politische AktivistInnen für die Aus-

11 Vgl. URL: <https://g20tohell.blackblogs.org/g20-welcome-to-hell/de/> [eingesehen am 31.07.2017].

12 Ebd.

13 Vgl. URL: <https://tschuess.noblogs.org/post/2017/05/20/anarchistischer-aufruf-zur-gemeinsamen-revolte-gegen-die-g20-mai-2017/#more-456> [eingesehen am 31.07.2017].

14 Ebd.

15 Vgl. Stowasser, S. 27.

16 Vgl. Paris, Rainer: Stachel und Speer. Machtstudien, Frankfurt a.M. 1998, S. 57.

17 Ebd., S. 68.

schreitungen in Hamburg verantwortlich waren, da rasch Berichte kursierten, dass sich hier auch Personen von außerhalb der linksextremen Szene beteiligt hätten.¹⁸ Zudem muss der Beitrag einer eskalativen Polizeistrategie zur Dynamik der Gewalt genauer untersucht werden. Erst dann lassen sich die Randalere und die RandaliererInnen seriös mit einer politischen Gesinnung in Verbindung bringen.

- 18 Vgl. Leitner, Gerhard (Interview mit Andreas Scheffel): Journalist: Rechtsradikale unter Randalierern, in: swr.de, 17.07.2017, URL: <https://www.swr.de/swraktuell/proteste-bei-g20-journalist-rechtsradikale-unter-randalierern/-/id=396/did=19916574/nid=396/1efq4t8/index.html> [eingesehen am 31.07.2017].



Philipp Scharf, geb. 1993 in Wolfenbüttel, studiert im Master Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Seit 2016 arbeitet er als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Religiöser Fundamentalismus

Salafiyya, Salafismus und Islamismus

Verhältnisbestimmung
und Ideologiemerkmale

Mahmud El-Wereny

1 Einleitung

Sowohl in zahlreichen Berichten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes als auch im medialen Diskurs werden Begriffe wie „Salafiyya“, „Salafismus“, „Wahhabismus“ und „Islamismus“ häufig synonym verwendet und im Bewusstsein der westlichen Gesellschaft nicht selten mit einer gewalttätigen, antiwestlichen Gesinnung gleichgesetzt.¹ So kommt es zu

einem nicht immer zutreffenden Verständnis dieser islamischen Religionsbewegungen, die als Bedrohung für eine pluralistische, multireligiöse Gesellschaft eingeschätzt werden. Die Bezeichnungen implizieren jedoch komplexe Phänomene, die ganz unterschiedliche Ideologien, Strukturen und Erscheinungsformen aufweisen; die Übergänge zwischen den einzelnen Konzepten sind fließend. Zwar teilen radikale und gemäßigte Vertreter dieser Gruppen viele ideologische Grundannahmen; zugleich unterscheiden sie sich jedoch im Hinblick auf ihre Einstellungen zu Demokratie und Menschenrechten sowie in der Frage, ob Gewalt ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele darstellt. Der vorliegende Beitrag stellt diese Begriffe vor und grenzt sie vor dem Hintergrund folgender Fragen voneinander ab: Unterscheidet sich die „Salafiyya“ vom „Salafismus“ und der „Salafismus“ vom „Islamismus“? Wenn

1 Vgl. z.B. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2016, Vorabfassung, Hannover 2017, S. 83 und dass.: Salafismus – Erscheinungsformen und aktuelle Entwicklungen, Hannover 2017, S. 8.

ja, inwiefern? Kann man Salafisten ohne Spezifizierung und nähere Prüfung dem islamistischen Milieu zuordnen?

2 Salafiyya

Die Bezeichnung *salafiyya* ist ein arabischer Ausdruck, der auf den Wortstamm *salaf* zurückgeht. *Salaf*, so viel wie „Altvorderer“ oder „Vorfahren“, bezieht sich auf die sogenannten „rechtschaffenen Altvorderen“ (*as-salaf aṣ-ṣāliḥ*) der ersten drei Generationen islamischer Zeitrechnung, etwa zwischen dem sechsten und dem neunten Jahrhundert n.Chr. Da sie entweder in unmittelbarem Kontakt mit dem Propheten Muḥammad (gest. 632) standen, dessen „Gefährten“ (*ṣaḥāba*), Nachfolger (*tābīʿūn*) oder Nachfolger der Nachfolger (*tābīʿū at-tābīʿīn*) sie waren, wird ihr Handeln und Islamverständnis von vielen Muslimen als Idealzustand der Rechtschaffenheit und Frömmigkeit sowie als zentrale Referenz für Fragen des Lebens angesehen.²

Die Begegnung mit der Moderne im Zuge der westlichen Kolonialisierung weiter Teile der muslimischen Welt markiert den entscheidenden Wendepunkt in der Entstehung zahlreicher islamischer Reformbewegungen in nahezu allen islamischen Gebieten um die Wende des 20. Jahrhunderts. Trotz der mannigfaltigen und zum Teil gegensätzlichen Strategien dieser Bewegungen hatten sie ein gemeinsames Anliegen, und zwar, den Islam gegen die Übermacht westlicher Zivilisation zu behaupten und mit der Technologie und weiteren Errungenschaften des Westens zu versöhnen. Reformdenker wie etwa Muḥammadʿ Abduh (gest. 1905) und

Muḥammad Rašīd Riḍā (gest. 1935) nahmen an, dass sich die islamische Welt in einer Krise befände: Auf der einen Seite moderne christliche Gesellschaften, geprägt von kulturellem, wissenschaftlichem, technologischem und politischem Fortschritt; auf der anderen Seite islamische Gesellschaften, geprägt von sozio-politischer und wirtschaftlicher Dekadenz und Rückständigkeit. Jene Reformdenker machten nicht den Islam selbst für die vermeintliche Misere verantwortlich. Vielmehr führten sie diese auf dessen vorherrschendes tradiertes Verständnis und verkrustetes Normensystem zurück. Sie monierten die akritische Orientierung am überholten Islamverständnis früherer Autoritäten, lehnten die blinde Übernahme herkömmlicher Rechtsansichten ab und wandten sich stattdessen der „selbstständigen Normenfindung“ (*iğtihād*) zu. Durch rationale Neubetrachtung der islamischen Quellentexte (Koran und die Aussprüche und Handlungen des Propheten Muḥammad – sogenannte Sunna) und unter Rückgriff auf die frühislamische Praxis der Salaf strebten sie eine freiere, der Zeit angepasste Auslegung der koranischen und prophetischen Aussagen an, um den Islam mit der Moderne in Einklang zu bringen. Ihre Rückbesinnung auf die *Salaf* erklärten sie damit, dass der „reine“ und „authentische“ Islam Antworten auf alle Fragen und Herausforderungen der Moderne gebe.³

Neben der Salafiyya sind viele weitere islamische Bewegungen im 20. Jahrhundert entstanden.⁴ Trotz in vielerlei Hinsicht gegensätzlicher Positionen stellt Bernard Haykel, Professor für

2 Vgl. ausführlich dazu Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael: Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention, Wiesbaden 2013, S. 77 f. und ders./Jokisch, Benjamin (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Entstehung, Radikalisierung und Prävention, Frankfurt a.M. 2014, insb. S. 37 ff.

3 Siehe ausführlich z.B. Conermann, Stephan: Reformislam, in: Elger, Ralf/Stolleis, Friederike (Hrsg.): Kleines Islam-Lexikon. Geschichte – Alltag – Kultur, München 2008, S. 271–273. *Iğtihād* ist ein Mittel zur Gewinnung von Normen aus den Rechtsquellen, Koran und Sunna.

4 Vgl. ausführlich dazu z.B. Krämer, Gudrun: Geschichte des Islam, München 2011, S. 245 ff.; Soage, Ana Belén: Introduction to Political Islam, in: Religion Compass, Jg. 3 (2009), H. 5, S. 887–896.

Nahoststudien, folgende Aspekte als ideologische Gemeinsamkeiten zwischen diesen Massenbewegungen heraus: Der Berührungspunkt aller islamischen Reformbemühungen sei die Frage, weshalb sich Muslime im Vergleich zum Westen in einer Krise befänden. Das Abweichen vom „ursprünglichen, reinen“ Islam sei für diese Misere verantwortlich, so die Antwort. Daher werde die Rückkehr zu der für authentisch gehaltenen Form und Lehre der ersten drei Generationen von Muslimen als Lösung für diesen Missstand angestrebt. Dadurch würden die Muslime auf den rechten Weg zurückgebracht und die muslimische Gemeinschaft nähme wieder die ihr zugeordnete führende Rolle in der Weltgeschichte ein. Dabei werde insbesondere dem Koran und der Sunna als autoritativen rechtleitenden Quellen für alle Zeiten und an allen Orten eine zentrale Rolle zugesprochen. Zudem werde der Einheitsgedanke mit seinen verschiedenen religiösen und politischen Implikationen mit Nachdruck hervorgehoben. Die Zersplitterung der islamischen Welt in verschiedene Königreiche, Republiken, Sultanate usw. werde als einer der entscheidenden Gründe für den angenommenen Niedergang muslimischer Gesellschaften aufgefasst und daher zur Wiedererrichtung einer „islamischen Einheit“ (*waḥda islāmiyya*) aufgerufen.⁵

3 Salafismus als Teil der Wahhabiyya-Bewegung

Der Terminus „Salafismus“ geht auf das arabische Wort „Salafiyya“ zurück. Er wird seit einigen Jahren in Medien und Politik sowie

im deutschsprachigen Wissenschaftsdiskurs verwendet. Eine saubere Trennung zwischen „Salafismus“ und „Salafiyya“ wird dabei nicht immer vorgenommen. Beim Salafismus handelt es sich um ein Phänomen, das unterschiedliche Kategorien und Ideologiemerkmale, zugleich aber auch Gemeinsamkeiten mit der Salafiyya aufweist. Zur klaren Differenzierung zwischen der oben dargestellten „modernen“ Salafiyya und der „zeitgenössischen“ Salafiyya schlägt die Islamwissenschaftlerin Justyna Nedza die Verwendung des Begriffs „Salafismus“ als Idealtypus für Letztgenannte vor. Dies begründet sie zu Recht wie folgt: „Der Vorteil eines Idealtypus ist, dass er eine Reinform von ‚Salafismus‘ schafft, eine Idealform, in der seine wesentlichen Merkmale festgelegt werden. An dieser Messlatte kann dann gemessen werden, wer – unabhängig der Selbstbezeichnung – ein Vertreter des ‚Salafismus‘ ist und wer nicht.“⁶

Wenngleich es in der Geschichte des Islam immer wieder Persönlichkeiten und Bewegungen gab, die den gegenwärtigen Salafismus geprägt haben und gewisse Gemeinsamkeiten bezüglich des Islamverständnisses aufweisen,⁷ ist er laut dem Islamwissenschaftler und Terrorismusexperten Guido Steinberg maßgeblich von der Wahhabiyya-Bewegung beeinflusst worden. Die im 18. Jahrhundert auf der Arabischen Halbinsel aufgetretene Wahhabiyya, die auf das Wirken des saudischen Predigers Muḥammad ibn ʿAbd al-Wahhāb (gest. 1792) zurückgeht, stellt eine puristisch-traditionalistische Richtung des sunnitischen Islam dar. Im Fokus ihrer Lehre stand vor allem die Einheit Gottes

5 Siehe weiterführend dazu Haykel, Bernard: Salafi Groups, in: Esposito, John L. (Hrsg.): The Oxford Encyclopaedia of the Islamic World, New York 2009, Bd. 5, S. 26–28, hier S. 27 f.; Heine, Peter: Islamismus – Ein ideologiegeschichtlicher Überblick, in: Islamismus. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), S. 5–20, hier S. 10 ff.

6 Dazu ausführlich Nedza, Justyna: „Salafismus“ – Überlegungen zur Schärfung einer Analyse-kategorie, in: Said, Behnam T./Hazim, Fouad (Hrsg.): Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam, Freiburg i. Br. 2014, S. 80–106, hier S. 85.

7 Zu nennen sind hier neben Aḥmad Ibn Ḥanbal (gest. 855) insbesondere die Gelehrten Ibn Ḥazm (gest. 1064) und Ibn Taimiyya (gest. 1328); vgl. u. a. Kozalı, Abdurrahim: Zur Bedeutung von salaf und „Salafismus“, in: Ceylan/Jokisch, S. 37–47, hier S. 41.

(*tauḥīd*). ‘Abd al-Wahhāb forderte die Reinigung des Islam von allen „unislamischen Neuerungen“ (*bid‘a*) und erachtete den seinerzeit weitverbreiteten Gräberkult, die Heiligenverehrung sowie die Feier des Prophetengeburtstags als „Vielgötterei“ bzw. „Beigesellung Gottes“ (*širk*) – das Gegenteil von *tauḥīd*. Glaubensauffassungen, die mit den Lehren der Wahhabiyya nicht übereinstimmen, werden von deren Anhängern als unislamisch deklariert. So lehnen die Wahhabiyya-Anhänger bspw. den Sufismus sowie viele der schiitischen Glaubenslehre ab.⁸

Theologisch richten sich Anhänger der Wahhabiyya in erster Linie, ähnlich wie die Salafiyya, nach den Lehren des Korans, der Sunna und der Lebensweise der „frommen Altvordere“ (*as-salaf as-salih*). Sie lehnen die blinde Übernahme tradierter Lehrmeinungen früherer Gelehrter ab und wenden sich den Quellentexten zu, um im Wege der selbstständigen Normenfindung ihre Überzeugungen allein auf Grundlage der autoritativen Texte zu begründen. Dabei wird dennoch, im Gegenteil zur Salafiyya, ein buchstabengetreues Abbild aus der Frühzeit vertreten und unerbittlich versucht, die vermeintlich aus dem Wortlaut des Koran folgenden Gebote in die Tat umzusetzen.⁹

Das wahhabitische Islamverständnis wurde von zeitgenössischen salafistischen Gelehrten und Autoritäten Saudi-Arabiens in unterschiedlicher Ausprägung übernommen. Folgerichtig wird die Wahhabiyya-Bewegung als „die wohl

größte Antriebsfeder für den gegenwärtigen Salafismus“ erachtet.¹⁰ Während die Anhänger von ‘Abd al-Wahhāb ihre Benennung als Wahhabiten als abwertende Fremdbezeichnung interpretieren und sich selbst *ahl at-tauḥīd* („Leute des Einheitsbekenntnisses“) bzw. *al-Muwahḥidūn* („Bekenner der Einheit Gottes“) oder einfach *ahl as-sunna* („Sunniten“) nennen, werden heutige Salafisten als *Salafiyya*, *Ahl al-Ḥadīth* („Leute der Prophetenüberlieferung“) oder *Ahl al-aṭar* („Leute, die sich auf die überlieferten Berichte aus der Frühzeit des Islam berufen“) bezeichnet oder auch schlicht Muslime genannt. Dies variiert von Land zu Land. Der Osnabrücker Religionssoziologe Rauf Ceylan merkt in diesem Zusammenhang an, dass es im Hinblick auf die Akzeptanz und Ablehnung des Begriffs *Salafi* als Selbstbezeichnung unterschiedliche Meinungen gibt. Während einige daran festhalten, als Muslime tituliert zu werden, akzeptieren andere, *Salafi* genannt zu werden.¹¹

Trotz unterschiedlicher Bezeichnungen zielen salafistische Gruppierungen allesamt auf die Errichtung bzw. Wiedererrichtung eines auf der Scharia basierenden Ordnungssystems ab, das sämtliche Lebensbereiche abdeckt. Über die Frage, mit welchen Mitteln sie ihr Ziel durchsetzen wollen, sind sie indes geteilter Meinung. In diesem Kontext wird zwischen drei Typen von Salafisten unterschieden, die spezifische Herausforderungen für die Politik und westliche Gesellschaften mit sich bringen: erstens die Puristen, zweitens die politischen Salafisten und drittens die salafistischen Dschihadisten.¹²

8 Vgl. z.B. Steinberg, Guido: Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung, in: SWP-Aktuell 28.05.2012, URL: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A28_sbg.pdf [eingesehen am 21.05.2017], S. 5 und ders.: Saudi-Arabien: Der Salafismus in seinem Mutterland, in: Said/Hazim, S. 265–297.

9 Vgl. Steinberg: Wer sind die Salafisten?, S. 5 f. und Conermann, Stephan: Wahhabiten, in: Ralf/Stolleis: Kleines Islam-Lexikon, S. 339–340.

10 Vgl. Said/Hazim: „Einleitung“, in: dies., S. 30, Anm. 21.

11 Vgl. Ceylan/Kiefer: Salafismus, S. 79 und mehr dazu bei Steinberg, Guido: Religion und Staat in Saudi-Arabien – Die wahhabitischen Gelehrten 1902–1953, Würzburg 2002, S. 28.

12 Vgl. Wiktorowicz, Quintan: Anatomy of the Salafi Movement, in: Studies in Conflict & Terrorism, Jg. 29 (2006), H. 3, S. 207–239, hier S. 208 und weiterführend dazu Ceylan/Kiefer: Salafismus, S. 82 ff.

(1) Die Strategie der Puristen manifestiert sich darin, die Gesellschaft durch persönliche Frömmigkeit und individuelles frommes Handeln zu verändern, ohne sich politisch zu engagieren oder Gewalt anzuwenden. Es handelt sich also um einen sukzessiven Prozess von unten nach oben. Erst wenn sich die Individuen, Familien und Gruppen ändern, werde sich *per se* ein islamisches Gemeinwesen etablieren. Um dieses langfristige Ziel zu erreichen, richten sie ihr Augenmerk insbesondere auf Erziehung und religiöse Bildung. Nichtmuslime wollen sie mittels Missionierung (*dāwa*) für den Islam gewinnen. Nichtsdestotrotz vertreten sie eine distanzierte Haltung im Umgang mit Andersdenkenden im Generellen. Nur wenn es darum geht, sie zum Islam einzuladen, wird eine Kontaktaufnahme für statthaft erklärt. Saudi-Arabien wird in diesem Kontext als das Mutterland und seit fünfzig Jahren als Hauptexporteur dieser salafistischen Strömung angesehen.¹³ In Deutschland sei die puristische Ausprägung des Salafismus, so der Politik- und Islamwissenschaftler Klaus Hummel, noch nicht besonders stark etabliert. In den Nachbarländern Frankreich, England und den Niederlanden, wo viele Menschen mit arabischem Migrationshintergrund leben, existiert indes bereits seit den 1990er Jahren eine salafistische Szene mit puristischen Moscheen und Imamen.¹⁴

(2) Die politischen Salafisten bringen sich im Unterschied zu den puristischen aktiv in die Politik ein und wollen ihre Vision einer scharia-konformen Gesellschaftsordnung, ebenso wie die Puristen, ohne Gewaltanwendung verwirklichen. Die politischen Salafisten sind eine breite heterogene Sammelbewegung und der politischen Ideologie des Islamismus zuzuordnen.

Ihre Zielsetzung verfolgen sie auf parlamentarischem oder auch außerparlamentarischem Wege. Durch Partizipation an Wahlen, Demonstrationen, Bildungsarbeit, medienwirksame Auftritte und soziale Initiative bieten sie sich als Interessenvertreter und „Verteidiger“ der Muslime gegenüber der Mehrheitsgesellschaft an. Anhänger dieser Gruppe in Deutschland propagieren verfassungsfeindliche Inhalte wie die Ablehnung des politischen Systems und fordern die Einführung der Scharia als holistisches Ordnungssystem. Für sie ist die *dāwa*, wie bei den Puristen auch, von zentraler Bedeutung. Durch sie zielen sie darauf ab, neue Anhänger zu gewinnen und Jugendliche den – ihrer Auffassung nach – verderblichen Einflüssen der westlichen Kultur zu entziehen. Aus Sicht der politischen Salafisten soll die Reform von oben nach unten erfolgen. Das heißt, die Etablierung eines islamischen Staatssystems würde eine scharia-konforme Lebensführung auf individueller und gesellschaftlicher Ebene garantieren. Hinsichtlich der politischen Partizipation innerhalb eines Systems sind sich Anhänger dieser Strömung gleichwohl uneinig und werden dementsprechend in zwei Fraktionen aufgeteilt: Während die eine einer politischen Partizipation innerhalb eines säkularen politischen Systems ablehnend gegenübersteht und ausschließlich außerhalb dieser Ordnung politisch agiert, wird jedwede politische Teilnahme für die andere Fraktion als akzeptables Mittel zur Erreichung ihres Zieles angesehen. In Deutschland sind beide Gruppen vertreten, wobei nach Ceylan anzunehmen ist, dass sich die meisten Anhänger eher aus der ersten Kategorie rekrutieren.¹⁵

(3) Im Gegensatz zu den beiden bereits genannten Typen befürwortet die dritte, zahlenmäßig kleinere Gruppe der sogenann-

13 Vgl. Steinberg: Saudi-Arabien, S. 265–297; Wagemakers, Joas: Salafistische Strömungen und ihre Sicht auf *al-wala' wa-l-bara'*, in: Said/Fouad, S. 55–80, hier S. 58 ff.

14 Vgl. Hummel, Klaus: Salafismus in Deutschland – Eine Gefahrenperspektive, in: Totalitarianism and Democracy, Jg. 11 (2014), H. 1, S. 95–122, hier S. 109.

15 Vgl. Ceylan/Kiefer: Salafismus, S. 86 f. und weiterführend dazu Farschid, Olaf: Salafismus als politische Ideologie, in: Said/Hazim, S. 160–193, hier S. 165. Zum Begriff „Islamismus“ siehe den nächsten Abschnitt des vorliegenden Beitrags.

ten Dschihadisten die Gewaltanwendung im Namen Gottes. Sie lehnt sowohl Missionsarbeit als auch politische Aktivitäten als Strategie für die Wiedererrichtung eines islamischen Gemeinwesens ab und sieht in der Gewaltanwendung den einzigen Weg zu dem ihnen vorschwebenden Staatswesen. Ihre Ideologie basiert in erster Linie auf dem ewigen Kampf zwischen dem Glauben an den *einen* Gott, *tauḥīd*, und sündhafter Götzendienerei, dem *širk*. Militant orientierte Gelehrte betrachten den Kampf als sechste Säule des Islam¹⁶ und somit als Glaubenspflicht und Gottesdienst. Als zentrales Instrument in der Konstruktion von Feindbildern und der Rechtfertigung des Kampfes gegen sie nimmt das Konzept der „Exkommunikation“ (*takfīr*) derjenigen, die ihre Ideologie nicht teilen, einen zentralen Platz ein.¹⁷

4 Islamismus

Die Bezeichnung „Islamismus“ ist ein Sammelbegriff, der den politischen Islam bzw. alle politischen Auffassungen und Handlungen von Muslimen umfasst, die direkten Einfluss auf das politische System einer Gesellschaft nehmen wollen, um im Namen des Islam eine auf der Scharia basierende Gesellschafts- und Staatsordnung zu errichten.¹⁸ Diese politische

Ideologie beruft sich auf die Quellen des Islam und erhebt einen umfassenden politischen Gestaltungsanspruch. Die noch heute unter Islamisten verbreiteten Slogans *al-islām dīn wa-daula* („der Islam ist Religion und Staat“) und *al-islām huwa l-ḥall* („der Islam ist die Lösung“) bringen diese Vorstellung auf den Punkt. Während der ideologische Ursprung des Islamismus in erster Linie auf die Reformbewegungen des 19. Jahrhunderts in der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus zurückgeführt wird, gilt die Muslimbruderschaft Ägyptens (gegr. 1928) als Mutterbewegung und als organisatorische Wurzel des Islamismus. Strategisch und methodisch arbeiten die Islamisten unterschiedlich, weshalb wichtig ist, zwischen moderatem und radikalem, gewaltbe-reitem Islamismus zu unterscheiden – wenn-gleich die Übergänge fließend sind: Die von der Ideologie der Salafiyya inspirierte islamistische Bewegung der Muslimbruderschaft bspw. zeichnet sich durch eine straff organisierte Struktur aus, nimmt am politischen Leben teil und ist stark auf Sozialarbeit ausgerichtet, um Anhänger durch Präsenz im Alltagsleben zu gewinnen. Von den Muslimbrüdern führt wiederum über Sayyid Quṭb (gest. 1966) ein radikalisierte Strang zum sogenannten dschihadistischen Islamismus, der für den revolutionären Umsturz „unislamischer“ Regimes sowie für die Umsetzung weiterer Ziele den Einsatz von Gewalt befürwortet. Gruppen wie Ḥamās partizipieren einerseits seit Jahren und mitunter sehr erfolgreich am politischen Prozess ihres jeweiligen Landes und unterhalten andererseits bewaffnete Milizen.¹⁹ Demnach umfasst der

16 Die Säulen des Islam sind nach der Mehrheitsmeinung muslimischer Gelehrter indes: Glaubensbekenntnis, Gebet, Almosensteuer, Fasten und Pilgerwallfahrt.

17 Vgl. Armbrorst, Andreas/Attia, Ashraf: Die Politisierung des Salafismus“, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung, Bielefeld 2014, S. 217–231, hier S. 226; Ceylan/Kiefer: Salafismus, S. 86 f.

18 Vgl. Pfahl-Traugher, Armin: „Islamismus – Was ist das überhaupt? Definition – Merkmale – Zuordnung“, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt>

[eingesehen am 25.05.2017]. Für einen Überblick über verschiedene islamistische Gruppierungen vgl. Steinberg, Guido/Hartung Jan-Peter: Islamistische Gruppen und Bewegungen, in: Werner Ende/Udo Steinbach (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, München 2005, S. 681–695.

19 Vgl. Riexinger, Martin: Islamismus und Fundamentalismus, URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36341/begriffsbestimmung> [eingesehen am 27.05.2017].

Begriff Islamismus sowohl friedlich-politisch wirkende Gruppen als auch gewaltgeneigte bis terroristische Gruppen. Im Unterschied zu anderen salafistischen Gruppierungen ist der Islamismus in toto politisch ausgerichtet und stellt eine besondere Lesart des Islam als politisches Programm dar. Eine verallgemeinernde Verwendung des Begriffs Islamismus als Oberbegriff sowohl für sunnitische Phänomene wie etwa Salafismus, Wahhabismus, Muslimbruderschaft und Hizb at-Tahrir als auch für schiitische Phänomene wie etwa Hisbollah, wie sie vom Niedersächsischen Verfassungsschutz vorgenommen wird, ist daher unpräzise und nicht immer zutreffend.²⁰

Die wesentliche ideologische Gemeinsamkeit islamistischer Gruppierungen besteht vor allem im Willen zur Umformung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung nach einer strengen Interpretation der islamischen Schriften. Aus diesen Quellen werden politische Forderungen abgeleitet und die Scharia wird als holistisches System angesehen, das immer und überall anwendbar sei und alle Fragen des Lebens abdecke, sowohl was das soziale Miteinander als auch die Rechts- oder Staatsordnung angeht. Nach dieser Auffassung sollen Schariaregelungen institutionell verankert und Staat und Religion nicht getrennt sein. In einem solchen System besteht die oberste Legitimation in der Souveränität Gottes, aber nicht in der des Volkes.²¹ Nichtsdestoweniger kann nicht pauschal gesagt werden, dass die Ideologie aller Islamisten bzw. islamistischen Bewegungen mit dem demokratischen Verfassungsstaat nur schwer vereinbar sei, weil „der alleinige Geltungsanspruch des ‚göttlichen‘ Rechts dem Prinzip der Volkssouveränität“ widerspreche, wie der Islamwissenschaftler Martin Riexinger darstellt.²² Denn es gibt viele Stimmen, wie

etwa die namhaften Politiker Rašid al-Ġannūšī (geb. 1941)²³ und Ḥasan at-Turābī (gest. 2016),²⁴ die zum islamistischen Spektrum gezählt werden und die Auffassung vertreten, dass Demokratie und Islam kompatibel seien. Diese Position wird u.a. mit Belegen aus dem Koran und der Sunna gerechtfertigt, wobei die Islamquellen zeitgemäß interpretiert werden.²⁵

5 Fazit

Das in Medien und Wissenschaft erzeugte Bild der im Rahmen dieses Beitrags erläuterten Begriffe ist äußerst vielfältig, oft zerrissen und teilweise sogar widersprüchlich. Dass Salafisten undifferenziert als Islamisten bezeichnet werden, soll in Anbetracht obiger Darstellung nicht unwidersprochen bleiben; denn ohne nähere Prüfung kann man Salafisten nicht pauschal dem islamistischen Milieu zuordnen – gibt es doch innerhalb der salafistischen Bewegung bedeutende Teile, welche die Partizipation am politischen Leben ablehnen und fast ausschließlich auf Missionsarbeit fokussiert sind. Ein grundlegender gemeinsamer Berührungspunkt zwischen allen islamischen Ausprägungen ist der Rückgriff auf die Offenbarungsquellen sowie das Nacheifern der Lebensweise der ersten drei Generationen. In Bezug auf die Lesart dieser Traditionen, die Ziele, Strategien und Organisationsformen der einzelnen Bewegung lassen sich indes erheb-

20 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport.

21 Vgl. Riexinger.

22 Vgl. ebd.

23 Al-Ġannūšī ist ein tunesischer Politiker und Vorsitzender der islamistischen *Nahḍa*-Bewegung; vgl. mehr dazu z.B. bei Tamimi, Azzam: Rachid Ghanouchi: A Democrat Within Islamism, New York 2001.

24 At-Turābī ist ein sudanesischer Politiker, der zur Muslimbruderschaft gezählt wird; vgl. ausführlich dazu z.B. Burr, Millard: Revolutionary Sudan: Hasan al-Turabi and the Islamist State, 1989–2000, Leiden 2003.

25 Vgl. u.a. al-Ġannūšī: *ad-Dīmūqrāṭiyya wa-huquq al-insān* [Demokratie und Menschenrechte im Islam], Beirut 2012 und Tamimi, passim.

liche Unterschiede feststellen, etwa bei dem puristischen Salafismus, dem politischen Salafismus und dem militanten Salafismus. Der Begriff Islamismus, der weitgehend synonym mit dem politischen Islam verwendet wird, weist Ähnlichkeiten mit dem politischen Salafismus auf. Mit beiden Begriffen werden Ideologien bezeichnet, deren Kerngedanke darin besteht, den Islam als politisches Ordnungsmodell nach den Regeln der Scharia weltweit zu etablieren.

Die von Nedza vorgeschlagene begriffliche Unterscheidung zwischen der heutigen *Salafiyya* und der *Salafiyya* des 19. Jahrhunderts durch die Bezeichnung *Salafismus* scheint letztlich zweckdienlich zu sein. Der Gebrauch des Terminus „Salafismus“ für die heutige *Salafiyya* entspricht dem terminologischen Konsens der Wissenschaft – das gilt insbesondere für den englischsprachigen wissenschaftlichen Diskurs. Viele Wissenschaftler bezeichnen besagtes Phänomen auf Englisch als *Salafism*. Terminologien, wie etwa Neo-Salafismus oder auch Salafiten, waren indes nur von kurzer Dauer und konnten sich nicht etablieren.²⁶

Abschließend sei hervorgehoben, dass eine bewusste differenzierte Verwendung der oben dargestellten Begriffe in Medien, Politik und dem wissenschaftlichen Diskurs wünschenswert und notwendig ist – vermag sie doch dazu beizutragen, Vorurteile und Misstrauen gegenüber den muslimischen Mitbürgern abzubauen und einem kooperativen und vertrauensvollen Zusammenleben zwischen Muslimen und Nichtmuslimen den Weg zu ebnen.



Dr. Mahmud El-Wereny, geb. 1984, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Er lehrt und forscht zu folgenden Schwerpunkten: Politischer Islam, Salafismus, islamisches Recht und schiitischer Islam.

26 Siehe auch Said/Hazim: Einleitung, S. 29.

„Radikaler Islam“ als Teil der deutschen Gesellschaft?

Lino Klevesath

1 Einleitung

Wenn von „islamistischen Bestrebungen“, dem „islamischen Extremismus“ oder radikalen islamischen Bewegungen in Deutschland

die Rede ist, so ist sie oft mit dem Vorwurf mangelnder Integration verbunden. Muslime, die zurückgezogen in ihrer Binnenwelt lebten, hätten versäumt, Anschluss an die deutsche Gesellschaft und ihre Entwicklung zu finden, und orientierten sich an der Kultur ihres Herkunftslandes oder dem ihrer Vorfahren. Auch seien sie mit der modernen, individualisierten Gesellschaft des Westens überfordert und suchten den Schutz des muslimischen Kol-

lektivs. Es herrscht ein Bild eines statischen, radikalen Islam vor, der sich an mittelalterlichen Idealen orientiere und quasi aus der Zeit gefallen sei. Doch ist dieses Bild berechtigt?

Im Folgenden soll durch einen Vergleich der von der Nachkriegszeit bis in die 1990er Jahre vorherrschenden Organisationen des radikalen Islam mit den heute dominierenden losen Netzwerken die Veränderung des Phänomens dargelegt werden. Wenn von einem „radikalen Islam“ die Rede ist, soll die Wendung keinesfalls als Synonym für islamischen „Fundamentalismus“, „Extremismus“ oder „Dschihadismus“ verstanden werden.¹ Vielmehr wird hier mit

1 Zu den Begriffen Islamismus und Fundamentalismus sowie Salafismus siehe den Beitrag von Mahmud El-Wereny in diesem Heft.

diesem Sammelbegriff jede muslimische Strömung bezeichnet, die eine grundlegende Kritik an wichtigen religiösen Institutionen der Welt des Islam vertritt, welche die religiöse Praxis der Mehrheit der Muslime im Hinblick auf ihre religiöse Legitimität infrage stellt und/oder einen grundlegenden Bruch mit der bestehenden politischen Ordnung in mehrheitlich muslimischen Staaten oder gar darüber hinaus anstrebt.

Allerdings sind radikale Haltungen in einem demokratischen Rechtsstaat nicht *per se* illegitim.² Der Begriff des „radikalen Islam“ sagt nichts über die Haltung zur Demokratie oder zu der Gewalt derjenigen aus, denen das Attribut zugeschrieben wird, und umfasst Bewegungen, die nicht viel miteinander gemein haben und sich teilweise sogar in erbitterter Feindschaft gegenüberstehen. Sie eint einzig ihre Ablehnung des religiösen oder politischen Status quo und eine Mission, die über die reine gottesdienstliche Praxis und die Bewahrung religiöser Tradition hinausgeht.

Tatsächlich hat sich das Phänomen des radikalen Islam in Deutschland seit den 1990er Jahren tiefgreifend gewandelt: Lose Netzwerke und kleine Zellen sind an die Stelle größerer Organisationen getreten – damit spielt das einzelne Individuum eine viel bedeutsamere Rolle als zuvor. Somit folgt auch der radikale Islam dem gesellschaftlichen Trend der zunehmenden Individualisierung, die eine abnehmende Bedeutung von Massenorganisationen wie Kirchen oder Parteien zur Folge hat.³ Zudem werden die neuen Bewegungen zumeist von jungen Männern getragen, die in

Deutschland aufgewachsen sind und für die nicht die muslimisch geprägten Staaten außerhalb Europas, sondern die Bundesrepublik den primären Bezugsrahmen darstellt. Frappierend ist zudem, dass die Bedeutung der deutschen Sprache für die Bewegungen des radikalen Islam in Deutschland zunimmt – in der heute am schnellsten wachsenden Szene des Salafismus dominiert sie bereits. In gewisser Weise lässt sich zumindest von einer sprachlichen „Integration“ des radikalen Islam in die deutsche Gesellschaft sprechen.

2 Radikaler Islam in Deutschland bis in die 1990er Jahre

Schon vor Beginn der Migration von muslimischen Gastarbeitern in den 1960er Jahren kam es zum Aufbau islamischer Strukturen, vor allem zu ersten Moscheegründungen⁴, in Deutschland, der vor allem von Studierenden aus islamisch geprägten Ländern getragen wurde. Zu den drei wichtigsten Akteuren des Aufbaus dieser Strukturen gehört die türkisch geprägte Milli-Görüş-Bewegung (etwa „Nationale Sicht“), die in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren den größten Moscheeverband in Deutschland bildete und auch heute nur von dem mit dem türkischen Staat verbundenen DİTİB-Verband übertroffen wird. Daneben spielten das „Islamische Zentrum München“, welches eng in das Netzwerk der oppositionellen ägyptischen Muslimbrüder eingebunden ist, sowie das „Islamische Zentrum Hamburg“, welches in den 1970er Jahren die wichtigste Institution für die islamische Opposition des Iran gegen das Regime des Schahs darstellte, eine Rolle. Beide Zentren verfügten im Gegensatz zu Milli Görüş nie über eine Massen-

2 Backes, Uwe: Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart, Göttingen 2006, S. 197.

3 Ulrich Beck spricht in diesem Zusammenhang von einer individualisierten „Zweiten Moderne“; siehe hierzu Beck, Ulrich: Der eigene Gott. Von der Friedensfähigkeit und dem Gewaltpotential der Religionen, Frankfurt 2008, S. 117.

4 Auch vor dem Zweiten Weltkrieg gab es schon erste Ansätze eines öffentlichen muslimischen Lebens in Deutschland; siehe hierzu Heimbach, Marfa: Die Entwicklung der islamischen Gemeinschaft in Deutschland seit 1961, Berlin 2001, S. 31–60.



Zest / Necmettin Erbakan 2006-ban / URL: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Necmettin-Erbakan.jpg> / CC BY-SA 2.5

Necmettin Erbakan, früherer Ministerpräsident der Türkei und Begründer der Milli-Görüş-Bewegung

hängerschaft – ihre Bedeutung kam ihnen vor allem aufgrund ihrer politischen Rolle im Ausland und weniger wegen ihrer gesellschaftlichen Strahlkraft in Deutschland zu. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit eint alle drei Akteure ihr hoher Organisationsgrad. Hier soll die Darstellung jedoch auf die Entwicklung der Milli Görüş beschränkt werden.

Die deutsche Milli-Görüş-Bewegung nahm ihren Ausgangspunkt in der 1970 von Necmettin Erbakan in der Türkei gegründeten islamischen „Milli Nizam Partisi“ und blieb auch ihren Nachfolgeparteien, die infolge zahlreicher Verbotsverfahren entstanden, verbunden.⁵ Erbakans vage Vision, die säkulare Ordnung der Republik Türkei durch eine dem Osmanischen Reich ähnelnde islamische Ordnung zu ersetzen, fand unter den türkischen Arbeitermigranten in Deutschland ebenso großen Anklang wie seine Idee eines Wirtschaftsaufschwungs auf islamischer Grundlage. Die Arbeiter hofften, so ökonomische Perspektiven für eine Rückkehr in ihre Heimat zu erhalten. 1972 gründete Hasan Damar in Braunschweig die erste der Erbakan-Partei und ihrem Konzept der Milli Görüş nahestehende Moschee, die wie in ei-

nem Schneeballsystem die Gründung ähnlicher Moscheen an anderen Orten der Bundesrepublik anregte.

Zunächst blieb ihr Zusammenschluss in Deutschland lose. Doch die Iranische Revolution 1979, der Militärputsch in der Türkei und die anschließende Verfolgung der Erbakan-Anhänger führten zu einer Radikalisierung des türkisch-muslimischen Milieus in Deutschland. In dessen Folge spalteten sich die Anhänger des radikalen Kölner Predigers Cemalettin Kaplan von den Milli-Görüş-Moscheen ab, da sie anders als Erbakan nur noch einen revolutionären Weg sahen, um die säkulare Ordnung in der Türkei zu stürzen. Milli Görüş verlor zwei Drittel der bisherigen Mitglieder an die Kaplan-Bewegung⁶, doch angesichts des ausbleibenden revolutionären Erfolgs verlor Kaplan einen Großteil seiner Anhänger rasch wieder. Ihm gelang allerdings, die Gemeinschaft der verbliebenen Unterstützer in eine straff geführte, sektenartige Organisation umzuwandeln. 1994 rief er sich sogar zum Kalifen aus, weshalb seine Organisation fortan als „Kalifatsstaat“ bekannt war. Nach seinem Tod 1995 endete der Konflikt um die Führungsnachfolge der rigiden Organisation tödlich, als Kaplans

5 Zur Geschichte der Milli Görüş siehe Schiffauer, Werner: Nach dem Islamismus. Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş – eine Ethnographie, Frankfurt a.M. 2010.

6 Zur Geschichte der Kaplan-Bewegung siehe Schiffauer, Werner: Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland, Frankfurt 2000.

Sohn Metin 1997 den „Gegenkalifen“ Ibrahim Sofu ermorden ließ. Schließlich wurde die im islamischen Milieu völlig isolierte Bewegung 2001 durch den deutschen Staat verboten.

Die Milli-Görüş-Bewegung, die durch die Abspaltung der Kaplan-Anhänger zunächst stark geschwächt war, entschied sich 1985, einen zentral geführten Dachverband aller ihrer Moscheen zu gründen. Die deutsche Zentrale hatte fortan einen Eid auf Erbakan zu leisten, die einzelnen Moscheen wiederum mussten ihr Eigentum an die Zentrale überschreiben, welche die Gemeinden im Gegenzug mit Imamen versorgte. Durch die zentrale Führung wollte man eine erneute Spaltung um jeden Preis vermeiden. Die Bewegung konnte sich schließlich in Deutschland behaupten und unterstützte mittels Spenden auch weiter den politischen Aufstieg Erbakans in der Türkei. Dessen Wahl zum Ministerpräsidenten 1996 erwies sich allerdings bereits ein Jahr später als Pyrrhussieg, da Erbakan auf Druck des Militärs gestürzt wurde. Das erneute Scheitern löste ein Umdenken aus. Von nun an begann sich die Bewegung stärker auf das Leben in Deutschland und die religiösen Aktivitäten zu konzentrieren und einen größeren Abstand zum islamischen Lager der türkischen Politik zu halten. Da Milli Görüş die Idee einer grundlegenden politischen Neuordnung auf Grundlage des Islams aufgegeben zu haben scheint, kann sie mittlerweile nicht mehr zum Lager des radikalen Islam gezählt werden. Seit 2014 wird die Gruppe daher auch vom Niedersächsischen Verfassungsschutz nicht länger beobachtet.

3 Die Individualisierung des radikalen Islam

Dass sich seit den 1990er Jahren größere Zusammenschlüsse wie der Milli-Görüş-Dachverband von einer radikalen Vision des Islam verabschiedeten, zeigt einen Wandel an: Neue Massenorganisationen mit einer radikalen Ausrichtung entstanden nicht, sodass fortan, wie erwähnt, lose Netzwerke das Bild dominierten.

Schon die sogenannte Hamburger Zelle um Mohammed Atta, die maßgeblich an den Anschlägen vom 11. September 2001 beteiligt war,⁷ kann als ein frühes Beispiel dafür gelten. Die Gruppe, die sich etwa 1997 formierte und sich im Umfeld der Hamburger al-Quds-Moschee und des marokkanischstämmigen Predigers Mohammed Fazazi radikalisiert hatte, strebte anders als frühere Akteure kein politisches Projekt in ihren Herkunftsländern an und war auch in keine größeren organisatorischen Zusammenhänge eingebunden. Selbst der direkte Kontakt zu al-Qaida kam erst in Afghanistan zustande. Sie verfolgte ihrem Selbstverständnis nach das Ziel, dort für die Sache der Muslime zu kämpfen, wo es vermeintlich am nötigsten war, und war keinem Land emotional verbunden: „One week, the members were intent on fighting in Kosovo, the next in Chechnya or Afghanistan or Bosnia.“⁸ Untypisch für die neuen Formen des islamischen Radikalismus war die Gruppe allerdings insofern, als sie fast ausschließlich aus Personen bestand, die erst vor wenigen Jahren aus arabischsprachigen Ländern nach Deutschland eingewandert waren, und Deutsch somit wohl kaum die primäre Verkehrssprache der Zelle war.

Ebenfalls in den späten 1990er Jahren konnte sich das Phänomen des „Salafismus“ allmählich in Deutschland verbreiten, das sich ausgehend von Saudi-Arabien in der arabischen Welt schon früher etabliert hatte.⁹ Seine Anhänger

7 Zu den Hintergründen der Hamburger Zelle siehe Kapitel 5.3 (The Hamburg Contingent) des „9/11 commission report“, 22.07.2004, URL: <https://www.9-11commission.gov/report/911Report.pdf> [eingesehen am 29.07.2017].

8 McDermott, Terry: Perfect soldiers. The hijackers – who they were, why they did it, London 2005, S. 65.

9 Hier folge ich im Wesentlichen der Darstellung von Wiedl, Nina: „Geschichte des Salafismus in Deutschland“, in: Said, Behnam T./ Fouad, Hazim (Hrsg.): Salafismus: auf der Suche nach dem wahren Islam, Bonn 2015, S. 411–441.

verfolgen allerdings primär kein politisches Projekt, sondern streben die radikale Neuorientierung des gesamten Lebenswandels an den Gebräuchen der ersten drei Generationen aus der Frühzeit des Islam – den „Salaf“ (den Vorfahren) – an. Der Großteil deutscher Salafisten (die Islamwissenschaftlerin Nina Wiedl spricht von „Mainstream-Salafisten“¹⁰) rückt daher die Prinzipien der Reinigung (arabisch: „*taṣfiya*“) und Erziehung („*tarbiya*“) in den Vordergrund und beteiligt sich nur vereinzelt an kleineren politischen Aktionen, wie etwa Protesten gegen Islamfeindlichkeit. Nur eine Minderheit befürwortet zumindest abstrakt den Dschihad gegen die vermeintlich vom Islam abgefallenen Herrscher in den muslimisch geprägten Ländern, und nur ein Bruchteil davon beteiligt sich tatsächlich am dschihadistischen Kampf und an terroristischen Unternehmungen.

10 Wiedl, S. 414.

Pierre Vogel während
einer Kundgebung
in Freiburg i.Br. am 07.06.2014



ireas / URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2014-06-07_pierre_vogel_001.jpg / CC BY-SA 4.0

Der deutsche Salafismus blieb zunächst jedoch weitgehend ein virtuelles Phänomen. Einzelne Pioniere wie der Leipziger Prediger Hassan Dabbagh, der Bonner Prediger Mohammed Benhsain und der Berliner Abdul Adhim Kamouss bauten Internetseiten wie das seit 2001 bestehende Portal *salaf.de* auf. Ab 2005 traten auch deutschstämmige Konvertiten wie Pierre Vogel in die Szene ein; gleichzeitig nahmen nun verschiedene Moscheen ein klar salafistisches Profil an, und auch Prediger abseits der großen Zentren, wie der aus Braunschweig stammende Muhamed Ciftci, machten sich in der Szene einen Namen. Zwar gründeten sich einzelne Vereine wie „Die wahre Religion“, der 2005 durch Vogel und den Prediger Ibrahim Abou-Nagie ins Leben gerufen wurde und sich bis zu seinem Verbot 2016 durch deutschlandweite Koran-Verteilungsaktionen in Fußgängerzonen bekannt machte;¹¹ doch insgesamt behielt die Szene ihren losen Netzwerkcharakter. Vor allem machte sich ab 2008 eine Bruchlinie zwischen dem Mainstream, wie ihn etwa Ciftci vertrat, und denjenigen Salafisten wie Abou-Nagie bemerkbar, die Gewalt zumindest in einzelnen Fällen für legitim erachten – oder gar tatsächlich ab 2013 in die Kampfgebiete in Syrien und dem Irak ausreisten wie die Gruppe Milatu-Ibrahim mit ihrem prominenten Mitglied Denis Cuspert (früher als Rap-Musiker unter dem Pseudonym Deso Dogg bekannt). Auch wenn eine klare Grenzziehung zwischen seinen Ausrichtungen nicht immer möglich ist, deutet sich hier die Vielschichtigkeit des Phänomens des Salafismus doch an.

Bemerkenswert ist vor allem, dass sich, wie oben erwähnt, anders als in früheren radikalen Bewegungen in der salafistischen Szene Deutsch als primäre Verkehrssprache heraus-

11 Diehl, Jörg/Lehberger, Roman: „Bundesweite Razzia: Innenminister verbietet Salafisten-Verein“, in: Spiegel Online, 15.11.2016, URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/salafisten-bundesweite-razzia-gegen-islamistischen-verein-a-1121208.html> [eingesehen am 29.07.2017].

gebildet hat. Auch wenn deutschstämmige Konvertiten eine kleine Minderheit darstellen, ist der deutsche Salafismus ethnisch so divers, dass der Gebrauch des Deutschen als *lingua franca* die einzig praktikable Lösung darstellt – auch wenn selbstverständlich in Deutschland auch salafistische Predigten auf Arabisch und Türkisch gehalten werden.¹² Es zeigt sich, dass der Salafismus zumindest sprachlich gut in die deutsche Gesellschaft „integriert“ ist. Man kann ihn nicht als importiertes, fremdes Kulturgut verstehen; vielmehr muss er primär als ein Phänomen der deutschen Gesellschaft begriffen werden, als Aneignung eines global verfügbaren salafistischen Codes durch deutsche Muslime.

4 Fazit

Der Blick auf die Geschichte des radikalen Islam in Deutschland zeigt, dass das Phänomen keineswegs statisch und isoliert von der deutschen Gesellschaft ist. Um die Jahrtausendwende hat sich ein tiefgreifender Wandel vollzogen: Bis in die 1990er Jahre prägten Moscheen von Exilanten oder auf die Türkei bezogene Massenbewegungen wie Milli Görüş und die Kaplan-Gemeinschaft, welche die politischen Verhältnisse ihres jeweiligen Heimatlandes tiefgreifend verändern wollten, das Bild eines radikalen Islam. Muslime, die heute in der Bundesrepublik eine radikale Vision des Islam vertreten, haben ihren Lebensmittelpunkt jedoch meist in Deutschland und beziehen ihre Handlungen auch primär auf die deutsche Gesellschaft. Das gilt gerade auch für Salafisten – von denen viele in ihrer Sozialisation bereits etliche Misserfolge erlebt haben, nicht selten schon vor Eintritt in die salafistische Szene straffällig geworden sind und sich heute am Rande der Gesellschaft wiederfinden. Wer die Attraktivität deutscher radikaler islamischer Bewegungen heute verstehen will, sollte also

nicht die Spezifität der islamischen Kultur und ihrer mittelalterlichen Blütezeit, sondern die hiesigen gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausgangspunkt der Analyse nehmen (auch wenn natürlich nicht zu leugnen ist, dass der Salafismus ohne Beleuchtung der theologischen Hintergründe nicht hinreichend verstanden werden kann).

Vor allem aber zeigt ein Blick in die deutsche islamische Geschichte, dass radikale islamische Bewegungen ganz unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen und dabei zumeist friedliche Mittel wählen. Somit gilt es zu differenzieren und eine Gleichsetzung eines islamischen Radikalismus mit Gewalttätigkeit zu vermeiden. Das friedliche Propagieren eines radikal von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden Lebensstils oder eines religiös inspirierten politischen Wandels ist *per se* kein Fall für die Sicherheitspolitik. Gesellschaftspolitisch ist jedoch zu fragen, inwieweit Errungenschaften und Normen der offenen Gesellschaft wie der demokratische Rechtsstaat, die Religionsfreiheit oder die Gleichheit von Mann und Frau innerhalb von Bewegungen wie dem Salafismus auf Ablehnung stoßen und wie deren Akzeptanz befördert werden kann.



Lino Klevesath, M.A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

¹² Wiedl, S. 423.

Ein Blick in die Moschee

Ein subjektiver
Erlebnisbericht

Annemieke Munderloh

Ein großer Bahnhof, irgendwo in Niedersachsen: Menschen drängen von einer Seite zur anderen, telefonieren oder suchen nach ihrem Gleis. Ich bin etwas nervös und taste mit der Hand nach dem beige gemusterten Leinenschal in meiner Umhängetasche. Als wir in die Straßenbahn steigen, kommt es mir so vor, als sähe ich heute mehr Frauen mit Kopftüchern und langen Gewändern als gewöhnlich, aber vielleicht spielt mir meine Wahrnehmung auch einen Streich. Ich bin mir nicht ganz sicher, was mich erwarten wird – Moscheen von innen kenne ich bisher nur aus dem Urlaub, vor allem aus der Türkei. Dort wurde man zu Beginn der Predigt stets gebeten, das Gebäude zu verlassen, um die Gläubigen nicht zu stören. Ich erinnere mich

an wunderschöne, riesige Bauten, verziert mit bunten Glasfenstern, gerahmt von Minaretten, die bis in den Himmel reichen.

Die Sonne scheint und mir ist warm in der langen schwarzen Hose mit der hochgeschlossenen Bluse. Ich fummele mein Tuch aus der Tasche – soll ich es jetzt schon anlegen oder erst direkt vor der Moschee? Besser jetzt gleich: Ich bedecke meinen Kopf und die hochgesteckten Haare. Es fühlt sich ungewohnt an.

Das Gebäude, in dem sich die Moschee befindet, ist ein unscheinbarer Klinkerbau. Keine bunten Fenster, kein Minarett – nicht einmal ein Schild über dem Eingang, das auf ein Gotteshaus hinweist. Von den ca. 2.800 Moscheen in Deutschland haben nur knapp 150

eine Kuppel und Minarett¹. Es ist außerdem überraschend schwierig, die genaue Anzahl von Moscheen in Bund oder Land zu beziffern, es gibt keine vollständigen Listen, zumindest keine öffentlich zugänglichen². Zwar gibt es eine Website³, doch wird diese nicht regelmäßig gepflegt. Recherchen der Zeitung *Die Zeit* ergaben, dass die Moscheeverbände und Betreiber der einzelnen Gebetshäuser u.a. Angriffe oder Hassnachrichten befürchten, wie es in der Vergangenheit schon vorgekommen ist⁴. Das erklärt vielleicht auch das schlichte Äußere dieser Moschee.

Den Frauenbereich betrete ich durch ein braunes Metalltor. In meiner Anspannung wirkt es bedrohlich und abweisend. Meine beiden Kollegen verschwinden durch den Haupteingang, ich stehe nun auf einer leeren Auffahrt, nur zwei Kinder spielen mit einem Fahrrad. Ich begrüße sie und sofort fragen sie mich: Wie ich heiße, wie eine Fahrradklingel funktioniert und ob ich denn weiß, wie schnell so ein Rad fahren kann. Sie scheinen keine Scheu vor Fremden zu haben und nehmen mich bei der Hand, um mir den Waschraum zu zeigen, in dem die Frauen die Möglichkeit haben, die rituelle Gebetswaschung durchzuführen. Der sogenannte *wuḍū*, die kleine Waschung, ist von Muslimen vor jedem Gebet durchzuführen, denn ohne ritu-

elle Reinheit ist ein Gebet nicht gültig⁵. Vor dem *wuḍū*, wie vor vielen anderen religiösen Handlungen im Islam, soll der oder die Gläubige seine bzw. ihre Absicht zur Waschung erklären, um sich vollkommen auf die Handlung zu konzentrieren. Definitiv zu waschen sind Hände, Mund und Nase sowie Gesicht und Unterarme. Auch über den Kopf wird mit Wasser gestrichen; zum Schluss kommen die Füße. Diese Reihenfolge sollte unbedingt eingehalten werden⁶. Für die Muslime bedeutet dieses Prozedere die Reinwaschung von kleinen Sünden; von jenen, die mit den Augen und den Händen begangen wurden, und jenen, zu denen ihre Füße sie getragen haben.⁷

Mein Tuch zurechtrückend gehe ich ins Innere des Gebetshauses. Dort ziehe ich meine Schuhe aus und stelle sie in das hohe Regal neben der Tür. Der Raum ist nicht sehr groß, etwa 80 Personen passen sitzend hinein. Die hintere Hälfte ist mit Teppichboden ausgelegt, im vorderen Teil bedeckt ein großer, gemusterter Läufer einen Teil des Linoleums. An der Wand hängt ein Bücherregal mit ungefähr 20 Koranen, von der schlichten Decke baumeln verschiedenfarbige Pompons aus Krepppapier. Auf dem Boden sitzen fünf junge Frauen, eine spricht mich lächelnd an. Ich stelle mich vor und werde eingeladen, mich zu ihnen in den Kreis zu setzen. Anscheinend findet gerade eine Art Fragerunde statt. Amina⁸, die mich begrüßt hat, beantwortet Harleen, einer weiteren jungen Frau, die an-

1 Vgl. Statista: Anzahl der Moscheen und Kirchen in Deutschland, 2017, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36948/umfrage/anzahl-der-moscheen-und-kirchen-in-deutschland/> [eingesehen am 18.08.2017].

2 Vgl. Knoblauch, Elisabeth/Knuth, Hannah: Muslime in Deutschland. Das ist eine Moschee, in: *Zeit Online*, 25.07.2017, URL: <http://www.zeit.de/2016/30/muslime-in-deutschland-moschee-glauben-staat> [eingesehen am 18.08.2017].

3 URL: <https://www.moscheesuche.de/>.

4 Vgl. Knoblauch/Knuth.

5 Beschrieben wird eine kleine Waschung bspw. in Koran 5: 6 (lies: Sure 5, Vers 6); Übersetzung: Paret, Rudi: *Der Koran. Übersetzung von Rudi Paret*, Stuttgart 2004.

6 Vgl. Ebert, Hans-Georg/Heilen, Julia: *Islamisches Recht. Ein Lehrbuch*, Leipzig 2016, S. 114.

7 Vgl. Spuler-Stegemann, Ursula: *Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen*, Freiburg 2002, S. 147.

8 Alle Namen sind anonymisiert.

scheinend konvertieren will, Glaubensfragen. Harleen sagt, sie praktiziere schon seit einigen Jahren den Glauben, möchte nun aber – auch als Zeichen ihrer nicht-muslimischen Familie gegenüber – den nächsten Schritt gehen. Ihre Fragen deuten jedoch darauf hin, dass sie noch nicht viel von der Geschichte und den Vorschriften der Religion weiß, was mir widersprüchlich vorkommt.

Rechts von mir sitzen zwei Jugendliche; ich bin überrascht, sie in stylish zerrissenen Jeans und T-Shirt in der Moschee anzutreffen. Auch Harleen trägt T-Shirt, dazu einen bodenlangen, undurchsichtigen Rock. Keine der drei trägt eine Kopfbedeckung. Ich selber stand am Morgen gut eine Stunde vor meinem Kleiderschrank, um ein adäquates Outfit zusammenzustellen. Nur zu gut erinnere ich mich an eine Gruppe betagter Frauen, die mich vor der al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zurechtgestutzt hat, weil die Ärmel meines Oberteils nicht ganz bis zu den Handgelenken reichten. Amina erklärt mir, dass im Koran nicht geschrieben stehe, dass sich Muslimas – oder Gäste – im Gotteshaus auf eine besondere Art und Weise zu kleiden hätten. Viele tun es jedoch aus Ehrerbietung der Gebetsstätte gegenüber, auch in Anlehnung an die alltäglichen Bekleidungs Vorschriften für muslimische Frauen. Sollte ich noch einmal wiederkommen, solle ich mir nicht zu viele Gedanken darüber machen.

Aminas Gewand ist komplett schwarz, neben ihr sitzt Farah, sie ist in lachsrosa gekleidet. Beide tragen *ḥimār* und *‘abāya*. Der *ḥimār* ist eine traditionelle Form des Schleiers, der bis zur Hüfte reicht und nur das Gesicht frei lässt. *‘abāya* beschreibt ein bodenlanges, langärmeliges Kleid, das über der normalen Kleidung getragen wird. Zwischen den Rechtsschulen gibt es auch hier aufgrund verschiedener Auslegungen des Korans Uneinigkeit darüber, was einer Muslima an Bekleidungs Vorschriften auferlegt wird. Von einer Vollverschleierung ist nirgends direkt die Rede, die Verse sind aber zu ungenau formuliert, um

die Frage endgültig beantworten zu können. Beschrieben wird, dass Frauen „ihre Scham“ bedecken sollen, indem sie „ihren Schal sich über den [...] Schlitz (des Kleides) ziehen“.⁹ Die Scham des Mannes, erklärt mir Amina, reiche von seinem Bauchnabel bis zu den Knien, während die der Frau ihren gesamten Körper mit Ausnahme der Füße, Hände und des Gesichts umfasse. Generell seien sich die Gelehrten einig, dass die Kleidung einer Muslima ab Beginn der Pubertät blickdicht und nicht körperbetont fallen solle.

Das Kopftuch, das in Verbindung mit der den Körper als Ganzes bedeckenden Kleidung getragen wird (*ḥiğāb*), fällt in Deutschland kaum noch auf. *Ḥimār* und *‘abāya* hingegen, von Amina und Farah außerhalb der Moschee noch in Kombination mit einem Gesichtsschleier (*niqāb*) getragen, sorgten vor allem in den letzten Jahren für Aufregung. Oft fälschlicherweise als „Burka“ (*burqū*) bezeichnet, ist es eigentlich der *niqāb*, der von manchen als besonders störend empfunden wird. Der Deutsche Bundestag differenziert die Gewänder folgendermaßen: „Ein Niqab ist ein kopfbedeckender Gesichtsschleier mit schmalen Augenschlitz [...]. Er wird in Verbindung mit einem Tschador [= den gesamten Körper verdeckendes, dunkles Tuch, A.M.] [...] getragen. Werden die Augen vollständig bedeckt, bezeichnet man das Kleidungsstück als Burka“¹⁰. Die beiden jungen Frauen erzählen später, wie ihnen auf der Straße schon oft Beleidigungen zu ihrer vermeintlichen *burqū* an den Kopf geworfen worden seien.¹¹ Auch

9 Koran 24: 31; vgl. auch Koran 33: 59.

10 Deutscher Bundestag: Verbot der Vollverschleierung. Rechtslage in Deutschland sowie Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Schweden, 2015, S. 4, URL: www.bundestag.de/blob/437640/c08a4773077fbb1630f8d3d4224d7932/wd-3-082-15-pdf-data.pdf [eingesehen am 18.08.2017].

11 Gerade in westlichen Medien wird unter *burqū* häufig jede Form der Vollverschleierung verstanden.

wenn sie es mittlerweile gewöhnt seien, sagt Amina, tue es doch jedes Mal weh – besonders, wenn ihre Kinder dabei seien.

Amina beantwortet unsere Fragen schnell und bestimmt, mit vielen wörtlichen Zitaten aus dem Koran. Sie hat eine angenehme Stimme und ein einladendes Lächeln. Die jungen Frauen scheinen zu ihr aufzublicken. Langsam füllt sich die Moschee, andere Frauen verschiedener Altersgruppen betreten den Raum, fast alle von ihnen in verschiedenfarbigen langen Gewändern. Wenige sind im westlichen Stil gekleidet, in Vorbereitung auf das Gebet ziehen sie sich lange Röcke und *himār* über, die in einem Weidenkorb nahe der Tür von der Moschee bereitgestellt werden. Die meisten der Anwesenden sind zwischen 25 und 35 Jahre alt, etwa jede fünfte ist Konvertitin. Ich hätte erwartet, dass der Altersdurchschnitt, ähnlich wie in christlichen Kirchen, höher liegt. „Das war früher anders“, erzählt Amina. Als sie vor einigen Jahren die Moschee kennenlernte, habe die Gemeinde hauptsächlich aus älteren Frauen bestanden. Heute hätten es die jungen Muslimas – und vor allem die Konvertitinnen – leichter, sich

einen gleichaltrigen Freundeskreis innerhalb der Gemeinde aufzubauen.

Die Frauen begrüßen sich herzlich, jede bekommt eine Umarmung – auch ich. Zu der Begrüßung gehört eine Grußformel auf Arabisch, die ich nicht erwidern kann, sodass ich bei einem einfachen „salām“ bleibe. Mit den Frauen füllen auch immer mehr Kinder den Raum, manche der älteren Mädchen schon mit *himār* und *‘abāya*, auch ein paar der Jungen tragen traditionelle Kleidung, sogenannte *ğallābas*: lange, weite Gewänder mit Kapuze. Die Kinder wuseln durch die auf dem Boden sitzenden Frauen und ehe ich mich versehe, sitzen zwei kleine braunhaarige Mädchen auf meinem Schoß und streiten sich um den klimpernden Schlüsselbund aus meiner Tasche.

Mir gefällt die Atmosphäre, ich fühle mich nicht mehr wie ein Eindringling und unterhalte mich mit ein paar anderen jungen Frauen, die sich zu mir gesetzt haben, um mehr über mich zu erfahren. Ihre Freundlichkeit reißt auch dann nicht ab, als ich ihnen erzähle, dass ich keine Konvertitin sei, noch



nicht einmal wirklich an einen Gott glaube und mich eigentlich nur meine Arbeit heute in diese Moschee geführt habe. Im Gegenteil: Sie fragen mich nach meiner Arbeit und erzählen mir von ihren Studiengängen oder Jobs. Viele haben interessante Geschichten, wie sie zu ihrem Glauben gefunden haben: Manchen, aus eher atheistisch geprägten Familien, sei „ein Leben ohne eine Religion zu leer“ gewesen, anderen habe eine rein wissenschaftliche Erklärung der Welt irgendwann nicht mehr ausgereicht. Wieder andere erzählen, dass sie in ihrer Jugend Phasen gehabt hätten, in denen sie sich von ihrem Glauben abgewendet hätten, sich aber mit zunehmendem Alter ihrer „Fehler bewusst wurden“ und auf die eine oder andere Weise den Weg zurück gefunden hätten. Sie alle freuen sich, dass ich Interesse an ihrem Glauben zeige, und beantworten mir viele Fragen, so gut sie können. Ich muss derweil aufpassen, meine beobachtende Distanz nicht völlig zu verlieren.

Mittlerweile ist es 14 Uhr, über die Lautsprecher in der Ecke ertönt der Ruf zum Gebet. Das Gespräch zwischen Amina, Farah und Harleen hat sich weiterentwickelt; Harleen hat sich für das Konvertieren am heutigen Tag entschieden, jetzt gleich soll es geschehen. Amina klärt sie darüber auf, dass sie dafür das Glaubensbekenntnis aufsagen müsse. Sie winkt zwei junge Frauen in *ḥimār* und *‘abāya* heran, die sich neben Harleen setzen, um ihre Konversion zu bezeugen. Farah wird für Harleen vorsprechen, da diese die arabische Sprache nicht beherrscht und somit Hilfe beim Rezitieren braucht. Der Singsang des Imams im Hintergrund verleiht der Situation eine besondere Erhabenheit. Dann geht alles ganz schnell: Das Glaubensbekenntnis ist vergleichsweise kurz und schon kommen andere Frauen herbei, um Harleen zu umarmen und im Glauben willkommen zu heißen; auch ich stehe auf und umarme sie kurz, meine Reaktion erfolgt in diesem Moment ganz intuitiv – eine Umarmung erscheint ob des eindrucksvollen Momentes angemessen.

Harleen strahlt in die Runde. Ich frage mich, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, zuerst ihr Wissen über den Islam zu fundieren.

Die Predigt beginnt auf Arabisch, danach folgt der Inhalt auf Deutsch. Die Frauen versuchen, die Kinder ein wenig zu beruhigen, die Gespräche verstummen, trotzdem sind einige mit ihrem Handy beschäftigt oder nippen an ihrem Coffee to go. Der arabische Teil der Predigt fällt knapper aus und es klingt, als ob der Imam hauptsächlich ablöse. Der deutsche Teil ist ausführlicher und er scheint freier zu reden als zuvor. Sehen können wir ihn nicht, er predigt im Nebenraum vor der männlichen Gemeinde, aber die Stimme schallt klar aus den zwei Boxen an der Wand. Es geht um Ehrlichkeit und Treue sowie die Verpflichtung eines jeden Muslims, sich an die an den Glauben gekoppelten Ge- und Verbote zu halten – auch Menschen anderer Konfessionen gegenüber.

Nach der halbstündigen Predigt folgt das Gemeinschaftsgebet. Dafür wenden sich die Betenden der hinteren linken Ecke des Raumes zu. Da das Gebäude nicht als Moschee erbaut wurde, sind die Innenräume nicht gen Mekka ausgerichtet. Die Ausrichtung zur *Kába* ist indes zentral für das Gebet¹². Damit Muslime auch außerhalb der Moschee jederzeit wissen, in welche Richtung sie sich wenden müssen, gibt es mittlerweile Gebetsteppiche mit eingebautem Kompass oder Handy-Apps mit integriertem Gebetsalarm, welche die genaue Ausrichtung nach Mekka berechnen. Meine Kollegen erzählen mir später, dass auch im Männerbereich nur eine angedeutete Gebetsnische (*miḥrāb*) die Richtung weise.

Als das Gebet beginnt, nimmt mich Amina an die Hand. Gemeinsam gehen wir in den vorderen Teil des Raumes, um den Betenden nicht im Wege zu sein. Harleen folgt uns; sie sagt, dass sie das Gebet noch nicht richtig

12 Koran 2: 144 f.

beherrsche. Auch das wundert mich. Farah reiht sich in die Gruppe der Frauen ein, sie stehen, wie vom Imam erbeten, eng nebeneinander – „Schulter an Schulter, Knöchel an Knöchel“. Amina erklärt mir, dass sie heute wegen ihrer Monatsblutung nicht mitbete. Obwohl im Koran nur geschrieben steht, dass der Mann seine Frau während der Menstruation meiden solle¹³, sind sich die Gelehrten doch einig, dass das Gebet für die menstruierende Frau absolut verboten, also *ḥarām*, sei. Wir sprechen während des Gebets auf Zimmerlautstärke; auch die Kinder werden wieder lauter, einige der älteren beten schon mit. Ich denke an die Atmosphäre in vielen christliche Kirchen: die erhabene Stille, die sich während des Gottesdienstes im Innenraum ausbreitet, bei dem selbst das knarrende Öffnen der Tür so manchem Zuspätkommer einen bösen Blick beschert. Familien mit kleinen Kindern sieht man selten und wenn sie weinen oder nicht mehr still sitzen können, muss ein Elternteil mit ihnen draußen warten. Hier ist das anders, lebendiger, zumindest für die Frauen einfacher zu handhaben.

Heute gibt es im Anschluss ein gemeinsames Essen. Ich will nicht aufdringlich sein und bleibe am Rand sitzen, doch Farah zieht mich mit sich und drückt mir einen Teller in die Hand. Es gibt Reis mit Gemüse, Rosinen, Nüssen und Huhn, dazu Pommes und eine leicht würzige Soße. Mir wird erzählt, dass es früher nach fast jedem Freitagsgebet eine Mahlzeit gegeben habe, die von einigen Frauen aus der Gemeinde als Spende an die Moschee zubereitet worden sei. Mittlerweile geschehe dies nur noch zu besonderen Anlässen. Hin und wieder klopft es an der Tür und Teller mit Essen werden zum Männerbereich durchgereicht. Als ich mich um kurz vor vier verabschiede, ist der Raum immer noch voller Frauen, die über ihre Pläne fürs Wochenende sprechen und sich über Rezepte oder Kinder-

erziehung austauschen – oder über den Islam fachsimpeln. Amina hat erneut eine Traube Frauen um sich, die sie um Rat fragen. Viele, mit denen ich mich unterhalten hatte, umarmen mich zum Abschied. Sie würden sich freuen, mich hier bald wiederzusehen.

Auf dem Rückweg lasse ich mir die Ereignisse noch einmal durch den Kopf gehen. Insgesamt bin ich positiv überrascht; der durch unser Forschungsinteresse initiierte Moscheebesuch hat sich trotz meiner Bemühungen um Distanz schleichend zu einem Kennenlernen in ungewohnter Atmosphäre verwandelt.

Auch wenn es vieles am Islam gibt, das ich (noch?) nicht verstehe oder auch definitiv ablehne: Ich glaube, dass Begegnungen wie die heutige wichtig sind, um sich einander anzunähern. Ich hätte gerne noch mehr Unterhaltungen geführt, denn die rein positive Darstellung des Lebens mit *niqāb* und *‘abāya* von Amina und Farah, die ihre Bedeckung als Möglichkeit sehen, ihrem Gott näher zu sein, steht in Kontrast zu vielen Berichten von Frauen, die sich durch die Kleidungs Vorschriften und die Dominanz des Mannes im Islam unterdrückt fühlen. Doch glaube ich, nun besser zu verstehen, warum so viele Menschen in den letzten Jahren zum Islam konvertiert sind. Gerade für gesellschaftlich Ausgegrenzte ermöglicht die Gemeinde es, sich zu Hause zu fühlen.

Eventuell erklärt das, neben der großen Zahl eingewanderter Muslime aus Krisengebieten, warum muslimische Gemeinden wachsen, christliche hingegen schrumpfen: Für die Muslime ist der Islam nicht nur eine Religion, sondern auch ein Zufluchtsort, nach dem das Bedürfnis in den letzten Jahren gewachsen zu sein scheint. Die Moschee und der Frauenbereich kommen mir vor wie religiöse Schutzräume, in denen sie die schlechte Presse und die Anfeindungen vergessen können, denen sie sich draußen ausgesetzt fühlen. Doch es erscheint mir wichtig, und

13 Koran 2: 222.

das gilt für alle Glaubensrichtungen, dass die Verbindung zur Außenwelt bestehen bleibt, damit keine vollständige Abschottung stattfindet und Reflexion auf beiden Seiten erfolgen kann.

Dafür braucht es, so scheint mir nach dem heutigen Tag, weniger Anfeindungen und Gerede übereinander und mehr gegenseitige Besuche und Gespräche auf Augenhöhe.



Annemieke Munderloh,
geb. 1994 in Münster, studiert im Bachelor Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Göttingen. Seit 2017 arbeitet sie als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung und am Methodenzentrum Sozialwissenschaften.

Extreme Rechte und ihr Umfeld

Unter Druck

Die NPD nach dem Karlsruher Urteil

Lars Geiges

W

ar's das? Das Verfahren ist beendet. Das Bundesverfassungsgericht bescheinigt der NPD Verfassungswidrigkeit, verbietet sie aber nicht.

Die Richter weisen stattdessen darauf hin, dass man der Partei jedoch den staatlichen Geldhahn abdrehen könne, was dann auch knapp sechs Monate später in die Wege geleitet wird. Keine Parteienförderung mehr für verfassungsfeindliche Gruppen, so möchte es der Gesetzgeber. Ist die NPD damit am Ende?

Das Urteil ist gesprochen, doch bleiben Fragen offen. Wohin steuern die Nationaldemokraten, als nunmehr auch als solche deklarierte verfassungswidrige politische Kraft? Verschwinden

sie in der Bedeutungslosigkeit? Verflüssigt sich die Partei (weiter), geht sie in alternativen Strukturen auf, ändert sie ihre Strategie und Mobilisierungstaktik? Wie bewertet und deutet sie das Ende des Verbotsverfahrens und wie stellt sie sich im Wahljahr 2017 auf?

Unternehmen wir den Versuch einer ersten, zugegebenermaßen sehr frühen und daher vorläufigen Verortung der Partei nach dem Karlsruher Urteil, gewissermaßen als Annäherung an eine sich wandelnde politische Kraft.

Die Urteilsverkündung im Januar 2017 war in der Tat ein Paukenschlag. Das Bundesverfassungsgericht hatte den Antrag der Länder im Bundesrat einstimmig abgewiesen und dafür eine durchaus wegweisende Begründung vorgelegt. Zwar verfolge die Partei verfassungsfeindliche Ziele, missachte die freiheitlich de-

mokratische Grundordnung auch mit Blick auf das Demokratieprinzip, weise „eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf“ und sei insofern als verfassungsfeindlich einzustufen. Jedoch, so urteilen die Bundesrichter, stelle die NPD momentan und auch auf absehbare Zeit keine reale Gefahr für die Verfassung dar. Sie habe derzeit „nur wenig Wirkkraft“. Die NPD sei schlichtweg zu bedeutungslos, um die Demokratie tatsächlich zu gefährden. Im Urteil heißt es: „Ein Erreichen der verfassungswidrigen Ziele der NPD mit parlamentarischen oder außerparlamentarischen demokratischen Mitteln erscheint ausgeschlossen.“¹ Darin liegt der Kern des Urteils: Das Gericht bewertet die tatsächliche Gefahr, die von den Nationaldemokraten aktuell und zukünftig ausgehe und ausgehen werde, und kommt zu dem Schluss, dass diese verschwindend gering sei.² Oder andersherum: Das Gericht schätzt die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik als robust genug ein, um mit verfassungsfeindlichen Parteien vom Schlage der NPD umgehen zu können.

Damit endete auch das zweite NPD-Verbotsverfahren erneut ohne Parteienverbot. Die politischen Beobachter zeigten sich weitestgehend einverstanden mit dem Urteil. Ein Verbot „wäre nicht nur eine rechtstaatliche Überreaktion gewesen, sondern auch zu viel der Ehre

für diese Kleinpartei“³, kommentierte bspw. die *taz*. Befürworter eines Parteienverbots hatten vor dem Urteil u.a. damit argumentiert, dass man NPD-Abgeordnete und -Mitarbeiter nicht mit Steuergeldern unterstützen sollte.⁴ Hier setzten die Karlsruher Richter auch entsprechende Signale, welche die Bundestagsfraktionen aufnahmen. Rasch drängten sie auf einen Ausschluss der NPD von der staatlichen Parteienfinanzierung, die dafür nötige Grundgesetzänderung wurde im Juni 2017 vom Bundestag beschlossen. Parteien, die zielgerichtet die freiheitlich demokratische Grundordnung oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland bekämpften und damit der Beseitigung der Ordnung Vorschub leisten wollten, von der sie profitierten, sollten generell nicht länger Staatshilfen erhalten.⁵

Ohne vorgreifen zu wollen, ist davon auszugehen, dass diese Maßnahme, an deren Beginn Karlsruhe stand, überaus bedeutsam auf die Parteientwicklung durchschlagen könnte, sofern die Verfassungsnovelle vor Gericht dann auch

-
- 1 Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17. Januar 2017: Urteil vom 17. Januar 2017 2 BvB 1/13, URL: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html> [eingesehen am 28.08.2017]; vgl. zudem BVerG, Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 – Rn. (I-1010), URL: http://www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html [eingesehen am 28.08.2017].
 - 2 Hier stark angelehnt an Geiges, Lars: Zum NPD-Urteil, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung 17.01.2017, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/npd-urteil-2017> [eingesehen am 28.08.2017].

-
- 3 Litschko, Konrad: Ein starkes Zeichen, in: die tageszeitung, 17.01.2017, URL: <http://www.taz.de/!5375139/> [eingesehen am 28.08.2017].
 - 4 Ein NPD-Verbot „wäre vorbeugender Opfer-schutz gewesen“ – als weiterer Kritikpunkt benannt von Prantl, Heribert: Braun bleibt, in: Süddeutsche Zeitung, 18.01.2017, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-verfahren-braun-bleibt-1.3336384> [eingesehen am 28.08.2017].
 - 5 Vgl. dazu Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes zum Zweck des Ausschlusses extremistischer Parteien von der Parteienfinanzierung, Drucksache 18/12100, 26.04.2017, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/121/1812100.pdf> [eingesehen am 28.08.2017]; früh und kritisch zum Vorgang des Entzuges der Finanzierung für verfassungsfeindliche Parteien durch eine Grundgesetzänderung vgl. Morlock, Martin: Kein Geld für verfassungsfeindliche Parteien?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jg. 50 (2017), H. 3, S. 66–69.

Bestand haben wird.⁶ Denn die finanzielle Lage der NPD ist ohnehin schon – gewissermaßen traditionell – prekär. Eingedenk der Tatsache, dass fast jeder zweite Euro, den die NPD einnimmt, vom Staat kommt, worüber im August 2017 ein Rechenschaftsbericht des Bundestags informierte, dürfte sich die Situation wohl noch weiter, diesmal vermutlich existenziell, zuspitzen und die Handlungsfähigkeit der NPD kontinuierlich reduzieren.⁷ Die Beiträge der Mitglieder und der Mandatsträger sinken ebenso stetig wie die Einnahmen aus Spenden. In den vergangenen Jahren hat die NPD stets angegeben, über mehr als 5.000 Mitglieder zu verfügen; dabei war sie bereits Ende 2015 unter diese Marke gefallen, zählte nur noch 4.845 Mitglieder. Auch Abgeordnete stellt die Partei kaum mehr. Geblieben sind ihr bundesweit noch 338 Kommunalmandate – davon achtzig in Sachsen, 58 in Thüringen und 49 in Mecklenburg-Vorpommern. Im Europäischen Parlament verfügt sie über einen Sitz. In einem Landtag ist die Partei indes nicht mehr vertreten. Bei den Wahlen 2017 im Saarland (0,7 Prozent) und in Nordrhein-Westfalen (0,3 Prozent) blieb sie jeweils unter dem für eine Wahlkampfkostenerstattung erforderlichen

Stimmanteil bzw. trat gar nicht erst an (Schleswig-Holstein). Kurzum: Auch durch Wahlerfolge und Parlamentssitze fließen keine nennenswerten Ressourcen zurück in die Partei; man steht also unter Druck.

Möglicherweise lässt sich an der NPD am besten erkennen, dass die extreme Rechte momentan eine Zäsur erfährt.⁸ Von den internationalen Großkrisenlagen ab Mitte der 2000er Jahre (Banken, Wirtschaft, Euro, Terror, Flucht und Asyl) konnten weder die NPD noch andere etablierte Akteure der extremen Rechten profitieren – anders als noch zu Beginn der Dekade, als in der Bundesrepublik Arbeits- und Sozialmaßnahmen („Hartz-Reformen“) durchgeführt worden waren und die NPD sich als „soziale Heimatpartei“ elektoral erfolgreich inszenieren konnte. Den sich infolge überlagernden Krisen begegnete man rat- und mittellos – organisatorisch entkernt, ressourcenschwach, zerstritten und aufgerieben von außen *und* innen.

Bereits seit einigen Jahren ist das Parteiförmige innerhalb der extremen Rechten rückläufig. Die stark fragmentierten, lose miteinander verkoppelten Zusammenhänge treten verstärkt bewegungsförmig in Erscheinung. Entlang ihrer Berührungspunkte mit bspw. neurechten, verschwörungstheoretischen oder militanten Netzwerken und Milieus hat sich eine Vielzahl von Kleingruppierungen entwickelt. Ein überaus heterogenes wie dynamisches Gebilde ist entstanden, das subkulturelle Szenen (vor-)politisch miteinander verschränkt. Betrachtet man die außerparlamentarische politische Rechte und deren Ränder, fällt auf, dass die NPD durch das Aufkommen von Kräften wie der Alternative für Deutschland (AfD) und PEGIDA auf

6 Das bezweifelt die NPD freilich. „Angesichts dieses noch sehr langen und schwierigen Weges, den die Altparteien vor sich haben, ist der Gesetzesbeschluß vom 22. Juni 2017 derzeit schlicht irrelevant“, kommentiert bspw. Richter, Peter: Die Chancengleichheit der Parteien ist zentraler Bestandteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung!, in: Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 8, S. 13.

7 Dem Bericht liegen Zahlen für das Jahr 2015 zugrunde; vgl. dazu Cruzcampo, Oliver: Jeder zweite Euro vom Staat, in: Endstation Rechts, 24.08.2017, URL: <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/npd/artikel/npd-finanzen-jeder-zweite-euro-vom-staat.html> [eingesehen am 28.08.2017]; vgl. Deutscher Bundestag 18. Wahlperiode: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2015, Drucksache 18/13030, 28.06.2017, S. 93–114, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/130/1813030.pdf> [eingesehen am 28.08.2017].

8 Vgl. dazu Borstel, Dierk/Luzar, Claudia: Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2016, S. 39–54.

der einen Seite sowie martialischeren Parteien wie „Der III. Weg“ und aktionistischen Gruppen wie der „Identitären Bewegung“ auf der anderen Seite Konkurrenz bekommen hat, die ihr zusetzt, sie vielerorts gar ersetzt. Möglicherweise ist diese Entwicklung sogar bedeutsamer für die NPD (gewesen) als das Karlsruher Urteil und seine Folgen. In jedem Fall wirkte die Gleichzeitigkeit der Vorgänge beschleunigend auf den Abstieg der Partei.

Vor diesem Hintergrund sind die Reaktionen der Parteiführung auf das Karlsruher Urteil einzuordnen. In der Parteizeitung *Deutsche Stimme* des Jahres 2017 lassen sich drei zentrale Rahmungen des Urteils erkennen. Die Partei zeigte sich – erstens – bemüht, das Nicht-Verbot als Erfolg für sich zu reklamieren, und stellte überdies heraus, was sie bereits im Laufe des ersten Verbotsverfahrens postuliert hatte: Dass es sich nicht um ein faires juristisches Verfahren gegen sie handele, sondern um ein abgekartetes politisches Spiel.⁹ So machte der Bundesvorsitzende Frank Franz bspw. deutlich, dass mit dem Verbotsverfahren die „undemokratische Hexenjagd gegen uns Nationaldemokraten“¹⁰ nicht enden werde, doch sei die NPD „die einzige Partei, die trotz der geballten Kräfte, die uns verbieten wollen, nicht verboten werden konnte“. Für die Gründe würden sich später nur noch Fachkreise interessieren, schreibt Franz weiter und fügt hinzu: „Dieses Verfahren ist nicht juristisch, sondern politisch begründet. Mit der NPD sollen alle heimtückischen Gedanken auf den politischen Index.“ Man gibt sich folglich als Opfer einer auf Dauer gestellten politischen Kampagne.

Die NPD sei weder gewalttätig, noch habe sie die Absicht, die verfassungsmäßige Ordnung Deutschlands zu beseitigen, heißt es darüber hinaus. Aus diesem Grund sei das Urteil

– zweitens – als ein gegen das eigentliche Volk, gegen den eigentlichen Souverän gerichteter Angriff zu interpretieren. Der NPD-Vorsitzende führt dazu aus: „[...] der Bezug auf den ethnischen Volksbegriff verletze die Menschenwürde, stellt nichts anderes als eine Kriegserklärung an das deutsche Volk dar.“¹¹ Es sei zu befürchten, „daß der positive Bezug auf das Volk zur grundsätzlichen Verfassungswidrigkeit stilisiert und damit kriminalisiert wird“¹². Auch der Prozessbevollmächtigte der NPD und Chefredakteur der *Deutschen Stimme*, Peter Schreiber, moniert, dass der Volksbegriff „naturgemäß auch ein biologischer Begriff“¹³ sei. Das Verfassungsgericht reduziere das Volk jedoch „auf den Besitz eines Stückes bedruckten Papiers, das je nach politischer Wetterlage mehr oder weniger wahllos an Angehörige anderer Kulturkreise ausgehändigt“¹⁴ werde. Der „Bevölkerungsaustausch“ sei nun höchststrichtrich zum Verfassungsprinzip erhoben worden, empört sich der Hausjurist der Partei, „mit dem Ergebnis des biologischen Aussterbens des deutschen Volkes“¹⁵. Dagegen wehre sich die NPD, gewissermaßen stellvertretend für alle „volkstreuen Vereinigungen“¹⁶, auf die künftige Verbotsverfahren aus denselben Gründen zukommen könnten. Schneider, der gemeinsam mit Frank Franz in den jüngsten Ausgaben das zentrale Autoren-Duo bildet, schreibt dazu: „Deutschland soll abgeschafft werden, das wissen wir nicht erst seit Sarrazin. Doch jetzt ist seine Abschaffung zum Staatsziel geworden. Mir scheint, der Kampf um die Existenz des

9 Vgl. Meier, Horst: Verbot der NPD – ein deutsches Staatstheater in zwei Akten. Analysen und Kritik 2001–2014, Berlin 2015.

10 Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 1, S. 1.

11 Franz, Frank: Sozial. National. Legal, in: Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 2, S. 1.

12 Ebd., S. 2.

13 Schreiber, Peter: Ja zu Deutschland – Ja zum deutschen Volk!, in: Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 5, S. 12.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Schreiber, Peter: „Nach diesen Maßstäben ist der Verbotsantrag ...“, in: Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 2, S. 12.

deutschen Volkes tritt in seine entscheidende Phase.“¹⁷ Trotz allem bzw. aus diesem Grund: Am „Abstammungsprinzip“ wolle und werde die NPD festhalten – jetzt erst recht.¹⁸

Programmatisch kündigt der Parteivorsitzende – drittens – an, die „Anschlussfähigkeit“ der Partei in den Vordergrund rücken zu wollen, „die sogenannte Graswurzelarbeit“, wie es der NPD-Chef nennt, müsse vorangetrieben werden. Er schreibt: „Wir müssen hart sein, dürfen bei der Formulierung unserer Ziele aber nicht skurril wirken.“¹⁹ Organisatorisch wolle man den „Ausbau unseres Fundaments auf kommunaler Ebene in den Kreisverbänden“ fördern; für Franz „die Grundvoraussetzung für stabile Landesverbände“. Thematisch-inhaltlich soll „die Herstellung der vollständigen Selbstbestimmtheit“ im Wahlkampf und darüber hinaus betont werden. Der NPD-Chef schreibt: „Wir wollen nicht Befehlsempfänger, sondern ein freies und selbstbestimmtes Volk sein.“²⁰ Zudem solle die Partei „die soziale Frage wieder deutlich stärker akzentuieren“²¹. Es beginne eine neue Zeit. Das Scheitern des Verbotsverfahrens habe „viele Mitglieder und Aktivisten regelrecht beflügelt“²². Am Ende des Jahres, so Franz, werde man finanziell konsolidiert sein und „organisatorisch eine stets kurzfristig abrufbare Kampagnenfähigkeit vorweisen“²³.

Ordnen wir diese drei Rahmungen, entsteht ein uneinheitliches Bild, das zwischen Wandel und Kontinuität changiert. Denn die Pose einer vom Staat verfolgten Partei gehört zu den Leitzählungen der NPD – letztlich fast seit ihrer Gründung. Die Bekundungen, künftig und prinzipiell am „Abstammungsprinzip“ festhalten zu wollen, bestätigen inhaltlich letztlich das Karlsruher Urteil, das die ethnische Ausgestaltung des Volksbegriffes der NPD als konstitutionell für die Partei herausstellte. Das Postulat der Herstellung von „Anschlussfähigkeit“ hingegen konterkariert vorhandene Abgrenzungs- und Radikalisierungsbestrebungen, die sich nicht nur intern abzeichnen, sondern auch formal-öffentlich bspw. in Personalentscheidungen auf dem Saarbrücker Bundesparteitag im März 2017 ihren Ausdruck fanden. Mit dem Thüringer Thorsten Heise war ein Vertreter des radikaleren Parteienflügels bei der Vorstandswahl gegen den innerparteilich als gemäßigt geltenden saarländischen Parteichef Franz angetreten und unterlag mit 69 zu 102 Stimmen. Hier könnte im Ansatz bereits zu erkennen gewesen sein, was der Partei künftig bevorstehen könnte: nämlich inhaltlich radikalere Ausrichtungen und Positionierungen, Bestrebungen, die Partei dezidiert und deutlich erkennbar rechts von der AfD zu positionieren, sie weiter zu öffnen für derzeit nur leicht verbundene subkulturell auftretende Szenen und Milieus, die in den vergangenen Jahren zur NPD auf Distanz gegangen sind. Ausgemacht ist das freilich nicht. Die darniederliegende Partei ist vielmehr und gezwungenermaßen suchend; wobei der bevorstehende Bundestagswahlkampf zunächst noch disziplinierende Wirkung auf ihre Entwicklung haben dürfte, die inneren Fliehkräfte noch mindert.²⁴ Wobei die Partei vermutlich noch weniger als zuletzt ohnehin schon auf den Straßen präsent sein wird. Aktivisten halten den „metapolitischen

17 Schreiber, Peter: „Nach diesen Maßstäben ist der Verbotsantrag ...“.

18 Vgl. DS-Gespräch mit Frank Franz: „Deutschland ist das Land und die Heimat der Deutschen!“, in: Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 7, S. 4.

19 Franz: Sozial. National. Legal, S. 2.

20 DS-Gespräch mit Frank Franz: „Deutschland ist das Land und die Heimat der Deutschen!“, S. 3.

21 Ebd.

22 DS-Gespräch mit Frank Franz: „Was uns nicht verbietet, macht uns nur noch stärker!“, in: Deutsche Stimme, Jg. 41 (2017), H. 3, S. 3 f., hier S. 4.

23 Ebd.

24 Vgl. Kopke, Christoph: Die extreme Rechte als Wahlkampfakteur, in: Virchow, Fabian et al. (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 225–256.

Krieg“ zunehmend für bedeutsam, wie niedersächsische Parteikader mitteilen. Zwar stehe dann auch der „parlamentarische Kampf“ an, zunächst aber eben der metapolitische. Das „Rumreiten auf alte[n] politische[n] Siege[n] und Prozesse[n] oder auf alte[n] politische[n] Kader[n]“ sei einer der „Hauptfehler vergangener Jahre“ gewesen, die man hinter sich zu lassen gedenke. Man arbeite, so teilt ein niedersächsischer Aktivist per Mail mit, bundesweit an „Analysen, die in der Gründerstadt der NPD zentral zusammengefasst werden“. In diesem Zusammenhang seien klassische „Lautsprecherundfahrten“ bloß noch „Reste der alten Strategie“. Beruhigen muss das nicht.



Dr. Lars Geiges, geb. 1981, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Seit 2016 arbeitet er für die Forschungsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) insbesondere über die extreme Rechte und ihr Umfeld.

In Niedersachsen, wo sich die NPD im November 1964 gegründet hat, zählt die Partei aktuell noch etwa 340 Mitglieder. Im September 2016 errang sie bei der Kommunalwahl landesweit gerade einmal 17 Mandate. Konnte die Partei 2011 noch acht Sitze in den niedersächsischen Kreistagen für sich gewinnen, war es fünf Jahre später bloß noch ein Sitz (Kreistag Helmstedt, Adolf Preuß). Im Kreis Göttingen hat sie nur einen Mandatsträger: Michael Triebel, Ratsmitglied der Stadt Bad Lauterberg. Im Mai 2017 fand in Petersdorf der niedersächsische Landesparteitag statt, auf dem Manfred Dammann zum neuen Landeschef gewählt wurde und damit Ulrich Eigenfeld ablöste. Dammann war bereits Mitglied des Landesvorstandes und „Politischer Organisationsleiter“. Mit *NordlandTV* betreibt er ein Onlineportal, das u.a. die letzten Aufnahmen von Horst Mahler vor seinem Haftantritt im April 2017 zeigte.

Protestmarken

Eine Beobachtung

Katharina Trittel

Der 17. Juni 2017 war ein Tag der Diachronität. Obwohl die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ mittlerweile eher wie eine abgedroschene Phrase anmutet, haftete diesem 17. Juni genau dieser Eindruck an.

Der Morgen war dominiert von der Nachricht des Vorabends, dass Altkanzler Helmut Kohl verstorben sei. Der „Kanzler der Einheit“, der „Vater Europas“. Egal, welche Zeitung man aufschlug, welchen *Facebook*-Account man anschaute, welchen Nachrichtenticker in der S-Bahn: Das Bild von Kohl vor einem

schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer brannte sich förmlich in die Netzhaut ein.¹

War man allerdings als Protestforscher just an diesem Tag auf dem Weg nach Berlin, um die Demonstration der Identitären Bewegung, den selbsterklärten „Aufstand gegen das Unrecht und für unsere Zukunft“, zu beobachten, löste der Morgen mit Helmut Kohl eine Reihe von Assoziationsketten aus.

Zum einen erinnerte ein solches Deutschlandfahnenmeer an die Demonstrationen von

¹ So verwendet etwa bei Deutschlandfunk, „Vater des modernen Deutschlands“ am 16.06.2017, URL: http://www.deutschlandfunk.de/trauer-um-helmut-kohl-vater-des-modernen-deutschlands.2852.de.html?dram:article_id=388909 [eingesehen am 19.07.2017].



Bildquelle: dpa – Fotoreport / Heinz Wieseler / Deutschlandfunk, URL: http://www.deutschlandfunk.de/trauer-um-helmut-kohl-vater-des-modernen-deutschlands.2852.de.html?dram:article_id=388909

PEGIDA in Dresden, deren Teilnehmer sich ja als Bezugsmythos ganz wesentlich auf die Proteste, die zur Wiedervereinigung führten, berufen. Zum anderen wurde die von den Identitären gewollt hergestellte Verbindung zum 17. Juni 1953, dem Arbeiteraufstand in der DDR, überlagert von ihrer eigenen Inszenierung als Verteidiger von Kohls „Haus Europa“: „Defend Europe!“²

Und so eröffneten die mit dem Tod Helmut Kohls verbundenen Nachrufe und Bilder an diesem Tag einen eigenartigen Blick auf rechtspopulistische Proteste von PEGIDA und der Identitären Bewegung insgesamt, auf ihre sehr unterschiedlichen *Wegmarken* hin zu *Protestmarken*.

Denn sowohl PEGIDA als auch der Identitären Bewegung ist es in gewisser und unterschiedlicher Weise gelungen, sich und ihrem Protest einen ganz bestimmten Stempel aufzudrücken,

mit ihrer Selbstinszenierung ein Label zu etablieren.

So klein PEGIDA auch startete und so groß PEGIDA zwischendurch auch war, so sehr PEGIDA auf die Anstrengungen rekurrierte, die im Osten auf dem Weg zur deutschen Einheit erbracht worden waren, so war und ist PEGIDA nie als eine einheitliche Bewegung aufgetreten. Ungeachtet der Richtungskämpfe in der Führungsriege und des Streits, ob es sich um „Nazis in Nadelstreifen“, „besorgte Bürger“³ oder eine „rechtspopulistische Empörungs-

2 Zum spezifischen Europabild der Neuen Rechten, insbesondere der Identitären Bewegung, vgl. Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, S. 155 ff.

3 „Was vor einem Jahr begonnen hat mit vielleicht 300 Menschen, die hauptsächlich gegen ‚Glaubenskriege auf deutschem Boden‘ ein Zeichen setzen wollten, ist zu einer verstetigten Bewegung geworden, die im Sommer schon als gescheitert galt und im Verlauf des vergangenen Jahres mit so ziemlich allen Zuschreibungen belegt worden ist, die Politik, Wissenschaft und Medien parat hatten: Rechtspopulisten, Nazis in Nadelstreifen, besorgte Bürger, natürliche Verbündete, Islamhasser, knallharte Rechtsextreme – die Liste der Zuschreibungen ist lang“, vgl. Trittel, Katharina / Schmitz, Christopher: Eine Bewegung gefällt sich selbst, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 20.10.2015, URL: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/ein-jahr-pegida/> [eingesehen am 19.07.2017].

bewegung“⁴ handle – eines Streits, der die Interpretationsschwierigkeiten von PEGIDAS Anliegen und Inhalten ausdrückt –, war auch das *Auftreten* der „Patriotischen Europäer“ nicht einheitlich.

Betrat man in Dresden den Altmarkt oder den Theaterplatz, sah man zwar – gleich dem Eindruck, als man am 17. Juni 2017 die Zeitung aufschlug – ein schwarz-rot-goldenes Fahrenmeer; doch war dieses durchsetzt mit zahlreichen selbst gebastelten Transparenten, die auf die unterschiedlichsten Anliegen aufmerksam machen sollten. Es wurde sogar vor den schönsten Plakaten gemeinsam für ein Foto posiert, man tauschte sich über den Herstellungsvorgang mindestens ebenso intensiv aus wie über den Missstand, auf den das Schild hinweisen sollte. Ihre Träger waren meist Mittfünfziger, rüstig, etwas altbacken, in gewisser Weise nonkonform.

Diese manchmal überraschend-schockierende Betulichkeit stand in einem gewissen Widerspruch zu den Bestrebungen der Organisatoren, PEGIDA eine Form zu geben – durch Rituale wie die Hymne, die martialischen Sprechchöre, das Spaziergangsformat und durch einen mit der Zeit immer aktiver werdenden *Face-*

book-Auftritt. So war die Zuschreibung „Eine Bewegung gefällt sich selbst“ zu PEGIDAS erstem Geburtstag durchaus zutreffend. Zur Erinnerung:

„In erster Linie ist man heute Abend gekommen, um sich selbst zu feiern. Man ist beeindruckt von dem, was man im letzten Jahr auf die Beine gestellt hat. Dieser Zusammenhalt wird auch von den Veranstaltern beschworen [...]. Alle Register, um eine Gemeinschaft zu formen und ihr Rituale und Symbole zur Selbstvergewisserung an die Hand zu geben, werden gezogen, als habe man sie eigens erfunden: ‚Wir sind die erste Bewegung mit einer eigenen Hymne.‘“⁵

Zum zweiten Geburtstag hatte sich das Bild ein Stück weit gewandelt, „vom Schmuttelkind zum professionalisierten Protestformat“⁶, man war den beschrittenen Weg weiter gegangen, jedoch zögerlich und etwas stockend; es war eine weite Strecke zur partiellen Institutionalisierung und Professionalisierung der Protestformation.

„Während in der Geschichte der Bundesrepublik, insbesondere im Rahmen der Neuen Sozialen

4 Vorländer, Hans et al.: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden 2016.

5 Vgl. Trittel/Schmitz.

6 Marg, Stine / Trittel, Katharina: Vom „Schmuttelkind“ zum professionalisierten Protestformat“, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 11.10.2016, URL: http://www.demokratie-goettingen.de/blog/zwei_jahre_pegida/ [eingesehen am 19.07.2017].



Bild: S. Marg



Bewegungen, Protest auch immer kreativ, originell und aktionistisch präsentiert wurde, waren PEGIDA-Veranstaltungen zumeist steif, einfallslos und limitiert. Auch dies hat sich gewandelt. [...] PEGIDA schuf – weniger aus der Bewegung heraus, sondern vielmehr durch das machtbewusste Organisationsteam gesteuert – in den zwei Jahren ihres Bestehens Symboliken, die ein Zugehörigkeitsgefühl erzeugen. [...] PEGIDA ist auf dem Weg, ein *Label* zu schaffen.”⁷

Am 17. Juni dann in Berlin angekommen, fühlt man sich fast in die Anfangsphase von PEGIDA zurück katapultiert. Berichtet mittlerweile die überregionale Presse kaum noch über die Dresdner, ist der Medienhype bei den Identitären so unglaublich wie in PEGIDAS Frühphase – man wird Zeuge eines Lehrstücks medialer Aufmerksamkeitsökonomie.⁸ Etliche Journalisten laufen an der Spitze des Zuges, um Fotos zu schießen, Martin Sellner, den sendefreudigen Anführer, zu interviewen – die Macht der Bilder, welche die Medien der Bewegung zugestehen, ist deren wirkmächtigste Waffe. Die Identitäre Bewegung, die „Rassis-

ten in neuem Gewand”⁹, sie sind längst kein Internetphänomen mehr, treten nicht mehr nur in gezielten Provokationsaktionen auf, sondern sie sind an diesem Tag auch auf der Straße präsent.

Und obwohl der Andrang der Medien Assoziationen zu den frühen PEGIDA-Protesten weckt, ist das Bild, ja, die Form und die Strategie des Protestgeschwisterchens doch erkennbar eine andere: Es ist die Methode der kalkulierten Eskalation. Denn hier soll nichts dem Zufall überlassen werden. Bereits im Demoaufzug auf *Facebook* werden klare Regeln aufgestellt: Erlaubt sind nur Lambda-Fahnen, die das Symbol der Bewegung zeigen, Auftreten und Kleidung sollen Assoziationen zur rechten Szene keinesfalls ermöglichen, zugelassen sind nur die Sprechchöre, welche die Vorsänger, die den Demozug am Rand mit Megafonen begleiten, vorgeben.¹⁰ Alles ist organisiert, durchgetaktet, in ein Format gepresst – und zwar in ein strategisch entwickeltes, sich als jugendlich-avantgardistisch gebendes Protestformat,¹¹

7 Ebd.

8 Vgl. dazu auch Begrich, David: Ästhetische Mobilmachung – Zur Strategie politischer Kommunikation der neurechten Identitären, in: *monitor* 78 (2017), URL: <https://www.apabiz.de/2017/aesthetische-mobilmachung-zur-strategie-politischer-kommunikation-der-neurechten-identitaeren/> [eingesehen am 17.07.2017].

9 Wehner, Markus: Rassisten in neuem Gewand, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 24.04.2016.

10 Vgl. die Demoaufgaben der Identitären auf *Facebook* unter URL: <https://www.facebook.com/identitaere/posts/1716655018352550:0> [eingesehen ab 19.07.2017].

11 Vgl. ein Strategiepapier der Identitären Bewegung, URL: <https://www.heise.de/tp/features/>



Bildquelle: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/06/17/identitaere-bewegung-scheitert-mit-aufmarsch-in-berlin_23955 [eingesehen am 19.07.2017] (Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Fotografen Felix M. Steiner)

das sich vor allem durch eines auszeichnet, was es wesentlich von PEGIDA unterscheidet: Uniformität und Disziplin.

Hier gibt es kein selbst gebastelt, selbst gebackten oder selbst ausgedacht; kein Durcheinander, keine Stümperhaftigkeit, sondern Taktung, Design und Konformität, die in erster Linie auf ein professionelles Merchandising zurückzuführen ist: Was PEGIDA langsam etablierte, kommt hier bereits voll zur Entfaltung – Fahnen werden verteilt, es gibt T-Shirts, Buttons und Handyhüllen, die den Anstrich der Bewegung als Ausdruck einer spezifischen Jugendkultur systematisch verstärken sollen. Die Bilder sind gestellt, von Beginn an bis zum „Selfie im Polizeikessel“¹² – alles soll eine durchchoreografierte Inszenierung sein. Was PEGIDA mehr schlecht als recht gelang, ist hier professionelles Programm.

Von-der-elitaeren-Speerspitze-der-rechten-Bewegung-3640914.html [eingesehen am 19.07.2017], Link zu den Papieren im Text. Vgl. auch Biermann, Kai et al., Die Scheinriesen, in: Die Zeit, 26.04.2017, URL: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-04/identitaere-bewegung-rechtsextremismus-neonazis-mitglieder/seite-3> [eingesehen am 19.07.2017].

12 Steiner, Felix M./Trammer, Michael: „Identitäre Bewegung“ scheitert mit Aufmarsch in Berlin, in: Zeit Online, Störungsmelder, 17.06.2017, URL: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/06/17/identitaere-bewegung-scheitert-mit-aufmarsch-in-berlin_23955 [eingesehen am 19.07.2017].

Und es ist vor allem diese Uniformität, welche die Atmosphäre bedrohlich, fast schon unheimlich, macht. Gleiche Fahnen, gleiche Sprechchöre, gleiche Frisuren, gleiche Klamotten, gleicher Hass. Die „Ahuu“-Rufe, das Auftreten, die Maßregelung derjenigen, die – und sei es nur mit einem eigenen Sprechchor – ausscheren: All dies hat vor allem aufgrund der Ästhetik etwas Faschistisches.¹³

Denn auch wenn die Bewegung versucht, sich als fröhlich-tanzende, jung-dynamische Weltveränderer- bzw. -bewahrerbewegung zu präsentieren, die sich Gedanken macht und dem ewig besorgten Quengler von PEGIDA ein vermeintlich positives Konzept der eigenen „Identität“ und „Heimat“ entgegenstellen möchte, trägt der Schein, kommt hinter der Inszenierung etwas ganz anderes zum Vorschein.

Nach wenigen Metern schon gerät der Demozug ins Stocken, schließlich nötigt ihn eine Sitzblockade des Gegenprotestes zwei Stunden lang, auszuharren. Als endlich klar ist, dass man nicht weiter ziehen können, geht alles ganz schnell. Zwischen Sellners rhetori-

13 Vgl. dazu auch Wehrhahn, Sebastian: Keine Überraschung, sondern in der Tradition des Faschismus, in: Zeit Online, Störungsmelder, 15.06.2017, URL: http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/06/15/keine-ueberraschung-sondern-in-der-tradition-des-faschismus_23951 [eingesehen am 19.07.2017].



Bildquelle: Facebook-Seite der Identitären Bewegung Deutschland, URL: <https://www.facebook.com/identitaere/photos/a.583269085024488.1073741828.581482171869846/1718635701487815/?type=3&theater> [eingesehen am 19.07.2017]

schem Versuch, das Scheitern noch irgendwie positiv umzudeuten, letztlich aber dennoch die Veranstaltung für beendet zu erklären, und dem Moment der Eskalation liegen etwa zehn Sekunden. „Die Veranstaltung ist beendet“ liegt noch in der Luft, da rennen schon mehrere Identitäre los und versuchen, die Polizeikette in Richtung Gegenprotest zu durchbrechen, und neben handgreiflichen Ausschreitungen kommt es zu einer besonders aussagekräftigen Szene: Eine Teilnehmerin der Identitären-Demo schlägt mit ihrer Fahne in die Richtung eines Passanten oder Gegendemonstranten und wird von einem der Ordner ihrer eigenen Veranstaltung gepackt und angebrüllt, ob sie denn verrückt geworden sei, mit der Fahne der Bewegung, mit dem in den letzten Stunden so mühsam aufgebauten Symbol proklamierter Friedfertigkeit, um sich zu schlagen. Sie beschmutze damit alles, wofür man doch stehen wolle, was man propagiert und inszeniert hatte.

Diese bizarre Szene, mitten unter laufenden Hundertschaften der Polizei, unter flüchtenden anderen Demonstranten, unter sprintenden Journalisten, die Blut geleckert haben, das Bild des Tages schießen zu können, zeigt deutlich: Es brauchte nur einen Moment für die völlige Demaskierung.

Dieser Moment ließ eine weitere Irritation schon fast in den Hintergrund rücken: Denn vorne auf dem Wagen, neben Sellner und den anderen jungen, rhetorisch versierten Iden-

titären, standen Lutz Bachmann und Claudia Gemeinert. Auch Siegfried Daebritz ist vor Ort – und somit die führenden Köpfe PEGIDAS. Dies ist eine Tatsache, die verwundert; denn die Dresdner passen so gar nicht zu dem Image, welches die Identitären so absolut bemüht sind, aufzubauen. Bachmann wirkt wie eine Dose Altbier im Alkopopregal: weder jung, noch hip oder verführerisch, sondern deplatziert.

Die Dresdner Bürger wuchsen in ihrer Spießigkeit Montag für Montag zu einer selbst empfundenen Gemeinschaft zusammen. Die selbsterklärte Identitäre Jugendbewegung agiert jedoch von vorneherein als eine Masse, als Kader, der vom Kopf innerviert wird und in dessen durchgestyltem Gefüge die PEGIDA-Chefs wie Fremdkörper wirken. Scheinbar glaubt man, sich diesen Stilbruch zugunsten eines demonstrierten Schulterschlusses rechtspopulistischer Formationen leisten zu können.

Und obwohl PEGIDA und die Identitären wohl nicht grundlegend vergleichbar sind, zeigen sich doch in Berlin am 17. Juni einige Entwicklungen wie im Zeitraffer: Der Weg zur Protestmarke war für die Identitären eher ein Sprint als ein Dresdner Marathon. Denn: Der „heimatverliebte Patriot“ ist eine andere Figur als der „besorgte Bürger“ – eloquent und nicht altbacken, hip statt sächselnd, jung statt pensioniert, verliebt statt verbittert, Merchandise statt selbst gebastelt, gestylt statt nonkonform.



Katharina Trittel, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung und Redakteurin des *Demokratie-Dialog*. Im Rahmen der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen arbeitet sie vorwiegend zum Phänomenbereich Rechtsextremismus.

Am Ende des Tages überwölben zwei Brückenschläge die Diachronität des Tages: Zum einen ist es die Beobachtung, dass Kohl, PEGIDA und auch die Identitären für sich beanspruchen, für *alle* zu sprechen: *Alle* Deutschen wollten die Einheit, deren Kanzler Kohl wurde¹⁴, PEGIDA spricht für „*das Volk*“, und die Identitären stellen sich in eine Nachfolge

der unterdrückten Arbeiter, deren Aufstand zwar scheitert¹⁵, denen es aber gelingt, ein Fanal zu setzen. Beide, PEGIDA und die Identitären, wählen einen indirekten Bezug auf

Kohls Einheit: PEGIDA stellt sich dezidiert in die Tradition derjenigen, welche die Mauer zu Fall brachten, was allerdings nicht gleichbedeutend mit der Wiedervereinigung ist, und die Identitären wählen das symbolische Datum des Tages, der lange als Tag der Deutschen Einheit gefeiert wurde.

Doch auch in ihren jeweils inhaltlichen Stoßrichtungen gibt es Bezüge: In ihnen liegt mal ein kleinerer, mal ein größerer Hauch Antimodernität. Markus Feldenkirchen schrieb, es sei kein Zufall, „dass wir Kohl-Kinder als langweiligste Generation seit dem Ende der Biedermeierzeit gelten,“ der das „politische Feuer“, der „Kampf“ fehle, weil Kohl das Land regiert habe „mit den Eigenschaften seines Lieblings-textils, der Strickjacke. Sie ist nicht wirklich modern, hält aber warm.“¹⁶ Nun, unter Kohls Einserschülerin, mag die politische Kultur des Landes ähnlich empfunden werden – von PEGIDA und den Identitären jedoch nicht: Sie versuchen, ein Feuer zu entfachen, den „Kampf“ kann man ihnen nicht absprechen, doch was bei Kohl „nicht wirklich modern“, eher biedermeier war, ist bei der Neuen Rechten dezidiert antimodern, auch wenn sie in Form der Identitären jung und vermeintlich aufgeklärt daher zu kommen versucht.

Indes: Egal, in welchem Gewand, ob mit Deutschlandfahne oder als „Verteidiger Europas“ – beide Bewegungen sind alles andere als harmlos. Die „Gnade der späten Geburt“ konnte schon damals keine Ausrede sein, der „Fluch des frühen Rückfalls“ ist nicht gebannt.

14 „Jenem Mann, der so lange Kanzler meines Landes war wie niemand anderes. Jenem Mann, der die deutsche Einheit, die ja auch meine Einheit war, als Politiker so geprägt hatte wie kein anderer. Und auch jenem Mann, der Europa, für das ich hoffe und bete, so früh und so fest ins Auge gefasst hatte wie niemand sonst.“ Hensel, Jana et al.: Seid dankbar, rief Helmut Kohl, in: Zeit Online, 17.06.2017, URL: <http://www.zeit.de/gesellschaft/2017-06/erinnerungen-helmut-kohl-ddr-wiedervereinigung> [eingesehen am 19.07.2017]; vgl. auch Grass, Dorothea: Der Hinkelstein der Wiedervereinigung, in: Süddeutsche Zeitung, 01.07.2017, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/helmut-kohl-der-hinkelstein-der-wiedervereinigung-1.3564138> [eingesehen am 19.07.2017]. „Jedoch: Das Bild vom Mann der Tat und Kanzler der Einheit wird über seinen Tod hinaus andauern. Vor allem im Ausland wird sich das Bild halten, schließlich haben es innenpolitische Querelen oft schwer, sich über Landesgrenzen hinaus in die Köpfe zu brennen.“

15 Mit der symbolischen Bezugnahme auf dieses Datum spiele, so Volker Weiß, die Bewegung mit „der in rechten Kreisen beliebten Analogie von der Bundesrepublik als ‚DDR 2.0‘“; vgl. Weiß, S. 96.

16 Feldenkirchen, Marcus: Wir Kohl-Kinder, in: Spiegel, H. 13/2010, URL: <http://www.spiegel.de/spiegel/a-686436-2.html> [eingesehen am 19.07.2017].

Marginalisiert und doch gefährlich!

Südniedersächsische Neonazi-Gruppierung „Volksbewegung Niedersachsen“ zwischen Bedeutungsverlust und Gewalt

Niklas Knepper

Sie wollen den ganz großen Systemwechsel: „BRDigung 2017“ lautet das selbsterklärte Ziel der „Volksbewegung Niedersachsen“.¹ Gebetsmühlenartig wiederholt das zumindest ihr Kopf, Jens Wilke, auf Demonstrationen oder in regelmäßigen Videobotschaften in den sozialen Medien. Erst im Mai hatte die extrem rechte Gruppe ihre Teilnahme an der Niedersächsischen Landtagswahl verkündet. Hierfür änderte die erstmals im Oktober 2015 als „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“

(FKTN) in Erscheinung getretene Formation – nicht das erste Mal – ihren Namen. Der lose Zusammenschluss „Freundeskreis“ habe sich aufgelöst, als „Volksbewegung Niedersachsen“ wolle man nun in die Parlamente („Quasselbuden“) einziehen.² Dies überrascht besonders, da der hauptsächlich in Südniedersachsen und im Thüringer Eichsfeld aktive FKTN seit Ende 2016 kontinuierlich an Zuspruch verloren hat. Konnten bei frühen Veranstaltungen teilweise bis zu 120 Teilnehmer*innen mobilisiert werden, kamen zuletzt selten mehr als zehn Anhänger*innen zusammen. Nach mehreren erfolglosen Demonstrationen blieb der Freundeskreis schließlich insbesondere über Einschüchterungsversuche und Übergriffe

1 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Beiträge vom 23.12.2016, 04.01./09.01./15.02./29.04.2017; Facebook-Seite „Volksbewegung Niedersachsen“, Beiträge vom 21.05./10.06.2017.

2 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Video vom 08.05.2017.

auf Journalist*innen, Lokalpolitiker und Gegendemonstrant*innen im Gespräch.³ Zudem geriet die Gruppe durch Razzien wegen des Verdachts der Gründung einer „bewaffneten Gruppe“ in die Schlagzeilen.⁴

Doch wie lässt sich die Umbenennung von „Freundeskreis“ in „Volksbewegung Niedersachsen“ – und damit der Anspruch, „Bewegung“ zu sein, mit der de facto sinkenden Teilnehmerzahl vereinbaren? Wie verträgt sich die mangelnde gesellschaftliche Anschlussfähigkeit der Gruppe mit ihren Ambitionen im Hinblick auf die nächste Landtagswahl? Und wie lassen sich diese Bemühungen mit dem zunehmend offenkundig gewalttätigen Auftreten der Mitglieder der „Volksbewegung Niedersachsen“ in Einklang bringen? Anhand der Entwicklung des „Freundeskreises“ bzw. der „Volksbewegung Niedersachsen“ lassen sich Hinweise auf eine zunehmende Radikalisierung bei gleichzeitiger politischer Marginalisierung finden und, so die hier vertretene These, die zunehmende Gewaltbereitschaft der Gruppe

lässt sich als Ausdruck einer Radikalisierung im Sinne einer verstärkten Äußerung rechts-extremer Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Mitglieder interpretieren. Diese resultiert wiederum aus der Konkurrenz des „Freundeskreises“ mit seiner Zielgesellschaft, also demjenigen Teil der Gesellschaft, welcher der eigenen Weltanschauung entsprechend verändert, bereinigt oder angepasst werden soll.⁵ Teil dieses Prozesses ist einerseits die Auseinandersetzung mit einem durch die Gruppe positiv definierten Teil der Zielgesellschaft – im Falle des FKTN sollen alle „Deutschen, die sich noch als Deutsche fühlen“ angesprochen werden – und andererseits das Bekämpfen einer negativen Zivilgesellschaft (bspw. Asylsuchende, linke Aktivisten oder Juden), die es in letzter Konsequenz zu vernichten gelte. Zwar dienen große Teile der deutschen Bevölkerung extrem rechten Gruppierungen immer wieder als demokratisch verblendete „Schlafschafe“; dennoch müssen sie zur Erreichung ihrer Ziele auf ebene einwirken. Anders als Sekten können politische Akteur*innen nicht auf den Austausch mit ihrer Umgebungsgesellschaft verzichten. Die Rekrutierung von Nachwuchs, das Erreichen von Wahlzielen oder Die Beeinflussung des politischen Diskurses verlangen diese Ambivalenz.⁶ Dieses Spannungsverhältnis lässt sich am Beispiel von Polizist*innen verdeutlichen. Arbeiten diese bspw. aus Sicht des FKTN für die verhasste demokratische Regierung, sind sie einerseits Feindbild – regelmäßig spricht Freundeskreiskopf Wilke von „Polizeiwillkür“, man würde unter Druck gesetzt und verfolgt⁷ –, andererseits sind sie Teil ebenjener Gesellschaft, die der FKTN zu beeinflussen versucht.

3 Scharf, Markus: Schlägerei überschattet friedliche Demo, in: Göttinger-Tageblatt.de, 13.11.2016, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Freundeskreis-Mahnwache-und-Gegenprotest-am-12.11.2016-in-Goettingen> [eingesehen am 27.07.2017]; ders.: „Freundeskreis“-Mitglieder jagen Menschen durch Friedland. Strafanzeigen und Platzverweise, in: Göttinger-Tageblatt.de, 03.04.2017, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Freundeskreis-Mitglieder-jagen-Menschen-durch-Friedland> [eingesehen am 05.08.2017]; Heinzel Matthias: Strafanzeigen. Fotografen gegen Freundeskreis, in: Göttinger-Tageblatt.de, 05.04.2017, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Strafanzeigen-gegen-Freundeskreis-wegen-Aktionen-bei-Demo-in-Friedland> [eingesehen am 05.08.2017].

4 Schlegel, Bernd/Kopietz, Thomas: Großeinsatz in Göttingen und Thüringen. Razzia bei Rechtsextremisten: Verdacht auf Bildung bewaffneter Gruppen, in: hna.de, 28.02.2017, URL: <https://www.hna.de/lokales/goettingen/goettingen-ort28741/polizei-razzia-wohnungen-rechten-verdacht-bewaffnung-7441539.html> [eingesehen am 05.08.2017].

5 Köhler, Daniel: Rechtsextremer Terrorismus und Ultra-Militanz als Gruppenphänomen? Der Einfluss der Gruppe auf rechtsextreme Radikalisierungsprozesse, in: Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik, H. 9/2014, S. 450–460, hier S. 453.

6 Ebd., hier S. 453 ff.

7 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thü-gida“, Video vom 12.02.2017.

Im Falle des Freundeskreises lässt sich sagen, dass die Gruppe bei der Definition sowohl der positiven als auch der negativen Zielgesellschaft sich an einer wahllos wirkenden Zusammenstellung aus Positionen und Inhalten der „Neuen Rechten“, des historischen Nationalsozialismus und an Verschwörungstheorien bedient. Zentrale Gemeinsamkeit ist hierbei das Bild einer „organisch gewachsenen“ Volksgemeinschaft. Die negative Zielgesellschaft steht dieser im Weg, die positive soll von dieser als Gesellschaftsform überzeugt werden. Die hier im nationalsozialistischen Sinne ausgeformte Utopie der klassenlosen Volksgemeinschaft wird dabei mit ethnopluralistischen Konzepten vermischt. Eine veraltete „Blut und Boden“-Definition der Volkszugehörigkeit wird dabei durch eine kulturelle, nicht weniger rassistische ersetzt. Das offene Ansprechen der historisch belasteten Utopie trat hierbei in der Frühphase des FKTN hinter einer reinen Kritik des „(Asyl-)wahnsinnigen“-Systems zurück, mit zunehmender Präsenz neonazistischer Akteur*Innen wurde das Konzept jedoch immer selbstverständlicher angesprochen.

Frühphase als „Reisegruppe“ und erste eigene Veranstaltungen

Bis 2015 war es ruhiger um die rechte Szene in Südniedersachsen geworden. Lokale Akteur*innen traten öffentlich immer weniger in Erscheinung und verlagerten ihre Aktivitäten oft ins thüringische Eichsfeld oder nach Bad Nenndorf im Weserbergland. Dies änderte sich im Herbst 2015: Der medial viel beschworene „Willkommenssommer“ war vorüber, Pressebilder von herzlich mit Geschenken empfangenen Geflüchteten wichen solchen von fremdenfeindlichen Ausschreitungen oder Brandanschlägen, und Demonstrationen nach Vorbild der Dresdner PEGIDA erzielten im gesamten Land Teilnehmer*innen-Rekorde. Diesen Rückenwind nutzend, bildete sich in der Grenzregion zwischen Südniedersachsen, Nordhessen und Nordthüringen die unter dem

Label „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ agierende Gruppierung. Als „Reisegruppe“ besuchte man „asylkritische“ Demonstrationen, auf denen von den Rednern nationalkonservative, rechtspopulistische bis offen völkische Positionen vertreten wurden; so bspw. während der Demonstrationen der AfD-Thüringen unter ihrem Landeschef Björn Höcke, der seinerzeit prominent sonntagabends im *ARD*-Politiktalk Deutschlandfahnen entrollte. Ab Ende November 2015 folgten die ersten eigenen Veranstaltungen. Immer sonntags traf man sich zu sogenannten Freiheitlichen Bürgertreffs – als sogenannte Mahnwachen organisierte Kundgebungen –, zunächst in Duderstadt, später auch in Lindau, Northeim und Heiligenstadt. Parallel dazu liefen im thüringischen Eichsfeld ähnliche Kundgebungen der NPD. Bald bewarben „Freundeskreis“ und NPD ihre Veranstaltungen gegenseitig; als die NPD ab der Jahreswende sogar teilweise auf eigene Veranstaltungen verzichtete, konnten beim FKTN kurzzeitig bis zu 120 Interessierte mobilisiert werden.

Spannend ist die Frühphase des „Freundeskreises“ im Hinblick auf das eingangs hervor gehobene Verhältnis der Gruppe zur von ihr als positiv bzw. negativ definierten Zielgesellschaft. Sprach vor allem Lars Steinke, inzwischen Vorsitzender der Jungen Alternativen Niedersachsen und bis Mitte Januar Anmelder mehrerer FKTN-Veranstaltungen, stets von den Protestierenden als „besorgte Bürger“, so war es insbesondere Jens Wilke, der sich von Beginn an in keine Richtung abgrenzen wollte. Obwohl sich die Reden inhaltlich an bürgerlich-konservative Kräfte wandten, die den „Asylwahnsinn“ langsam als solchen erkennen sollten, waren unter den selbsterklärten „Bürgern jedweder Couleur“⁸ von Beginn an rechte Burschenschaftler, Mitglieder der Jungen Alternativen (JA), Rocker und Hooligans. Spätestens ab Ende Dezember 2016 nahmen vermehrt wegen Gewaltdelikten vorbestrafte Neonazis

8 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Veranstaltungsankündigung für den 23.01.2016.

aus dem Umfeld der zuletzt weniger in Erscheinung getretenen „Kameradschaft Northeim“ sowie der „AG Ruhmetal“ an den Veranstaltungen teil. Spätestens ab diesem Moment begann die Maske der Organisatoren zu fallen – versuchte man sich doch eigentlich als „ungebundener Zusammenschluss von kritischen Bürgern“⁹ darzustellen, der sich bloß politisch unterrepräsentiert und ungehört fühle. Insbesondere durch neu gegründete „Bündnisse gegen Rechts“ in Duderstadt und Lindau – die Freundeskreiskundgebungen jeweils „Bunt statt Braun“-Veranstaltungen entgegensetzten und die Reden des Freundeskreises unter Protestrufen erstickten – fühlte sich der FKTN offenkundig rasch provoziert. So ließ man die Gegendemonstrant*innen, nachdem diese mit Trillerpfeifen, Trötenlärm und dem Scheppern diverser Küchengeräte die eigene Kundgebung gestört hatten, wissen: „Sollte sich das nicht verbessern, solltet ihr uns nicht unterschätzen! [...] Es ist kein Geheimnis, dass diverse Rocker Clubs, Hooligans und andere Vollkontaktbegeis-

terte in großer Zahl zu unseren engsten Vertrauten gehören und uns zum Schutze unserer Lieben jedes Mittel recht ist.“¹⁰

Allerdings: Das offene Auftreten neonazistischer Akteur*Innen führte zu einer sinkenden Zahl unorganisierter Teilnehmer*innen aus dem eher bürgerlich-konservativen Spektrum. Selbst die Ausweitung zu einem „Marathon“ mit auf vier aufeinanderfolgenden Kundgebungen in Duderstadt, Lindau, Northeim und Heiligenstadt, an jedem Sonntag im Februar 2016, brachte nicht wie erhofft mehr Teilnehmer*innen. Im Gegenteil: Die Mobilisierung zu vier Orten an einem Tag, bei den immer gleichen Reden, hielt nur der alte Kern überzeugter Neonazis durch. Sollte der „Kundgebungs-Marathon“ eigentlich die „schweigende Mehrheit“ aus vier Gemeinden einfangen, stand dem „Freundeskreis“ meist eine dreifache Zahl an Gegendemonstrant*innen gegenüber. Aus Sicht der Gruppe ein Dilemma, denn die Bündnisse bestanden aus *vor* Rechts besorgten Bürger*in-

9 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Veranstaltungsankündigung für den 23.01.2016.

10 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Beitrag vom 24.01.2016.

Zuletzt versuchte die „Volksbewegung Niedersachsen“, ihr sinkendes Personenpotenzial durch Vernetzung zu kompensieren. Hier spricht „Freundeskreiskopf“ Jens Wilke auf einer Kundgebung des sogenannten Kollektiv Nordharz in Goslar.



Bild: N. Knepper

nen – und präsentierten sich ihnen gegenüber als ganz und gar nicht schweigende Mehrheit.

Als klar wurde, dass das alte Mahnwachen-Format sich mit rund vierzig Einzelveranstaltungen immer mehr zum Flop entwickelte, konzentrierte sich der FKTN fortan weniger auf die positive Zielgesellschaft, sondern auf den politischen Gegner. Ziel waren vor allem die sogenannten „Raubtierkapitalisten“, die als „Lügenpresse“ verschrien Lokaljournalist*innen ebenso wie die Unterstützer*innen des „Asylwahnsinns“, also u.a. auch die an den Gegenprotesten Teilnehmenden. Dabei ging die sinkende Teilnehmer*innen-Zahl einher mit einer steigenden Zahl Vermummter auf den Kundgebungen des Freundeskreises, die es offensichtlich nicht nur bei Drohungen belassen wollten. So war in der Presse von polizeilichen Waffenfunden bei Veranstaltungsgästen sowie von mutmaßlichen Angriffen mit Reizgas und Zaunlatten auf Gegenprotestierende die Rede.¹¹ Offenbar war es so, dass der Freundeskreis immer dann eine deutlichere Sprache anschlug, wenn ihm nicht mehr gelang, neue Gruppen zu erreichen bzw. wenn ihm die Isolation drohte. Damit folgt der Freundeskreis insbesondere dem Motto seines Sprechers Jens Wilke: „Sieg oder Spielabbruch!“. Diese Losung jedenfalls ist auf einer selbstgestellten Website, auf welcher der FKTN-Kopf für seine Dienste als selbstständiger Versicherungsmakler wirbt, zu finden. Das aus der Hooligan-Szene stammende Motto schließt Aufgeben aus, legt dabei gleichzeitig Gewalt als legitimes Mittel nahe.

Kommunalwahlkampf 2016 – „FKTNPD“?

Als Reaktion auf die erfolglosen Mahnwachen folgten mehrere kleinere Aufmärsche mit rund dreißig Teilnehmer*innen sowie eine als „bundesweite Großdemonstration“ angekündigte Kundgebung in Bad Lauterberg (Kreis Göttingen), deren Teilnehmer*innen dem extrem rechten Spektrum angehörten. Insbesondere unter den rund neunzig Gästen der „Großdemonstration“ im März 2016 befanden sich Kader aus Hannover, Nordhessen und Dortmund. Abgeschottet auf einem Parkplatz ging es hierbei insbesondere um den verbalen und nur durch ein massives Polizeiaufgebot nicht körperlich werdenden Schlagabtausch mit den aus Göttingen angereisten Gegendemonstrant*innen. Die Ansprache von Bürger*innen kann bei diesem Format, ob des offenen Kokettierens mit Elementen des historischen Nationalsozialismus, kaum primäres Ziel des „Freundeskreises“ gewesen sein. Interessant bleibt das mangelnde Selbsteinschätzungsvermögen in Bezug auf die eigene Mobilisierungsstärke insbesondere nach der Enttäuschungserfahrung der Mahnwachen, da es auch jetzt nicht gelang, die angekündigte „Großdemonstration“ auf die Beine zu stellen.

Eine Rückbesinnung auf das Mobilisieren neuer Anhänger*innen erfolgte erst im Mai 2016. Im Rahmen einer Kundgebung auf dem Göttinger Bahnhofsvorplatz verkündete Jens Wilke seine Kandidatur als „parteionabhängiger Kandidat“ für den Landratsposten im Kreis Göttingen auf der Liste der NPD. Damit setzte er sich gegen die wenigen verbliebenen AfD-Mitglieder der Gruppierung durch. Mit dem Eintritt in den Wahlkampf änderte der „Freundeskreis“ auch seine Strategie und setzte nun auf medienwirksame Demonstrationen in der „roten Frontstadt“ Göttingen. Zwar standen nicht selten knapp fünfzig „Freundeskreis“-Angehörige bis zu 1.000 Gegendemonstrant*innen gegenüber – ein großes Polizeiaufgebot schirmte die Versammlung in einer Bahnhofsecke ab –; trotzdem lohnte sich anscheinend der Aufwand aufgrund der in Göttingen bei

11 Niemann, Heidi: Bizarrrer Demo-Tourismus der rechten Szene durch die Region, in: hna.de, 29.01.2016, URL: <https://www.hna.de/lokales/goettingen/bizarrrer-demo-tourismus-rechten-szene-durch-region-6078893.html> [eingesehen am 05.08.2017]; Wiedener, Rune: Völkische Freundeskreise gegen Geflüchtete, in: monsters of goettinen, 23.12.2015, URL: <http://monstersofgoe.de/2015/12/23/voelkische-freundeskreise-gegen-gefluechtete/> [eingesehen am 05.08.2017].

rechten Demonstrationen üblicherweise üppi- gen Presseberichterstattung. Für den Freun- deskreis wohl Grund für Optimismus: Bei einer Kundgebung zum Wahlkampfabschluss am Tag vor der Wahl (10.09.2016) sagte der damalige „Freundeskreis“-Unterstützer und NPD-Kader Thorsten Heise, er erwarte „[...] ein, wenn nicht zwei Mandate“ im Göttinger Kreistag. Indes: Dieses Ergebnis verfehlte man um Längen und der Wahlkampf erwies sich als gescheitert. Mit 0,8 Prozent der Stimmen konnte die NPD nicht in den Göttinger Kreistag einziehen, Land- ratskandidat Wilke erhielt nur 2,6 Prozent der Stimmen.

Enttäuschung und Gewaltausbrüche

Gab man sich vor der Verkündung der Wahl- ergebnisse noch siegessicher, entwickelte sich die Enttäuschung über den verpassten Wahl- sieg offenbar zu einem Frust, der sich knapp einen Monat später entlud. Parallel meldeten Mitglieder des FKTN für den 12. November 2016 Kundgebungen in Göttingen und Duderstadt an. Nachdem in Göttingen die Zufahrtsstra- ßen lange vor Veranstaltungsbeginn durch ein „Bündnis-gegen-Rechts“ blockiert worden wa- ren, entschied man sich, nach Duderstadt aus- zuweichen; allerdings erschienen dort nur noch 18 Beteiligungsteilnehmer*innen.¹² Die Situa- tion war jedoch eine andere als noch während des Wahlkampfes. Verzichtete man während dieser Zeit bei öffentlichen Auftritten auf offen nationalsozialistische Bezüge ebenso wie auf körperliche Gewalt – wohl um für Protestwäh- ler*innen weiterhin als wählbar zu gelten –, waren in Duderstadt nun gänzlich ungehemmte Töne zu vernehmen. Dies bedeutete zunächst den verbalen Angriff auf „[...] Islamisierung,

Zionisten, linke Subjekte, hysterische System- presse und Millionen von Kulturfremden, die nach Europa strömen“¹³; und für Göttingen das Einschüchtern der politischen Gegner bis zur bewaffneten Auseinandersetzung. In der ver- hassten „linken Studentenstadt“ hielt man aus einem voll besetzten Lautsprecherwagen zu- nächst Ansprachen vor dem Haus eines gegen Rechtsextremismus engagierten Lokalpolitikers und drohte ihm, um dann am zuvor durch Ge- genproteste blockierten Versammlungsort, der Göttinger Stadthalle, die bewaffnete Ausein- andersetzung mit Gegendemonstrant*innen zu suchen.¹⁴ Wie das *Göttinger Tageblatt* schrieb, berichteten drei Augenzeug*innen von dem Einsatz von Ketten, Schlag- und Stichwerkzeu- gen auch gegen am Boden liegende Verletzte.¹⁵ Der Freundeskreis nahm die Ereignisse freilich entgegengesetzt wahr und sprach von einem Angriff seitens der Göttinger Gegendemons- trant*innen, man selbst habe aus Notwehr gehandelt.¹⁶ Zurzeit ermittelt die Staatsanwalt- schaft Göttingen auch wegen des Einsatzes von Schlagwerkzeugen und Stichwaffen seitens des FKTN; ein Gegendemonstrant musste nach schweren Verletzungen mit dem Rettungswa- gen ins Krankenhaus gebracht werden.¹⁷

13 Ebd.

14 Scharf, Markus: Schlägerei überschattet friedliche Demo, in: *Göttinger-Tageblatt.de*, 13.11.2016, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Freundeskreis-Mahnwache-und-Gegenprotest-am-12.11.2016-in-Goettingen> [eingesehen am 27.07.2017].

15 Scharf, Markus: Nach Schlägerei. Ermittlungen gegen Freundeskreis, in: *Göttinger-Tageblatt.de*, 26.01.2017, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Nach-Schlaegerei-Ermittlungen-gegen-Freundeskreis-Thueringen-Suedniedersachsen> [eingesehen am 05.08.2017].

16 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thü- gida“, Beitrag vom 12.11.2016.

17 Scharf, Markus: Schlägerei überschattet friedliche Demo, in: *Göttinger-Tageblatt.de*, 13.11.2016, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Freundeskreis->

12 Mahnkopf, Kuno: „Freundeskreis“ zieht vor das Rathaus, in: *Göttinger-Tageblatt.de*, 12.11.2016, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Duderstadt/Uebersicht/Freundeskreis-zieht-vor-das-Rathaus-in-Duderstadt> [eingesehen am 27.07.2017].

Die an diesem Tag offenbar gewordene Gewaltbereitschaft kann als Indiz einer verstärkten qualitativen Mobilisierung gedeutet werden. Diese beschreibt eine tiefe Überzeugung einzelner Mitglieder politischer Gruppen, die wiederum zu Engagement, einschließlich Aktionen mit hoher Opfer- und Risikobereitschaft, führt.¹⁸ Dies wäre bei einem Einsatz potenziell tödlicher Waffen sicherlich gegeben. Strafrechtliche Konsequenzen treten in diesem Fall hinter der gewollten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zurück. Dem politischen Bedeutungsverlust folgte erneut eine Besinnung auf ideologisch definierte Feindbilder; hierbei markiert der tätige Einsatz von Waffen eine neue Stufe der Gewaltbereitschaft.

Zielgesellschaften und Radikalisierungsdynamiken

Wie an den Reaktionen sowohl auf das Scheitern des Mahnwachen-Programms als im Zeitraum nach der Wahl gezeigt, wendet sich der Freundeskreis anscheinend immer dann den eigenen Feindgruppen zu, wenn der Versuch, auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft einzuwirken, gescheitert ist. Mit der Fokussierung auf politische Gegner schwindet die Anschlussfähigkeit der Gruppierung für Leute außerhalb des extremen rechten Spektrums. Die quantitative Mobilisierungskraft der Gruppierung, die durch eine verstärkte qualitative

Mobilisierung ausgeglichen werden soll, nimmt ab. Den politischen Gegner als Ziel, Gewalt immer mehr als legitimes Mittel betrachtend und den imaginierten Untergang Deutschlands bzw. des „deutschen Volkes“ vor Augen, ergibt sich so das Gegenteil einer „Volksbewegung“: Es bleiben wenige Akteur*innen, die bereit sind, ihre Ziele mit immer drastischeren Mitteln durchzusetzen.

Ein weiteres Beispiel hierfür findet sich im Januar 2017, als der Freundeskreis über seine *Facebook*-Seite zu einer offenen Gesprächsrunde aufrief. Zu dieser erschien allerdings keiner der in *Facebook*-Videos spöttisch als „lupenreine Superdemokraten“ herausgeforderten Vertreter*innen von Parteien, Bündnissen und Gewerkschaften. Nachdem auch hier die Möglichkeit, die eigene Argumentation breiteren Teilen der Öffentlichkeit vorzutragen, verpasst worden war, legte der FKTN rasch nach: „Nach der Wende wird der komplette Verrat an Deutschland lückenlos aufgeklärt und geahndet“¹⁹, hieß es vier Tage nach der geplanten Gesprächsrunde auf *Facebook*, dem Hauptkommunikationsmedium des „Freundeskreises“.²⁰ Längst sprach man zu diesem Zeitpunkt offen von einer „BRDigung“²¹. Auch „dem letzten Realitätsverweigerer“ müsse bewusst werden, dass man sich im Krieg mit einem „korrupten System aus Finanzkapital, Vaterlandsverrättern und aufgebauten Straßenterroristen“ befinde.

Mahnwache-und-Gegenprotest-am-12.11.2016-in-Goettingen [eingesehen am 27.07.2017].

- 18 Vgl. zu den Begriffen qualitative und quantitative Mobilisierung Rucht, Dieter: Themes, logics and arenas of social movements: A structural approach, in: Klandermans, Bert/Kriesi, Hanspeter/Tarrow, Sidney (Hrsg.): From Structure to Action. Comparing Social Movement Participation Across Cultures, Greenwich 1988, S. 305–328 sowie Grumke, Thomas: Die rechtsextremistische Bewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a.M. 2008, S. 477.

- 19 *Facebook*-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Beitrag vom 26.01.2017.

- 20 Der „FKTN“ nutzt täglich, teilweise mit bis zu zwölf Beiträgen, die Plattform *Facebook*. Regelmäßige (Live-)Videostatements und Berichte geben sowohl Auskunft über Aktionen und Ziele der Bewegung als auch über die Kommunikation mit Anhänger*innen. Leider werden aktuelle Studien über die Mediennutzung durch extrem rechte Akteur*innen immer wieder gefordert, aber kaum erstellt.

- 21 *Facebook*-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Beiträge vom 23.12.2016, 04.01./09.01./15.02./29.04.2017; *Facebook*-Seite „Volksbewegung Niedersachsen“, Beiträge vom 21.05./10.06.2017.

Gemeinsam müsse für Deutschland gekämpft werden, ansonsten sei das „Vaterland“ dem Untergang geweiht. Wieder folgte dem Versuch, sich innerhalb der Zielgesellschaft bemerkbar zu machen, die Rückbesinnung auf weltanschaulich definierte Feindbilder: fundamental systemoppositionell, antisemitisch, verschwörungstheoretisch, elitenverachtend.

Monate nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen an der Göttinger Stadthalle folgten Razzien der Polizei bei und im Umfeld von FKTN-Mitgliedern. Im Februar 2017 durchsuchten rund einhundert Beamt*innen sechs Gebäude von Freundeskreisangehörigen sowohl in Südniedersachsen als auch in Thüringen. Die Beschuldigten stünden „[...] im Verdacht, unter Inanspruchnahme von diversen Kommunikationsmitteln eine bewaffnete Gruppe gebildet zu haben“²², teilte die Staatsanwaltschaft Göttingen mit. Die Polizei präsentierte ihre Funde: Schusswaffen, Schlagstöcke, Reizgas, ein Schlagring, eine Armbrust, eine Machete, zwei Säbel, einen Dolch, diverse Messer und Quarzsandhandschuhe. Die Ermittlungen dauern im August 2017 noch an, ob des Verfahrens geben sich Freundeskreisfrontleute jedoch bereits gelassen: Man müsse erst noch sehen, ob es die BRD, wie man sie jetzt kenne, noch gäbe, falls es zur Verhandlung käme, heißt es.²³

Wohl auch aus dieser Überzeugung heraus bewirkten die Razzien keine Mäßigung. Im Gegenteil: Bei Gerichtsterminen gegen Göttinger Antifaschist*innen – Wilke war als Zeuge geladen – erschienen die wenigen verbliebenen FKTN-Mitglieder zum Teil mit schlagkraftver-

stärkenden Quarzsandhandschuhen. Am 1. April wagten Teilnehmer*innen einer FKTN-Veranstaltung in Göttingen auf einer anschließenden Spontandemonstration im nahegelegenen Friedland den gemeinsamen Angriff auf einen Fotojournalisten. Die Attacke übertrug man selbst live auf *Facebook*.²⁴ Sie konnte erst durch das Eingreifen von Polizeikräften beendet werden, ein bereits wegen Gewaltdelikten vorbestrafter Teilnehmer der Freundeskreis-Demo wurde festgenommen.²⁵

Netzwerkbemühungen wider die Bedeutungslosigkeit

Die gewalttätigen Auseinandersetzungen des Freundeskreises sorgten für mediale Präsenz; einen erneuten Zuwachs an Anhänger*innen erhielt er jedoch nicht. Kleinere Kundgebungen im Göttinger Umland organisierte letztlich eine immer kleinere Handvoll Aktivist*innen um Jens Wilke, sodass man sich intensiv um Unterstützung bei auswärtigen extrem rechten Akteur*Innen bemühte. Wechselnde Bündnisse, insbesondere mit dem fremdenfeindlichen „Thügida / Wir lieben Sachsen e.V.“ sowie mit den Autonomen Nationalisten des „Kollektiv Nordharz“, sollten jüngst darüber hinwegtäuschen, dass der FKTN kaum noch über eigene Mitglieder verfügt. Aufgrund der Nähe zur Thügida benannte sich der FKTN sogar zeitweise in „Freundeskreis/Thügida“ um, Jens Wilke wurde Beisitzer im zugehörigen Verein. Dieser änderte im Mai 2017 ebenfalls seinen Namen

22 Heinzl, Matthias: Verdacht auf Bildung einer bewaffneten Gruppe. Razzia gegen „Freundeskreis“, in: Göttinger-Tageblatt.de, 01.03.2017, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Themen/Thema-des-Tages/Razzia-gegen-Freundeskreis-in-Suedniedersachsen-und-Thueringen> [eingesehen am 05.09.2017]

23 *Facebook*-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Video vom 28.02.2017.

24 Scharf, Markus: „Freundeskreis“-Mitglieder jagen Menschen durch Friedland. Strafanzeigen und Platzverweise, in: Göttinger-Tageblatt.de, 03.04.2017, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Freundeskreis-Mitglieder-jagen-Menschen-durch-Friedland> [eingesehen am 05.08.2017].

25 Das Video ist inzwischen gelöscht, mehreren Presseberichten zufolge jedoch Teil des Ermittlungsverfahrens.

in „Volksbewegung Thügida“. Als „Volksbewegung“ wolle man künftig in mehreren Regionen über Niedersachsen und Thüringen hinaus gemeinsam aktiv werden und auch an Landtagswahlen teilnehmen. Anhänger*innen, die nun eine parlamentarische Mäßigung befürchten könnten, beruhigt Wilke: „Wir haben nichts mehr zu verlieren. Wir sind gebrandmarkt.“ Deshalb müsse man sich nicht anpassen.²⁶ Ziel sei lediglich, ein Prozent der Stimmen zu erreichen – die Grenze für staatliche Parteienfinanzierung – und das so eingenommene Geld in den „Widerstand“ zurückzuführen. Dass die Gruppe auf diese Weise anderen rechten Splittergruppen entscheidende Stimmen kosten könnte, ohne dabei eine realistische Chance auf das Erreichen des Wahlziels zu haben, scheint dabei nicht zu stören. Ob die Entscheidung trotz geringer Aussicht auf Erfolg, als „Volksbewegung Niedersachsen“ an Wahlen teilzunehmen, ein strategisches Manöver zum Erreichen von Presseaufmerksamkeit und günstigen Versammlungsaufträgen ist, oder ob die großspurige Ankündigung, ein Prozent der Wählerstimmen erreichen zu wollen, eigener Selbstüberschätzung geschuldet ist, bleibt unklar. Offenkundig erscheint jedoch, dass verpasste Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Öffentlichkeit in der Vergangenheit einen radikalisierenden Einfluss auf die Anhänger*innen des „Freundeskreises“ hatten, der in gewalttätigen Aktionen seinen Ausdruck fand. Insbesondere für Reporter*innen, linke Aktivist*innen, Asylant*innen und Lokalpolitiker*innen könnte dies nach und während des Landeswahlkampfes verstärkt zur Gefahr werden. Daran, dass auch Gewalt gegen diese Gruppen als legitimes politisches Mittel gilt, ließ der „Freundeskreis“ in der Vergangenheit zumindest keine Zweifel.²⁷ Politische Marginalisierung

fördert diese Tendenz noch weiter. Aus diesem Grund ist es wohl richtig, dass die Aktivitäten der „Volksbewegung“ auch in Zukunft behördlich überwacht werden; außerdem scheint eine weitere wissenschaftliche Beobachtung des ehemaligen „Freundeskreises“ als Kleinstgruppe überzeugter Rechtsextremer sinnvoll.²⁸

Notiz: Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass sich der Verein „Wir lieben Sachsen und Thügida e.V.“, über den sich u.a. die „Volksbewegung Niedersachsen“ sowie die „Volksbewegung Thügida“ organisieren, neu ausrichten wolle. Interne Streitigkeiten sowie der Eindruck, vor „wenigen dutzend oder vielleicht ein paar 100 [sic!] Teilnehmern von der ‚kommenden Weltrevolution‘ [zu] träumen“, hätten zu der Einsicht geführt, „Energien und Finanzmittel“ anders einzusetzen. Demonstrationen sowie Kundgebungen würden nicht mehr angemeldet, stattdessen wolle man sich neuen Themenfeldern wie „alternativen Heilmethoden“ oder der „Selbstversorgung“ widmen – diese seien schon in naher Zukunft „von ungemeiner Wichtigkeit“.²⁹ Damit hält der zuletzt gänzlich ohne alte Freundeskreis-Unterstützer

von Gegendemonstrationen bekannte Person mit dem Auto angehalten, beleidigt und mit dem Tode bedroht haben; siehe dazu o.V.: Hauptagitator von rechtsextremem „Freundeskreis“. Autofahrerin bedroht und beleidigt, in: Göttinger-Tageblatt.de, 07.08.2017, URL: <http://www.goettinger-tageblatt.de/Goettingen/Uebersicht/Autofahrerin-bedroht-Freundeskreis-Agitator-muss-Geldstrafe-zahlen> [eingesehen am 10.08.2017].

26 Facebook-Seite „Freundeskreis/Thügida“, Video vom 08.05.2017.

27 Erst Anfang August wurde Jens Wilke vom Amtsgericht Göttingen wegen Nötigung, Bedrohung und Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Im August 2016 soll er eine ihm

28 Interessant wäre hierbei eine intensive Analyse der Netzwerkbemühungen des „Freundeskreises“. Diese könnte exemplarische Erkenntnisse über die Verflechtung während der „Flüchtlingskrise“ entstandener asylfeindlicher Gruppierungen mit bestehenden neonazistischen Netzwerken ergeben. Ebenfalls interessant wäre eine tiefere Untersuchung der Weltanschauung des Freundeskreises, die auf den ersten Blick wie ein buntes Potpourri verschiedenster rechtsextremer Versatzstücke wirkt.

29 Facebook-Seite „Volksbewegung Niedersachsen“, Beitrag vom 27.08.2017.

aufgetretene Wilke zwar seine Krisenerzählung aufrecht – von einer Teilnahme an den Landtagswahlen scheint man jedoch so weit entfernt wie noch nie. Das Aufgehen in immer neuen Verbindungen und Strukturen statt des Aufbaus etablierter Organisationsstrukturen ist für rechte Splittergruppen nicht ungewöhnlich und sollte nicht dazu führen, diese zu unterschätzen – unterstützt die „Volksbewegung“ doch weiterhin bspw. Kundgebungen zur Bewerbung neonazistischer Großveranstaltungen wie etwa den „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar. Bei einer Rede hierzu sprach Wilke von einer Eskalation spätestens nach der Bundestagswahl 2017; hierbei habe dann auch die Polizei „mit Verlusten in den eigenen Reihen“ zu rechnen.

Niklas Knepper, geb. 1993, studiert an der Universität Göttingen Politikwissenschaft sowie Neuere und Neueste Geschichte im Bachelor. Seit November 2016 arbeitet er als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der extremen Rechten in Südniedersachsen, der Identitären Bewegung sowie mit rechtsextremer Subkultur.

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Katharina Trittel

Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 1701-00

Fax: +49 551 39 1701-01

Gestaltung, Satz:

Dr. Robert Lorenz

Bildangaben

Bildquelle Inhalt:

Rasande Tyskar / rave for *koze* -smoke /
URL: https://farm9.staticflickr.com/8763/18127438171_52f0c820eb_o_d.jpg / CC BY-NC 2.0

Die Lizenzen sind online einsehbar.

CC BY-NC 2.0, URL:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/2.0/legalcode>

CC BY-SA 2.5, URL:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/legalcode>

CC BY-SA 4.0, URL:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

Die „Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung von Demokratiefeindlichkeit und politisch motivierter Gewalt in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

